

Abgeordnetenhaus von Berlin

14. Wahlperiode

BERLIN

Plenarprotokoll 14/27

27. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 31. Mai 2001

Inhalt	Seite
Cocchöftliches	
Geschäftliches	
Zurückgezogener Antrag	
- Drs 14/374	1522 (A)
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	1522 (A)
Begrüßung von Ehrengästen	
Herr Iwan Plustsch, Präsident des Parlaments der Ukraine, und seine Delegation	1527 (C)
Liste der Dringlichkeiten	1564 (A)
Konsensliste	
I. Lesung der Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz zur Änderung des Berliner Datenschutzgesetzes und anderer datenschutzrechtlicher Regelungen	
- Drs 14/1190	1563 (A)
I. Lesung des Antrags über Gesetz zur Ände- rung des Rechnungshofgesetzes und des Berliner Datenschutzgesetzes	
- Drs 14/1201	1563 (A)
I. Lesung der Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Führung der Berufsbezeichnung Medizinphysiker/Medizinphysikerin	
- Drs 14/1215 -	1563 (A)
Große Anfrage über Kein Recht auf Faulheit im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit	
- Drs 14/1227	1563 (A)
Beschlussempfehlung über behindertenge- rechte Verlängerung des Rad- und Wander- weges vom Schlosspark Charlottenburg zum Bahnhof Jungfernheide	
- Drs 14/1207	1563 (A)

Die Veröffentlichungen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen. Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin. Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Beschlussempfehlung über Wege aus der BSE-Krise		Kleinmotorige Flugzeuge auf Berliner Flug- häfen	
- Drs 14/1208	1563 (A)	verbunden mit	
Beschlussempfehlung über Kinder brauchen Kinder – I: Kitabesuch fördern – offensiv werben		Konsequenzen aus dem Flugzeugabsturz in Neukölln	
- Drs 14/1209	1563 (A)	Abg. Gaebler (SPD) 1523 (D)	, 1524 (D)
Beschluss		Frau Abg. Matuschek (PDS) 1523 (D), 1	
		Abg. Cramer (Grüne) 1524 (A), 1	
Beschlussempfehlung über Kinder brauchen		Sen Strieder 1524 (A, D), 1525 (A, B, C), 1	
Kinder – III: Sozial benachteiligte Kinder besonders fördern		Frau Abg. Schaub (PDS)	
- Drs 14/1210	1563 (A)	Abg. Dr. Kaczmarczyk (PDS)	
	1000 (11)	g	, (,
Beschlussempfehlung über Abschaffung des Hotel-Privilegs		Verhülltes Denkmal	
- Drs 14/1211	1563 (A)	verbunden mit	
Beschlussempfehlungen über Zukunft der Großsiedlungen: wirtschaftliche Stabilisie-		Verwirrungen bei der Sanierung des Bran- denburger Tores	
rung der Wohnungsbaugesellschaft Marzahn		Frau Abg. Kasten (CDU) 1526 (B)	, 1527 (A)
- Drs 14/1212	1563 (A)	Frau Abg. Dr. Neef (SPD) 1526 (C	
		Sen Strieder 1526 (C), 1	
Beschlussempfehlung über Zukunft der Großsiedlungen: Vermeidungen von Abris-		Abg. Gaebler (SPD)	
sen in Plattenbaugebieten		Frau Abg. Ströver (Grüne)	
- Drs 14/1219	1563 (A)	Trad Abg. Offover (artifle)	1027 (D)
Beschluss		Geheimnisvolle Y-Akten	
		Frau Abg. Matuschek (PDS) 1	528 (A, B)
Antrag über Wiederinbetriebnahme der Stammbahn		Sen Strieder 1	528 (B, C)
- Drs 14/1222	1563 (A)	Fesselung von Flüchtlingen in Abschie- bungshaft	
Antrag über Verschuldung von Kindern und Jugendlichen entgegenwirken		Abg. Berger (Grüne) 1528 (D), 1	529 (A, B)
	1560 (4)	Bm Dr. Werthebach 1528 (D), 152	9 (A, C, D)
- Drs 14/1223	1563 (A)	Abg. Zillich (PDS)	1529 (C)
Antrag über Erlass einer Rechtsverordnung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 4 BauGB		Abg. Müller-Schoenau (Grüne)	1529 (D)
- Drs 14/1224	1563 (A)		
Antrag über Änderung der Zweiten Verord-		Erklärung des Regierenden Bürgerme	eisters
nung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (2. Zweckentfremdungsverbotsverordnung – 2. ZwVbBO)		Bankgesellschaft Berlin und die Verantwor- tung des Landes	
- Drs 14/1228	1563 (B)	verbunden mit	
ragestunde		Aktuelle Stunde	
Gedenkveranstaltung zum 40. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August		Auswirkungen der Bankenkrise auf den Ber- liner Haushalt	
Abg. Braun (CDU) 1522 (B, D),	1523 (A)		
Sen Dr. Stölzl 1522 (C, D), 152		und	
Frau Abg. Dr. Lötzsch (PDS)		Keine Entlastung von Vorstandsmitgliedern	
Abg. Gaebler (SPD)		der Bankgesellschaft Berlin AG, der Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank sowie der	
Konsequenzen aus dem Flugzeugabsturz		Landesbank Berlin	1520 (4)
am Flughafen Tempelhof		- Drs 14/1251	1030 (A)
verbunden mit		und	

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Kassensturz, Offenlegung der finanziellen		Große Anfrage	
Risiken über den Landeshaushalt, neue Finanzplanung und strukturelle Maßnahmen zur Konsolidierung		Berlin und die Einführung des Euro-Bargel- des	
- Drs 14/1252	1530 (A)	- Drs 14/1153 -	1555 (C)
RBm Diepgen			
Abg. Wolf (PDS)		Beschlussempfehlungen	
Abg. Dr. Steffel (CDU)		Vermögensgeschäfte)	
Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne)	1539 (D)	- Drsn 14/1242 bis 14/1247	1555 (D)
Abg. Wowereit (SPD)	1542 (C)	Beschlüsse 1565 (C, D),	1566 (A)
II. Lesung		Verlagerung der Zuständigkeit für die Fach- hochschule für Verwaltung und Rechtspflege	
0. Cocota aux Ändowing der Bouerdnung für		- Drs 14/1248	
Gesetz zur Änderung der Bauordnung für Berlin		Beschluss	1566 (A)
- Drs 14/1218		Was hat die Gebietsreform den Berlinerinnen und Berlinern wirklich gebracht?	
Frau Abg. Hämmerling (Grüne)		- Drs 14/1249	1556 (D)
Abg. Hoffmann (CDU)		Beschluss	
Abg. Spindler (PDS)		Descriuss	1300 (C)
Abg. Radebold (SPD)	1547 (A)	Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an den Hochschulen (II)	
Gesetz zu dem Zweiten Staatsvertrag zur		- Drs 14/1250	1556 (B)
Anderung des Staatsvertrages über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Bran- denburg im Bereich des Rundfunks		Beschluss	
- Drs 14/1239	1547 (B)	Vorlagen – zur Kenntnisnahme –	
Siebtes Gesetz zur Änderung des Landes-		gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB	
gleichstellungsgesetzes	(0)	- Drs 14/1221	1556 (C)
- Drs 14/1240	1547 (C)	Anträge	
I. Lesung		Keine Tiefgarage auf dem Bebelplatz	
		- Drs 14/1225	1556 (C)
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Aus- führung des Gesetzes zu Artikel 10 Grund-		Abg. Brauer (PDS)	1556 (C)
gesetz (G 10) (AG G10)		Abg. Goetze (CDU) 1557 (C),	1558 (C)
- Drs 14/1237	1547 (D)	Frau Abg. Matuschek (PDS)	1558 (B)
		Frau Abg. Ströver (Grüne)	1558 (D)
Große Anfrage		Frau Abg. Dr. Neef (SPD)	1559 (C)
Europäisch denken – lokal handeln? Bezirkliche Beschäftigungsbündnisse in Berlin – Drs 14/1205 –	1548 (A)	Unterstützung der Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen zum Erlass eines Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen	
		· ·	1560 (A)
verbunden mit		Beschluss	
Antrag		Sicherung des Schienenpersonenfernver- kehrs	
Nicht nur europäisch denken, auch lokal han- deln!		- Drs 14/1238	1560 (A)
- Drs 14/1206	1548 (A)	Aktionsprogramm "Let's clean the air in Berlin!" – Nichtraucherschutz als Aufgabe	
Frau Abg. Freundl (PDS)		der Drogenbeauftragten	
Frau Sen Schöttler		- Drs 14/1241	1560 (B)
Abg. Liebich (PDS)		Abg. Dr. Köppl (Grüne)	1560 (B)
Frau Abg. Mommert (CDU)		Abg. Czaja (CDU)	1561 (A)
Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne) 1553 (B),	1554 (D)	Frau Abg. Dr. Lötzsch (PDS)	1561 (B)
Frau Abg. Thieme-Duske (SPD) 1554 (C),	1555 (A)	Frau Abg. Helbig (SPD)	1561 (D)

(A) Vizepräsident Dr. Luther eröffnet die Sitzung um 13.06 Uhr.

Vizepräsident Dr. Luther: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 27. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie, unsere Gäste und Zuhörer sehr herzlich

Ich habe zu Beginn der Sitzung einiges Geschäftliches mitzuteilen: Die Fraktion der PDS hat ihren Äntrag über Zusätzliche Forderungen an die Novellierung des Altschuldenhilfe-Gesetzes - AHG -, Drucksache 14/374, für erledigt erklärt und damit zurückgezogen.

Am Montag sind zum gleichen Zeitpunkt drei Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde eingegangen:

- 1. Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU zum Thema: "Auswirkungen der Bankenkrise auf den Berliner
- 2. Antrag der Fraktion der PDS zum Thema: "Konsequenzen der Bankenkrise für Berlin",
- 3. Antrag der Fraktion der Grünen zum Thema: "Bankenkollaps, Haushaltsnotstand - Diepgen muss Verantwortung übernehmen!"

Im Ältestenrat haben wir uns darauf verständigt, dass die Aktuelle Stunde heute auf Antrag der Koalitionsfraktionen aufgerufen wird. Diese Aktuelle Stunde wird verbunden beziehungsweise beginnt mit einer Erklärung des Regierenden Bürgermeisters gemäß Artikel 49 Absatz 3 der Verfassung von Berlin. Die näheren Einzelheiten gebe ich mit Aufruf des Tagesordnungspunkts 1 A bekannt.

Das Thema der Aktuellen Stunde des Bundestages am heutigen Tag wird ebenfalls die Problematik der Berliner Bankgesellschaft sein. Für den hierfür von Berlin erwarteten Redebeitrag hält es der Regierende Bürgermeister für sinnvoll, dass er von Senator Kurth übernommen wird. Er bittet daher, Senator Kurth für die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses ab 14.30 Uhr für etwa 45 Minuten zu entschuldiaen.

Wir kommen dann zur

Ifd. Nr. 1:

Fragestunde gemäß § 51 der Geschäftsordnung

Zu Beginn der Fragestunde und vor Aufruf der ersten Frage habe ich Ihnen wieder einen Vorschlag zu unterbreiten, nämlich die Fragen 2, 3 und 4, die sich jeweils mit dem Flugzeugabsturz im Bezirk Neukölln befassen, gemeinsam aufzurufen und beantworten zu lassen. Wie immer haben dann die Fragesteller das Recht auf zwei Nachfragen, und insgesamt stehen den übrigen Abgeordneten dann auch zwei zusätzliche Nachfragen zur Verfügung.

Dieses Verfahren schlage ich Ihnen auch für die Fragen 5 und 6 vor, die beide die Sanierung des Brandenburger Tors zum Thema haben. - Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann verfah-

Ich bitte die Abgeordneten Herrn Gaebler, Frau Matuschek und Herrn Cramer sowie Frau Kasten und Frau Dr. Neef, sich entsprechend darauf einzustellen.

Das Wort zur ersten Frage hat der Abgeordnete Braun von der CDU-Fraktion zu einer Mündlichen Anfrage über

Gedenkveranstaltung zum 40. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August

Braun (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

- 1. Welche Aktivitäten plant der Senat zum 40. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August?
- 2. Ist dem Senat bekannt, ob auch die Bundesregierung des Jahrestags gedenken wird?

Vizepräsident Dr. Luther: Wer antwortet für den Senat? - (C) Herr Senator Stölzl!

Dr. Stölzl, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Ich antworte im Namen des Senats wie folgt:

Erstens: Das Land Berlin wird aus Anlass des 40. Jahrestages des Mauerbaus am 13. August folgende Veranstaltungen durch-

- am Montag, dem 13. August, 10 Uhr: Kranzniederlegung an der Peter-Fechter-Stiege durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin
- 10.30 Uhr: Eröffnung der Ausstellung zum Mauerbau an der Bernauer Straße 111 durch den Regierenden Bürgermeister - diese neu gestaltete Ausstellung
- 11 Uhr: Gedenkveranstaltung auf dem Gelände der Kapelle der Versöhnung in der Bernauer Straße 4 mit anschließender Kranzniederlegung an der Gedenkstätte Berliner Mauer in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters

Am Vorabend des Mauerbaus, am 12. August 2001, zwischen 19 und 22 Uhr, findet an der Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße eine vom Land Berlin initiierte öffentliche Großveranstaltung zum 40. Jahrestag des Mauerbaus statt.

Neben diesen offiziellen Veranstaltungen gibt es eine Vielzahl von wissenschaftlichen und kulturellen Gedenkveranstaltungen. Gut 50 Bildungsträger, Gedenkstätten, Forschungseinrichtungen, Opferverbände und Gedenkinitiativen erinnern in über 100 Veranstaltungen in der Zeit von Mai bis Ende Oktober an den Mauerbau vor 40 Jahren. Die Veranstaltungsfolge ist zusammengefasst in dieser Broschüre, die Sie in Ihren Fächern gefunden haben sollten.

Wer sich über das Internet informieren will, der kann die gesamte Fülle der Veranstaltungen, auch die neu hinzukommenden spontanen, unter www.13.August.de laufend aktualisiert (D) finden.

Zu 2: Laut Auskunft des Protokollchefs des Bundesministeriums des Innern plant die Bundesregierung keine eigenen Veranstaltungen am 13. August 2001. Sie avisierte jedoch die Teilnahme von Vertretern des Bundes an den geplanten Berliner Veranstaltungen. Wir haben uns auch informiert, was der Herr Bundespräsident tun wird. Er wird eine Erklärung zum 40. Jahrestag des Mauerbaus abgeben, jedoch nicht an den Senatsveranstaltungen am 13. August teilnehmen.

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator! Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hinweisen, alle Nachfragen erst dann zu stellen bzw. zu drücken, wenn die Antwort gegeben wurde und die möglichen zwei Zusatzfragen gestellt worden sind. Was vorher gedrückt wurde, ist definitiv nicht im Display. - Die erste Nachfrage hat der Abgeordnete Michael Braun!

Braun (CDU): Herr Senator Stölzl! Liegen dem Senat von Berlin Erkenntnisse darüber vor, dass die - höflich ausgedrückt Zurückhaltung der Bundesrepublik beim Gedenken an den Mauerbau damit zusammenhängt, dass die Bundes-SPD in Berlin eine neue Regierung unter Beteiligung der PDS anstrebt?

> [Heiterkeit - Zuruf: Da sollten Sie den Innensenator fragen!]

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator!

Dr. Stölzl, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Braun! Dem Senat von Berlin liegen keine Kenntnisse vor, welche strategischen Überlegungen die Bundesregierung in Bezug auf die Landesregierung verfolgt. Man könnte auch sagen: Allwissend bin ich nicht, doch viel ist mir bewusst. Die

Sen Dr. Stölzl

(A) Abwesenheit von symbolischen politischen Gesten regt das Nachdenken selbstverständlich an, und wir hätten uns gewünscht, dass die Bundesregierung wie die ganze Nation dieses bedeutenden Tages in jeder Hinsicht gedenkt. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit, übrigens auch, dass Parteien, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, eigentlich sich keinen Millimeter in der Beurteilung dieser schändlichen Geschichte vor 40 Jahren unterscheiden dürften.

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Dr. Luther: Die zweite Nachfrage – Herr Braun!

Braun (CDU): Herr Senator Stölzl! Gerade angesichts der aktuellen Lage in Berlin frage ich nach, ob bei den Gedenkveranstaltungen nicht ein Schwerpunkt auf das Thema Agitprop der SED gelegt werden sollte?

[Heiterkeit bei den Grünen und der PDS]

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator, können Sie das beantworten?

Dr. Stölzl, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Ich empfehle das Studium der sehr nützlichen Broschüre.

[Wieland (Grüne): Und den Besuch des Deutschen Historischen Museums!]

Es ist erstaunlich, wie viel die Initiativen und Institutionen in der ganzen Breite der Betrachtungen, nicht nur des Mauerbaus, sondern auch des historischen Zusammenhangs, hier zu Wege gebracht haben, z. B. in Kongressen. Aus guten Gründen ist dies nicht nur etwas, das sich um den 13. August herum rankt. Das hat nicht nur damit zu tun, dass die Ferienzeit allem Gedenken nicht freundlich gesonnen ist, sondern weil man von Mai ab der Vorgeschichte besser erinnern kann, die ja bekanntlich mit Ulbrichts Worten, dass niemand vorhatte, eine Mauer zu bauen – am 15. Juni 1961 –, erstmals sichtbar geworden ist.

Ich glaube, wer dieses Programm ernst nimmt, wird tief in die Geschichte der deutschen Spaltung eindringen und in die Geschichte der SED damals.

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator! Auf dem Display erscheint als erste Nachfragerin Frau Dr. Lötzsch. Danach Herr Gaebler. – Frau Dr. Lötzsch!

Frau Dr. Lötzsch (PDS): Herzlichen Dank, Herr Präsident! Herr Senator Prof. Stölzl, da wir am Montag im Kulturausschuss diese Thematik sehr ausführlich debattiert haben, können Sie doch sicher dem Abgeordneten Braun von der CDU bestätigen, dass die erste größere Veranstaltung zu dieser Thematik unter dem Titel "Der Mauerbau – Die einvernehmliche Krise" am Anfang dieser Woche von der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführt wurde.

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator!

Dr. Stölzl, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete! Ich habe vorhin schon angedeutet, dass ich mir wünsche und davon ausgehe, dass die Beurteilung dieses historischen Ereignisses schlechthin nicht nach parteipolitischen Grenzen verlaufen kann. Die historische Wahrheit gilt für alle Parteien. Deshalb begrüßen wir, dass selbstverständlich alle die Geschichte ernst nehmen, und zwar unbeschadet ihrer parteipolitischen Bindung, mit offenem Auge und nüchtern. Welche Schlüsse man parteipolitisch für die Gegenwart zieht, ist nicht von den Veranstaltern zu planen.

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator! – **(C)** Eine weitere Nachfrage hat der Abgeordnete Gaebler!

Gaebler (SPD): Herr Senator! Dann kann ich aus Ihren Worten auch schließen, dass Sie den verzweifelten Versuch des Abgeordneten Braun, sich über die Gedenkveranstaltung parteipolitisch zu profilieren, diesem Anlass nicht unbedingt für angemessen halten?

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator! Ob das beantwortbar ist, weiß ich nicht. Ich stelle Ihnen frei, ob Sie etwas dazu sagen wollen.

[Unruhe - Rabbach (CDU): Nur Herr Gaebler kann die Frage beantworten!]

Dr. Stölzl, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Ich halte ein lebendiges Parlament, das sich nicht nur in Geschäftsordnungsdebatten und in dem Kampf um die Finanzen erschöpft, sondern um die Wertentscheidungen in diesem Land kämpft, für eine gute Sache. Profilierung ist der Sinn der Demokratie. Wer sich nicht profiliert, wird im demokratischen Prozess nicht sichtbar. Also begrüße ich jede Art von Profilierung über geistige Inhalte, die in diesem Parlament stattfindet.

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank!

Wir kommen dann zur Mündlichen Anfrage 2. Herr Abgeordneter Gaebler fragt nach

Konsequenzen aus dem Flugzeugabsturz am Flughafen Tempelhof

Danach bitte die Fragen 3 und 4.

Gaebler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

- 1. Welche Konsequenzen will der Senat aus dem Flugzeugabsturz am 24. Mai 2001 im Bezirk Neukölln für den Flugbetrieb auf dem Flughafen Tempelhof ziehen?
- 2. Sind insbesondere auch kurzfristig umzusetzende Maßnahmen wie Einführung einer Mindesttonnage, Landeverbot für einmotorige Flugzeuge und Vorgabe von Instrumentenanflug vorgesehen?

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Gaebler! – Ich bitte jetzt die Abgeordnete Matuschek, ihre Frage zu formulieren!

Kleinmotorige Flugzeuge auf Berliner Flughäfen

Frau Matuschek (PDS): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

- 1. Wie viele kleinmotorige Flugzeuge bis 5,7 Tonnen flogen in den vergangenen Jahren die Flughäfen Tegel, Schönefeld und Tempelhof an bitte nach Jahren und Flughäfen detailliert auflisten –?
- 2. Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es, diesen Flugverkehr an den genannten Flughäfen zu untersagen, und wie wird der Senat diese Möglichkeiten schnell und konsequent ausschöpfen?

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Frau Matuschek! – Last but not least Herr Cramer zum selben Thema:

Konsequenzen aus dem Flugzeugabsturz in Neukölln

1523

- (A) Cramer (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:
 - 1. Wie bewertet der Senat den Flugzeugabsturz in Neukölln, und welche Konsequenzen will er aus dem "Glück im Unglück" für die Sicherheit der betroffenen Bevölkerung ziehen? Ist die sofortige Schließung des Flughafens in Tempelhof nach dieser "Warnung" nicht das Gebot der Stunde? Wenn nein, warum nicht?
 - 2. Wie bewertet der Senat nach dem jüngsten Flugzeugabsturz in ein Neuköllner Wohngebiet den Konsensbeschluss vom Mai 1996, nach dem der Flughafen Tempelhof spätestens nach dem rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss geschlossen wird, und welche Vorkehrungen hat der Senat bisher getroffen, diese Planungsvorgabe umzusetzen?

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Cramer! Für den Senat antwortet der Verkehrssenator!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Schönen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Senat bedauert den Flugzeugunfall vom 24. Mai 2001, bei dem zwei Menschen ihr Leben verloren haben und eine durchaus erhebliche Anzahl von Anwohnern unmittelbar gefährdet wurde. Allerdings muss auch darauf hingewiesen werden, dass im Zusammenhang mit dem Betrieb des Flughafens Berlin-Tempelhof dies der erste schwere Unfall seit 50 Jahren ist. Daran kann man sehen, dass die Behörden zumindest nicht ohne Erfolg versucht haben, alles zu tun, um das Sicherheitsniveau der innerstädtischen Flughäfen auf der Grundlage der internationalen Vorschriften auf dem höchsten Stand zu halten.

Ungeachtet dessen hat dieser Unfall verdeutlicht, und dessen sind wir uns auch alle bewusst, dass systembedingt mit innerstädtischen Flughäfen höhere Risiken verbunden sind. Aus diesem Grund hält der Senat an der verkehrspolitischen Zielvorgabe fest, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld zum Flughafen Berlin-Brandenburg International und entsprechend dem Konsensbeschluss von 1996 die innerstädtischen Flughäfen Berlin-Tempelhof und Berlin-Tegel zu schließen.

Zusätzlich zu den bereits getroffenen Sicherheitsmaßnahmen wird der Senat weitere Maßnahmen einleiten, um das Gefahrenpotential noch weiter zu verringern und den Sicherheitsstandard für die innerstädtischen Flughäfen insgesamt anzuheben. Als wichtigste Maßnahmen prüfen wir daher gegenwärtig, ob der Ausschluss einmotoriger Flugzeuge, der Ausschluss von Privatfliegern und die Anordnung eines Mindeststartgewichts geeignet ist, die Sicherheit weiter zu verbessern. Derartige Maßnahmen können auf der Grundlage eines Änderungsgenehmigungsverfahrens nach § 6 Abs. 4 des Luftverkehrsgesetzes eingeleitet und zügig umgesetzt werden.

Insgesamt wird das Unglück in Tempelhof gegenwärtig von der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung ausgewertet. Deshalb können wir zu den Einzelheiten des Unfalls noch nichts sagen. Zusammenfassend möchte ich aber noch einmal sagen, dass dieser Unfall ganz deutlich die Problematik von innerstädtischen Flughäfen in hochverdichteten Gebieten zeigt. Das ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb Berlin so an der Realisierung des Flughafens Berlin Brandenburg International interessiert ist. Das hat umweltpolitische Auswirkungen, es hat Sicherheitsauswirkungen, es hat natürlich auch wirtschaftspolitische Auswirkungen. Wir sind also an der zügigen Realisierung dieses Flughafens Berlin Brandenburg International interessiert, um die innerstädtischen Flughäfen gemäß dem Konsensbeschluss schließen zu können.

Das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau von Berlin Brandenburg International läuft. Die Anhörungen mit den privaten Einwendern und Betroffenen beginnen heute. Wir gehen davon aus, dass der Terminplan für Berlin Brandenburg International eingehalten werden wird, dass die innerstädtischen Flughäfen entsprechend des Konsensbeschlusses geschlossen werden und Berlin Brandenburg International in 2007 fertiggestellt ist und in Betrieb gehen kann.

Zu der Frage der Frau Abgeordneten Matuschek gebe ich die Informationen zu Protokoll, damit daraus die Schlüsse gezogen werden können. Es ist schwierig, Jahreszahlen und Flugbewegungen vorzutragen. Ich bitte um Einverständnis.

	litteilung der FG) wurden i	Berliner Flughafen-Gesellschaft	
THF	1998 1999 2000	9 361 6 646 5 341	
TXL	1998 1999 2000	522 317 121	
SXF	1998 1999	8 334 8 089	

Landungen – Flugbewegungen – von kleinen Flugzeugen bis 5,7 t registriert. Hierbei handelt es sich um Flugbewegungen ungeachtet der Antriebsart sowie ungeachtet der Anzahl der Motoren.

8 044

2000

Zur Frage 2 hinsichtlich der rechtlichen Möglichkeiten und kurzfristigen Maßnahmen verweist der Senat auf die Beantwortung der Mündlichen Anfragen Nr. 2 und 4 der Abgeordneten Gaebler und Cramer.

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator! Natürlich sind wir damit einverstanden. Das spart Zeit und ist effektiver. – Das Recht der ersten Nachfrage hat Herr Gaebler!

(D)

Gaebler (SPD): Sie hatten gesagt, dass Sie Maßnahmen für den Flughafen Tempelhof bezüglich der offensichtlich besonders sicherheitskritischen Kleinflugzeuge planen. Werden für den Flughafen Tegel und das gesamte Berliner Stadtgebiet ähnliche Beschränkungen geprüft? Die Gefährdung, die von solchen Flugzeugen ausgeht, beschränkt sich nicht nur auf den Flughafen.

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Man muss zwischen Tegel und Tempelhof unterscheiden. Bei Tegel gibt es die Möglichkeit eines Landeanfluges über den Tegeler Forst. Infolgedessen bietet sich zumindest potentiell die Chance, den Landevorgang nicht in dicht besiedeltem Gebiet einleiten zu müssen. Der Landevorgang als solcher ist eines der großen Risiken beim Fliegen. Beide Flughäfen sind daher von den Auswirkungen eines Verbots her unterschiedlich zu beurteilen. Wir prüfen beide Flughäfen. Im Ergebnis kann dies jedoch zu unterschiedlichen Maßnahmen je nach Flughafen führen.

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator! – Herr Gaebler, Sie haben eine zweite Nachfrage!

Gaebler (SPD): Die zweite Nachfrage bezieht sich auf den Schließungsantrag für den Flughafen Tempelhof. Gehen Sie von einer zügigen Weiterbearbeitung aus? Gibt es angesichts der aktuellen Aspekte eine größere Aussicht auf schnellere Realisierung?

(A) Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Es ist bekannt, dass die Flughafengesellschaft beantragt hat, das Schließungsverfahren für den Flughafen Tempelhof ruhen zu lassen. Das entspricht nicht dem Konsensbeschluss der Eigentümer. Deswegen streben wir an, in die Genehmigung von Berlin Brandenburg International die Schließung von Tegel und Tempelhof als eine Bedingung aufzunehmen, so dass die Existenz nur eines Großflughafens in Berlin sichergestellt ist und Tegel sowie Tempelhof gleichzeitig geschlossen werden

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator Strieder! – Die nächsten beiden Nachfragen hat Frau Abgeordnete Matuschek!

Frau Matuschek (PDS): Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Strieder, dass die Maßnahmen die Sie prüfen, nämlich den einmotorigen Flugverkehr, den Privatflugverkehr und den niedrigtonnagigen Flugverkehr von den Flughäfen Tempelhof und Tegel möglichst zu verbannen, die Möglichkeit eröffnen, höhertonnagigem Flugverkehr bessere Chancen einzuräumen und die freigewordenen Slots zu nutzen?

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator Strieder!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Ja, Frau Abgeordnete!

Vizepräsident Dr. Luther: Eine zweite Nachfrage – Frau Abgeordnete Matuschek!

(B) Frau Matuschek (PDS): Meine zweite Frage stellte darauf ab, dass Sie immer von Tegel und Tempelhof als innerstädtischen Flughäfen sprechen. Sie wissen doch ganz genau, dass auch Schönefeld eine Betroffenheitsquote von mindestens 80 000 Bürgern hat. All die von Ihnen angesprochenen Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheitsstandards an den Flughäfen Tempelhof und Tegel müssten auch auf Schönefeld ausgedehnt werden. Stimmen Sie diesbezüglich mit mir überein?

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Strieder!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Wer die Stadt kennt, weiß, dass Tempelhof inmitten eines bebauten Gebietes liegt. Auch Tegel liegt in bebautem Gebiet mit dem angrenzenden Tegeler Forst. Schönefeld liegt hingegen vor den Toren der Stadt. Es ist ein signifikanter Unterschied für denjenigen, der die Stadt kennt.

[Frau Matuschek (PDS): In Schönefeld sind auch schon Flugzeuge abgestürzt. Es waren sogar große!]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank Herr Senator! – Die nächsten beiden Nachfragen hat der Abgeordnete Cramer

Cramer (Grüne): Herr Senator! Sie haben gesagt, dass die Flughafen-Holding den Schließungsbeschluss für Tempelhof ruhen lässt, und Sie wissen, dass der Senat sich seit Jahren nicht im Stande sieht, im Senat zu beschließen, dass der Flughafen Tempelhof gemäß dem Konsensbeschluss spätestens 2003 geschlossen wird. Deshalb frage ich Sie noch einmal: Welche Maßnahmen sehen Sie, dass jetzt der Konsensbeschluss vom gesamten Senat so ernst genommen wird, dass auch die Schließung von Tempelhof spätestens 2003 realisiert wird?

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator Strieder, immer noch Ihre Zeit!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Der Konsensbeschluss sieht vor, dass der Flughafen Berlin-Tempelhof geschlossen wird mit Rechtskraft des Planfeststellungsverfahrens für Berlin Brandenburg International – wann immer es sein wird. Eine Jahreszahl, wie Sie behaupten, ist in dem Konsensbeschluss nicht enthalten. Der Konsensbeschluss ist bis heute unverändert geblieben. Keiner der Eigentümer der Berliner Flughafenholding hat bisher einen Antrag auf Abänderung des Konsensbeschlusses gestellt, weshalb der Konsensbeschluss nach wie vor gilt.

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Cramer hat das Wort zu einer weiteren Nachfrage – bitte!

Cramer (Grüne): Sie hatten vorhin in Ihrer Antwort gesagt, dass Sie anstreben, dass die Rechtsverbindlichkeit so hergestellt wird, dass mit Inbetriebnahme von BBI die Flughäfen Tempelhof und Tegel geschlossen werden. Nun kann man aus den Planfeststellungsunterlagen, die heute für die Öffentlichkeit diskutiert werden, ersehen, dass die Rechtsverbindlichkeit, wie sie seinerzeit in München gegeben war – Schließung von München-Riem bei Inbetriebnahme von Erdinger Moos –, in diesem Planfeststellungsverfahren nicht gegeben ist. Das heißt, hier gibt es nicht die einklagbare Entscheidung, bei Inbetriebnahme von BBI die Flughäfen Tempelhof und Tegel zu schließen. Kann ich Ihre Aussagen so verstehen, dass Sie anstreben, dass im Planfeststellungsbeschluss die rechtsverbindliche und einklagbare Verbindung verankert werden soll, so dass mit Inbetriebnahme von BBI die Flughäfen Tempelhof und Tegel geschlossen werden?

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator Strieder!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Sie haben mich insofern falsch verstanden, als ich nicht gesagt habe, dass die Flughäfen Tempelhof und Tegel mit Inbetriebnahme von Berlin Brandenburg International geschlossen werden sollen, sondern ich habe gesagt: Es gilt der Konsensbeschluss. - Der Konsensbeschluss sieht vor, dass der Flughafen Tempelhof mit der Rechtskraft des Planfeststellungsverfahrens für Berlin Brandenburg International geschlossen werden soll. Und der Flughafen Tegel soll mit Inbetriebnahme von Berlin Brandenburg International geschlossen werden. Der Konsensbeschluss zwischen den Gesellschaftern, zwischen dem Senat von Berlin, der Landesregierung von Brandenburg und der Bundesregierung, steht. Er ist bisher nicht verändert worden. Pacta sunt servanda - Verträge sind einzuhalten; Herr Abgeordneter Wieland, Sie kennen das! -, und infolgedessen kann daran gar kein Zweifel bestehen.

Zu der Frage, ob man das in das Planfeststellungsverfahren hineinnimmt, um es rechtssicher zu machen, sage ich Ihnen: Genau das ist unsere Absicht. Wir wollen, dass verbindlich geklärt wird, dass Berlin Brandenburg International ein Single-Flughafen für diese Region ist und die anderen innerstädtischen Flughäfen Berlin-Tegel und Berlin-Tempelhof endgültig geschlossen werden.

Vizepräsident Dr. Luther: Es besteht jetzt die Möglichkeit zu zwei weiteren Nachfragen. Am schnellsten und zur rechten Zeit gedrückt haben Frau Schaub und Herr Dr. Kaczmarczyk. – Zunächst Frau Schaub!

Frau Schaub (PDS): Herr Senator! Ich unterstelle zunächst einmal positiv, dass die Schließungspläne auch verwirklicht werden. Selbst dann bleibt aber eine Zeitspanne, in der die beiden innerstädtischen Flughäfen so, wie gehabt, beflogen werden. Meine Frage lautet: Welches Sicherheitskonzept gibt es für die beiden Flughäfen? – Es dürfte sich vermutlich unterscheiden, weil z. B. Ihre Aussage in Bezug auf Tegel nur die halbe Wahrheit trifft, denn die Anflüge finden selbstverständlich nicht nur über den Tegeler Forst statt. Wenn Sie sich einmal in diese Gegend

Frau Schaub

(A) begeben – ich wohne dort –, dann werden Sie feststellen, dass alle zwei Minuten eine Maschine direkt über das Wohngebiet fliegt. Was ist eigentlich, wenn da mal eine herunter fällt? – Deshalb meine Frage: Welche Sicherheitskonzepte gibt es?

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator, immer noch Sie in der Pflicht!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Ich habe nicht gesagt, dass alle Anflüge über den Tegeler Forst stattfinden, sondern ich habe gesagt, sie können darüber stattfinden.

[Wieland (Grüne): Maximal 10 %, weil wir immer Westwind haben, wie Sie wissen – oder auch nicht!]

Der zweite Punkt dabei ist, dass wir meines Erachtens nicht der Gefährdung nachgeben dürfen, wegen dieses Flugzeugunglücks so zu tun, als würde jetzt stündlich auf den Flughäfen ein Flugzeug herunter fallen. Sie wissen, dass es andere Verkehrsmittel gibt, die weitaus gefährlicher sind. Die Mehrzahl von Ihnen dürfte wieder einmal mit dem Pkw zur Arbeit hierher gekommen sein. Das ist weitaus gefährlicher als die Benutzung eines Flugzeugs. Insofern muss man dann nicht immer alles dramatisieren, wenn einmal in 50 Jahren etwas passiert ist – so bedauerlich das ist. Aber jetzt so zu tun, als hätten wir ein System der Unsicherheit auf Berliner Flughäfen, wäre unverantwortlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die in der Nähe dieser Flughäfen lehen

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsident Dr. Luther: Die letzte Nachfrage zu diesem Themenkomplex geht an Herrn Dr. Kaczmarczyk – bitte!

(B) Dr. Kaczmarczyk (PDS): Herr Senator! Ist es Ihrer Aufmerksamkeit als ausgewiesenem Berlinkenner entgangen, dass mit den Ortsteilen Bohnsdorf, Müggelheim, Wilhelmshagen und Grünau mehrere 10 000 Einwohner Berlins regelmäßig beim Landeanflug auf Schönefeld überflogen werden? Ist Ihnen in diesem Zusammenhang in Erinnerung, dass bei Schönefeld insgesamt 267 Tote durch Flugzeugabstürze zu verzeichnen sind?

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Letzteres ist mir in der Tat entgangen. Wahrscheinlich war das zu DDR-Zeiten.

Zum Zweiten kann ich Ihnen nur sagen: Selbstverständlich wird das ganze Stadtgebiet von Flugzeugen überflogen. Die Frage ist aber, in welcher Höhe und ob die Landebahn unmittelbar hinter dem Vorgarten eines Hauses beginnt, wie das in Tempelhof der Fall ist. Diesen Unterschied zwischen Tempelhof und Schönefeld wird man wohl noch einräumen dürfen, wenn man Kenner der Stadt ist.

[Zurufe von der PDS]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator! – Wir haben damit diesen Fragenkomplex 2, 3 und 4 abgearbeitet.

Die Mündlichen Anfragen 5 und 6 werden ebenfalls gemeinsam behandelt. Zunächst hat Frau Kasten das Wort zu Ihrer Mündlichen Anfrage über

Verhülltes Denkmal

Frau Kasten (CDU): Ich frage den Senat:

- 1. Wie ist der aktuelle Stand der Instandsetzungsarbeiten am Berliner Wahrzeichen, dem Brandenburger Tor?
 - 2. Liegen die Sanierungsvorhaben im Zeit- und Finanzlimit?

Vizepräsident Dr. Luther: Diese Mündliche Anfrage wird **(C)** mit der folgenden verbunden. Frau Dr. Neef hat das Wort zu ihrer Mündlichen Anfrage über

Verwirrungen bei der Sanierung des Brandenburger Tores

Frau Dr. Neef (SPD): Ich frage den Senat:

- 1. Wie beurteilt der Senat die im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" zitierten Äußerungen von Wissenschaftlern, das Brandenburger Tor würde sich womöglich nach der Restaurierung in einem "kritischeren" Zustand befinden als zuvor, und sind diese potentiellen Befürchtungen gegebenenfalls auf die bei der Restaurierung angewendete Lasertechnik oder die politisch motivierte Verkürzung der Sanierungszeit zurückzuführen?
- 2. Hält der Senat eine Verlängerung der Zeitspanne für die Sanierung am Brandenburger Tor für möglich, um eine gründliche Restaurierung sicherzustellen und eine dreidimensionale Computeranimation als Grundlage für ein dauerhaftes Pflegekonzept zu ermöglichen?

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Strieder! Schon wieder – Sie sind heute Dauergast!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Berichterstattung über die Sanierungsmaßnahmen am Brandenburger Tor entbehren eines jeden Wahrheitsgehaltes. Sie sind falsch. Die Reinigungs- und Restaurierungsarbeiten sind im Zeit- und Arbeitsplan entsprechend dem zwischen der Stiftung und dem Senat vereinbarten Rahmen. Die Stiftung Denkmalschutz hat uns mitgeteilt, dass die Arbeiten innerhalb des vom Senat vorgegebenen Zeitraums liegen würden. Über den Finanzierungsstand können wir keine Aussagen machen, da der Nachweis der Kosten nicht Gegenstand der Vereinbarungen zwischen dem Land Berlin – vertreten durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur – und der Stiftung Denkmalschutz Berlin ist.

Ich will noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass in Vorbereitung und Durchführung der Restaurierungsarbeiten neben den zuständigen Fach- und Genehmigungsbehörden -Landesdenkmalamt, Bezirksamt Mitte, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung - außerdem noch eine Reihe von ausgezeichneten, externen Sachverständigen, Gutachtern und Instituten eingeschaltet sind, die mit Voruntersuchungen, Analysen und Begleituntersuchungen sowie Empfehlungen die erforderlichen Einzelmaßnahmen abstimmen. Die konkreten Maßnahmen werden auf der Grundlage von vorbereitenden Muster- und Probeflächen am Denkmal bestimmt und von sehr erfahrenen und einschlägig qualifizierten Fachleuten auf dem Gebiet der Denkmalrestaurierung durchgeführt. Dem Senat sind keinerlei ernst zu nehmende Hinweise bekannt, dass die eingesetzten Reinigungsverfahren und restauratorischen Reparaturmaßnahmen einschließlich der Oberflächenbehandlung dem Brandenburger Tor unter konservatorischen oder ökonomischen Gesichtspunkten Schaden zufügen. Das Gegenteil ist der Fall.

"Der Spiegel" beruft sich auf eine Äußerung eines Professors, Herrn Dr. Wiedemann, des Fraunhofer-Instituts für Werkstoff und Strahltechnik. Der hat sich in einem Schreiben, das er uns zur Verfügung gestellt hat, vom dem "Spiegel"-Bericht distanziert. Ich zitiere aus diesem Brief:

Sehr geehrter Herr Wenserski,

 ${\sf -}$ das ist der "Spiegel"-Redakteur, der den Artikel geschrieben hat ${\sf -}$

Bezug nehmend auf meinen Anruf vom 28. Mai 2001 zum Bericht "Desaster am Tor" möchte ich Ihnen hiermit nochmals mitteilen, dass ich mich von dem mir einleitend direkt unterstellten Satz, dass sich das Tor nach den Sanierungsarbeiten in einem kritischeren Zustand befinden könnte als vorher, distanziere, da ich so etwas nie gesagt habe.

Sen Strieder

(B)

(A) Ebenso distanziere ich mich von weiteren Passagen des Berichtes, die mit mir in Zusammenhang gebracht werden können und bereits wurden, wie zum Beispiel "Folgekosten", "Prof. Engel hat bisher keine gute Arbeit geleistet", "konzeptionslose Säuberungsversuche mit Laser", da ich das überhaupt nicht beurteilen kann. Ich bitte Sie in aller Dringlichkeit, dies öffentlich klarzustellen.

Ich denke, es ist damit klargestellt worden, dass "Der Spiegel" einen Artikel veröffentlicht hat, der wenig Wahrheitsgehalt aufweist.

Der Senat geht nach wie vor davon aus, dass die umfänglichen Maßnahmen am Brandenburger Tor zeitgerecht abgeschlossen werden können. Wir bereiten zurzeit einen Bericht gemeinsam mit dem Landesdenkmalamt vor, um festzustellen, welche Arbeiten notwendigerweise nach Bestandsaufnahme am Brandenburger Tor erledigt werden müssen. Wir werden daraus ein weiteres Sanierungs- und Zeitkonzept entwickeln müssen. Die Verlängerung von Arbeiten durch weitere Aufnahmen, durch die Herstellung von dreidimensionalen Aufnahmen beispielsweise der Reliefs am Brandenburger Tor, ist vom Senat abgelehnt worden. Der Senat hat ein Interesse daran, dass nur über einen überschaubaren Zeitraum das Brandenburger Tor verhüllt ist. Nicht alles, was Denkmalschützer sich wünschen, kann jetzt realisiert werden. Entscheidend ist, dass das Brandenburger Tor mit dieser Sanierung endlich wieder in einen Zustand versetzt wird, der dem Symbol und Wahrzeichen Berlins gerecht wird.

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank Herr Senator Strieder! – Frau Kasten, haben Sie eine Nachfrage? – Bitte!

Frau Kasten (CDU): Ich frage den Senat, ob er in der Lage ist, darüber Auskunft zu geben, wann das Brandenburger Tor fertiggestellt sein wird.

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator Strieder!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Nach dem gegenwärtigen Zeitplan ist vorgesehen, dass zum 3. Oktober 2002 das Tor enthüllt darstehen wird.

Vizepräsident Dr. Luther: Haben Sie eine weitere Nachfrage, Frau Kasten? – Das ist nicht der Fall. Dann geht das Fragerecht an Frau Dr. Neef über – bitte!

Frau Dr. Neef (SPD): Übernimmt der Senat die Verantwortung dafür – wenn es bei einer Zeitreduzierung auf 14 Monate bleiben wird –, dass die sich dort befindenden kulturhistorisch wertvollen Reliefs ohne Sicherheitskopien für die Nachwelt wahrscheinlich nicht bleibend erhalten werden können? Die Unwiederbringlichkeit der Kunstwerke ist in verschiedenen Diskussionen bereits betont worden. Halten Sie es für vertretbar, dass nicht alles, was zu ihrer Bewahrung möglich ist, in einer gründlichen Restaurierung jetzt gemacht wird?

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank Frau Neef! – Herr Senator Strieder!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Das Brandenburger Tor ist in den 50er Jahren nach den Kriegsschäden saniert worden und befindet sich auch auf Grund dieser Sanierung in einem erbärmlichen Zustand. Auch die Sanierung Anfang der 90er Jahre war nicht dazu geeignet, das Brandenburger Tor wesentlich zu schützen. Das, was jetzt durch die Stiftung Denkmalschutz Berlin gemacht wird, ist die erste gründliche Sanierung und Restaurierung des Brandenburger Tores. Das Engagement dieser Bürgerinnen und Bürger ist für die Stadt und für den Erhalt des Brandenburger Tores nicht hoch genug einzuschätzen.

Aber nur, weil es gelungen ist, diese privaten Mäzene für die Sanierung des Brandenburger Tores zu finden, halte ich es dennoch nicht für vertretbar, dass wir in diesem Zusammenhang alles machen, was die Denkmalschützer sich vorstellen könnten, beispielsweise eine dreidimensionale Computeraufnahme des Tores, einen Abdruck aller Reliefs, eine weitere Kopie der Quadriga. Ich glaube, dass es auch übertriebene Wünsche gibt. Das Brandenburger Tor existiert mit diesen Reliefs seit über 200 Jahren. Ich glaube nicht, wenn wir die Reliefs jetzt nicht nachbildeten, gingen sie der Nachwelt für immer verloren. Im Gegenteil: Die Reliefs weisen kaum Schädigungen auf. Es gibt keinen Grund zu Befürchtungen. Wir sind sehr dankbar, dass das Brandenburger Tor so umfassend saniert und restauriert wird, wollen es aber auch bald wieder sehen, unverhüllt und in seiner ganzen Schönheit

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator Strieder! – Frau Dr. Neef, haben Sie eine weitere Nachfrage? – Nein. Dann stellt die nächste Nachfrage Herr Gaebler.

Meine Damen und Herren! Bevor ich Herrn Gaebler das Wort gebe, ist es mir eine Freude, Ehrengäste auf unserer Tribüne zu begrüßen. Ich begrüße sehr herzlich seine Exzellenz, den Präsidenten des Parlaments der Ukraine, Herrn Iwan Plustsch und seine Delegation!

[Allgemeiner Beifall]

Herzlich willkommen im Parlament!

Herr Gaebler, Sie dürfen jetzt den Senat fragen!

Gaebler (SPD): Ich frage den Senator: Es drängt sich der Eindruck auf, dass auch ein gewisses wirtschaftliches Interesse an einer möglichst langen Verhüllung des Brandenburger Tores besteht. Ist dieser Eindruck völlig falsch, oder haben Sie von den Werbeträgern und der Stiftung Denkmalschutz dafür Anzeichen erhalten?

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Ich sage es noch einmal: Die Stiftung Denkmalschutz Berlin hat kein wirtschaftliches Interesse an einer Verlängerung der Bauzeit. Dass Firmen von einer Verlängerung der Bauzeit profitieren, liegt auf der Hand. Dass diejenigen, die dort Werbeflächen unterhalten, länger am Brandenburger Tor werben können, wenn das Tor länger verhüllt wird, liegt auch auf der Hand. Möglicherweise gibt es da Zusammenhänge, aber wir werden auf diese Zusammenhänge nicht eingehen.

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank Herr Senator! – Die nächste Nachfrage stellt Frau Abgeordnete Ströver – bitte!

Frau Ströver (Grüne): Herr Strieder! Ganz konkret die Frage, die Herr Gaebler etwas umschrieben hat: Wie hoch sind die Einnahmen, die die Stiftung Denkmalschutz mit der Werbung am Brandenburger Tor hat gegenüber den nun zu erwartenden Kosten der Sanierung des Tores? Wenn ich mir noch eine Nebenfrage erlauben darf: Ist inzwischen die Entscheidung, mit welcher Farbe das Brandenburger Tor gestrichen werden soll, gefällt, und wie lautet das Ergebnis?

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator Strieder!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Ich hatte eingangs darauf hingewiesen, dass der Nachweis für die Kosten der Sanierung nicht Gegenstand des Vertrages ist, wie er abgeschlossen wurde. Deswegen kann ich dazu keine Auskunft geben.

Zur Frage nach der Farbe kann ich Ihnen sagen: Nachdem ich vor kurzem das Brandenburger Tor und lasergereinigte Flächen hinter der Plane gesehen habe, finde ich, es ist ein so strahlender

:)

Sen Strieder

Stein geworden, dass ich noch skeptischer bin hinsichtlich eines Anstrichs, als ich es vorher war. Aber das ist keine Entscheidung, die man in kleinem Kreis treffen sollte. Wir haben das Interesse. den Berliner Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, was es bedeutet, ob man das Tor als Sandsteintor wieder aufstellt, ob man es weiß anstreicht, vielleicht kommt auch noch jemand auf weitere Farben. Das sollen die Berliner Bürgerinnen und Bürger diskutieren. Wir wollen das so aufbereiten, dass jeder sich eine eigene Vorstellung machen kann, wie es wirken würde. Dann können wir ja sehen, wie wir das organisieren, ob wir eine Abstimmung machen, entweder nur im Parlament oder auch unter den Berlinerinnen und Berlinern.

> [Wieland (Grüne): Da ist auch Strieder für ein Volksbegehren!]

Das ist, glaube ich, etwas, was durchaus den Berlinerinnen und Berlinern so am Herzen liegt, dass sie sich an einer solchen Abstimmung, an einer solchen Unterschriftensammlung großartig beteiligen würden.

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator Strie-

Bevor ich die nächste Frage aufrufe, bitte ich noch einmal alle Abgeordneten, darauf zu achten - es ist eine Frage der Höflichkeit -, wenn ein Senator oder jemand anders redet, nicht mit dem Rücken zum Redner im Raum zu stehen und zu reden oder zu diskutieren. Ich bitte alle Damen und Herren des Abgeordnetenhauses, darauf ein bisschen häufiger zu achten.

Ich rufe auf die Frage Nr. 7 von Frau Abg. Matuschek über

geheimnisvolle Y-Akten

Frau Matuschek (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

- 1. Was ist der Inhalt der so genannten Y-Akten im Planfeststellungsverfahren zum Großflughafen BBI, und warum wurden diese Äkten nicht ausgelegt?
 - 2. Wie werden diese Akten der Öffentlichkeit zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt, und wie werden Stellungnahmen und Einwendungen zu diesen Akten in das laufende Planfeststellungsverfahren eingebracht?

Vizepräsident Dr. Luther: Wer antwortet für den Senat? -Ich brauche beinahe nicht mehr zu fragen: Es ist der Senator Strieder!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete! Die Entscheidung darüber, welche Akten zu Planfeststellungsunterlagen gehören und deshalb öffentlich ausgelegt werden und welche Akten nicht auslegungspflichtige vorbereitende und ergänzende Untersuchungen darstellen, die es bei jeder Planfeststellung gibt und die kein unmittelbarer Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens sind, obliegt dem jeweils verfahrensführenden Amt, im Falle des Planfeststellungsverfahrens BBI für den Ausbau des Flughafens Schönefeld dem brandenburgischen Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen als zuständiger Anhörungsbehörde. Berlin hat hier keine eigene Zuständigkeit, deshalb kann von Berlin aus die Frage, warum Akten nicht vorgelegt worden seien, nicht beantwortet werden.

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator Strieder. - Nachfragen? - Frau Matuschek!

Frau Matuschek (PDS): Herr Strieder! Die Zuständigkeit des Brandenburger Amtes ist mir sehr wohl bekannt. Dennoch würde ich Sie gern fragen: Hat Ihre Verwaltung, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, diese Akten zur Beurteilung und Bewertung, und haben Sie zu diesen Akten entsprechende Stellungnahmen in das Planfeststellungsverfahren eingebracht? Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator! (C)

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, Frau Matuschek. Sie hatten gefragt, warum die Akten nicht öffentlich ausgelegt wurden. Ob meine Mitarbeiter diese Akten für die Abgabe der Stellungnahme hatten, weiß ich nicht, weil ich die Stellungnahme nicht selbst erarbeitet habe.

Vizepräsident Dr. Luther: Frau Matuschek hat eine weitere Nachfrage.

Frau Matuschek (PDS): Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass ich in der Frage 2 genau danach gefragt habe, wie die Stellungnahmen zu diesen Akten eingebracht werden in das Verfahren. Es wundert mich schon, dass Sie das nicht wissen, denn es handelt sich bei diesen Akten insbesondere um Detailunterlagen zu Flächenstrukturdaten, Grundwasserbelangen und Naturschutzbelangen. Ich bitte Sie, sich deswegen noch einmal zu äußern zu dem Punkt, ob Ihre Verwaltung nicht verpflichtet gewesen wäre, auch über diese Akten informiert zu werden und entsprechende Stellungnahmen einzubringen.

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator Strieder!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Sie können davon ausgehen, Frau Abgeordnete, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Unterlagen, die für ihre Stellungnahmen wichtig waren, zur Verfügung hatten, und wenn sie nicht in den ausgelegten Akten dabei waren, sie angefordert und sie dann auch erhalten haben.

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Strieder! -Weitere Nachfragen liegen uns hier oben nicht vor.

(D)

Wir kommen zur Frage Nr. 8 des Abg. Berger über

Fesselung von Flüchtlingen in **Abschiebungshaft**

Jetzt gehe ich davon aus, Herr Strieder, dass Sie nicht antworten müssen

Berger (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

- 1. Trifft es zu, dass am 23. März 2001 neun Flüchtlinge, die sich im polizeilichen Abschiebungsgewahrsam befanden, von dort mit auf dem Rücken gefesselten Händen zur zahnärztlichen Behandlung transportiert und beim Zahnarzt gefesselt behandelt
- 2. Teilt der Senat die Auffassung, dass dieser Umgang eklatant die Menschenwürde verletzt und dass die Grundrechte auch für Menschen gelten müssen, die sich ohne staatliche Erlaubnis in unserem Land aufhalten?

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Berger! - Ich gehe davon aus, dass der Senator Dr. Werthebach antwortet!

Dr. Werthebach, Bürgermeister und Senator für Inneres: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Ich bitte, die Fragen 1 und 2 zusammen beantworten zu dürfen.

Durch die zuständigen Dienststellen habe ich mich über den von Ihnen angesprochenen Sachverhalt informieren lassen und musste feststellen, dass insbesondere die Fesselung während der zahnärztlichen Behandlungen Fragen aufwirft, die in der Kürze der Zeit nicht abschließend geklärt werden können. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung, die hier anstehenden Fragen

Bm Dr. Werthebach

(A) sorgfältig im Interesse aller Beteiligten zu prüfen und Ihnen kurzfristig einen umfassenden schriftlichen Bericht zukommen zu lassen.

> [Müller-Schoenau (Grüne): Sie haben die Frage nicht beantwortet! – Wieland (Grüne): Waren sie nun gefesselt oder nicht?]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator! - Gibt es noch Nachfragen? - Herr Berger!

Berger (Grüne): Dieser Bitte würde ich nicht stattgeben, wäre ich hier Präsident.

[Heiterkeit]

Denn ich meine schon, dass der Sachverhalt der Fesselung von Häftlingen nicht so komplex, allerdings ziemlich skandalös ist, dass Sie sich schon im Stande fühlen müssen, hier zu antworten. Ich nehme das jetzt so hin. – Vielleicht könnte Herr Werthebach einmal zu hören, ich habe mich auch gewundert, dass Sie vorhin, bei meiner Frage, geredet haben.

[Bm Dr. Werthebach: Ich höre zu!]

- Den Eindruck habe ich nicht, es tut mir Leid.

Ich frage Sie darum jetzt generell: Gibt es eine Anordnung in Berlin, die diesen schweren Bruch der Menschenwürde ermöglicht, nämlich Abschiebungshäftlinge bei Transporten und bei der ärztlichen Behandlung zu fesseln, ja oder nein?

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator Werthebach!

Dr. Werthebach, Bürgermeister und Senator für Inneres: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Meine Antwort war bewusst darauf angelegt, in diesen Interessen- und Rechtskonflikt sehr gründlich zu prüfen und dann zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Jetzt antworte ich ganz formal, so wie Sie mich gefragt haben: Die Möglichkeit, dieses, was Sie in Ihrer Frage darstellen, rechtlich durchzuführen, d. h. der Polizei die Befugnis dazu zu geben, folgt aus § 10 des Gesetzes über den Abschiebungsgewahrsam in Verbindung mit § 88 des Strafvollzugsgesetzes. Letzteres ist ein Bundesgesetz. Dort sind die Maßnahmen und die Möglichkeiten dazu im Einzeln dargestellt, unter anderem auch das Fesseln

Vizepräsident Dr. Luther: Das Recht einer zweiten Nachfrage hat der Abgeordnete Berger!

Berger (Grüne): Ich möchte das Ganze doch von der bürokratischen auf die menschliche Ebene heben.

[Gelächter des Bm Dr. Werthebach]

Ich möchte noch einmal nachfragen: Sie haben doch eine gewisse Handlungsfreiheit, Herr Senator. Und wenn Sie schon auf mich nicht hören, ich glaube, Sie sind katholisch, hören Sie vielleicht auf den Bischof und Kardinal von Berlin, Herrn Sterzinsky, der vor wenigen Tagen noch einmal ganz ausdrücklich erklärt hat, dass für Menschen, die sich ohne Erlaubnis in diesem Land aufhalten, auch der Anspruch auf Menschenwürde voll zu gelten hat. Deswegen frage ich Sie, dieses Mal nicht als Bürokraten, sondern als wachen Bürger dieses Landes: Meinen Sie nicht, dass die Fesselung von Menschen, die aus rein verwaltungstechnischen Gründen in Gefangenschaft gehalten werden, nicht weil sie Kriminelle seien, die Menschenwürde eklatant verletzt?

[Gewalt (CDU): Aus anderen Gründen! – Atzler (CDU): Dann wäre das Bundesgesetz ja rechtswidrig!]

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator Werthebach!

Dr. Werthebach, Bürgermeister und Senator für Inneres: (C) Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Wenn Sie meiner Eingangsantwort zugehört hätten, dann hätten Sie daraus entnehmen können, dass ich genau der Auffassung bin, dass hier eine Güterabwägung stattfinden muss, einerseits der Sicherheit z. B. auch der behandelnden Ärzte oder der behandelnden Ärztin und der Sicherheit der betroffenen Abschiebungshäftlinge andererseits. Deswegen habe ich Ihnen geraten, mir die Zeit zu geben, hier in einem gründlichen Überprüfungsprozess eine Antwort zu geben, die all dieses erfasst. Ich bitte Sie aber sehr um Verständnis, dass Sie die Anwendung von Gesetzen einschließlich von Bundesgesetzen nicht als Bürokratie abtun.

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator! – Eine weitere Nachfrage stellt nun Herr Zillich.

Zillich (PDS): Herr Senator! Darf ich Ihre Antwort auf die erste Frage, dass Fragen aufgeworfen worden seien, so verstehen, dass Ihnen zumindest Zweifel gekommen sind, ob die Praxis der Fesselung bei den Arztbesuchen richtig und verhältnismäßig ist?

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator Dr. Werthebach!

Dr. Werthebach, Bürgermeister und Senator für Inneres: Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Sie haben mich insofern richtig verstanden, als es Fragen aufwirft, die in einem Abwägungsprozess, wie ich eben schon darstellte, nunmehr gründlich zu untersuchen und dann mit einem Ergebnis zu versehen sind.

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Dr. Werthebach! – Jetzt haben wir noch eine letzte Frage von Herrn Müller-Schoenau.

(D)

Müller-Schoenau (Grüne): Herr Senator! Abgesehen davon, dass ich nicht ganz verstehen kann, warum Sie nicht in der Lage sind, die Angelegenheit zu bewerten – die erste Frage von Herrn Berger bezog sich darauf, ob es zutrifft, dass in diesem Fall gefesselt und auch noch beim Zahnarzt gefesselt wurde. Die Frage, ob es zutrifft, müssten Sie doch hier beantworten können. Deswegen frage ich Sie noch einmal: Trifft es zu?

Vizepräsident Dr. Luther: Herr Senator! Soviel ich weiß, haben Sie die Frage schon beantwortet. Aber wenn Sie mögen, können Sie das noch einmal tun.

Dr. Werthebach, Bürgermeister und Senator für Inneres: In der Tat, Herr Präsident, Herr Abgeordneter, ich habe die Frage beantwortet.

[Wieland (Grüne): Wie denn?]

Ich will es gerne noch einmal tun. Da ich gesagt habe: Hier sind verschiedene Eingriffshandlungen seitens der Polizei vorgekommen – und ich außerdem gesagt habe, dass hier eine Güterabwägung mit Interessen und Rechtspositionen anderer stattfinden muss, ist meine Antwort schon hinlänglich gegeben.

[Wieland (Grüne): Wie heißt sie denn? Welche Eingriffshandlungen? – Müller-Schoenau (Grüne): Trifft es zu oder nicht?]

Vizepräsident Dr. Luther: Meine Damen und Herren! Die Fragestunde hat damit ihr Ende gefunden. Alle Mündlichen Anfragen – Sie kennen unser Prozedere –, die heute nicht beantwortet werden konnten, werden nach § 51 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung schriftlich beantwortet.

Wie schon im Ältestenrat mitgeteilt, werde ich heute zu einer Spontanen Fragestunde nicht aufrufen.

Vizepräsident Dr. Luther

(A) Ich rufe auf

Ifd. Nr. 1 A:

Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zum Thema "Bankgesellschaft Berlin und die Verantwortung des Landes"

verbunden mit

Aktuelle Stunde zum Thema "Auswirkungen der Bankenkrise auf den Berliner Haushalt"

und

Drucksache 14/1251:

Antrag der Fraktion der PDS über keine Entlastung von Vorstandsmitgliedern der Bankgesellschaft Berlin AG, der Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank sowie der Landesbank Berlin

sowie

Drucksache 14/1252:

Antrag der Fraktion der PDS über Kassensturz – Offenlegung der finanziellen Risiken für den Landeshaushalt, neue Finanzplanung und strukturelle Maßnahmen zur Konsolidierung

Wird der Dringlichkeit dieser Anträge widersprochen? – Das höre ich nicht.

Dann hat der Regierende Bürgermeister von Berlin das Wort. – Herr Regierender Bürgermeister!

[Over (PDS): Was der Konkursverschlepper noch zu erklären hat, ist sein Rücktritt!]

Diepgen, Regierender Bürgermeister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst etwas Wichtiges vorab: Gestern hat mich der Präsident des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Ergebnisse der **Sonderprüfung von Kreditengagements der Bankgesellschaft** unterrichtet. Es zeichnet sich immer größere Klarheit ab. Die Angaben haben die bisherigen Einschätzungen im Wesentlichen bestätigt. Inzwischen liegen Presseerklärungen des Bundesaufsichtsamtes vor. Es zeichnet sich ein **Kapitalbedarf** in Höhe von gut – so formuliert das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen – 2 Milliarden Euro ab.

[Weinschütz (Grüne): 4 Milliarden DM!]

Diese Zahl zeigt das gesamte Desaster der Bankenkrise. Ich halte es jedoch für wichtig, dass mit dieser Information nunmehr hoffentlich die galoppierenden Spekulationen über die Entwicklung der Bank und einzelner Kreditengagements zu Ende gehen.

Die Krise der landeseigenen Bankgesellschaft Berlin erfasst auch die Entwicklungsmöglichkeiten und das politische Klima der Stadt Berlin. Nicht nur bankenübliche Risiken, die anfängliche Euphorie und das später nur verzögerte Wachstum der Wirtschaft in den neuen Ländern oder die Binnenwanderung in Deutschland zwischen Ost und West, sondern vor allem auch gravierende Fehleinschätzungen und offensichtlich Missmanagement innerhalb der Bank sind die Ursachen. Als Stichworte nenne ich das auch im Abgeordnetenhaus im Rahmen des Untersuchungsausschusses überprüfte Aubis-Engagement der Bank und die Sanierungsversuche für die Immobilientochter des Konzerns. Verstöße gegen das Kreditwesengesetz wurden aufgedeckt und führten zu Rücktritten und Entlassungen einzelner Vorstandsmitglieder. Aufsichtsrat und Vorstand der Bankgesellschaft Berlin sowie die Bankenaufsicht haben Sonderprüfungen einzelner Kreditengagements der Bankgesellschaft und ihrer beiden Tochterunternehmen, der Landesbank und der Berlin-Hyp, veranlasst. Ergebnisse der Sonderprüfungen hat das Bundesaufsichtsamt heute vorgelegt. Ich habe darauf hingewiesen. Als Ergebnis zeichnete sich bereits vorher - und zwar seit mehreren Wochen - ein zusätzlicher Eigenkapitalbedarf der Bankgesellschaft zur Weiterentwicklung des Kreditgeschäfts ab. Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen hat in der heutigen Erklärung eine notwendige Kapitalerhöhung bei der Bankgesellschaft von gut 2 Milliarden Euro genannt. Mit Schreiben vom 21. Mai dieses Jahres hatte der Aufsichtsratsvorsitzende der Bankgesellschaft zuvor Mitglieder des Aufsichtsrats und Anteilseigner informiert, dass die Gesellschaft aus rechtlichen Gründen zur Fortführung ihres Geschäftsbetriebes eine Kapitalzuführung benötige. Die Größenordnung belaufe sich in etwa auf die jetzt genannte Höhe.

Das Land Berlin als Gewährträger der Landesbank und Hauptanteilseigner der Bankgesellschaft Berlin steht hier in der Verantwortung, und wir sehen uns in der Verantwortung. Die Handlungsfähigkeit der Bank ist sicherzustellen. Dabei geht es um die Interessen der Bankkunden, der vielen Tausend Kleinsparer, der 16 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bankgesellschaft. Es geht um das Vertrauen von vielen Tausend gerade kleinen und mittelständischen Unternehmen in ihre Sparkasse und Landesbank. Und es geht um Vermögensinteressen des Landes Berlin. Gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen hat der Senat daher die Garantie dafür abgegeben, dass das nach dem Kreditwesengesetz vorgeschriebene und darüber hinaus für die Geschäftsausrichtung erforderliche Eigenkapital der Bankgesellschaft sichergestellt wird.

Der Senat hat mit seinem Beschluss vom 22. Mai eine weit reichende Verantwortung übernommen und zur Abwendung eines größeren Schadens dabei auch für diejenigen zumindest mitgehandelt, die ebenfalls Anteilseigner der Bankgesellschaft sind, kurzfristige Beschlüsse zur Schadensbehebung und zur Sicherung des Geschäftsbetriebes aber nicht treffen wollten oder in dem Zeitablauf nicht treffen konnten. Der Senat war sich bei seiner Entscheidung darüber bewusst, dass die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen der Garantieerklärung wegen der Unklarheit über den tatsächlichen Wertberichtigungsbedarf zu diesem Zeitpunkt noch nicht feststanden. Es war zu erwarten. dass die anderen Anteilseigner oder gegebenenfalls neue strategische Partner der Bankgesellschaft Berlin sich an der notwendigen Eigenmittelausstattung beteiligen. Wir konnten also davon ausgehen, dass die notwendigen Leistungen aus dem Berliner Landeshaushalt gegebenenfalls abgesenkt werden können.

Der Senat wird dennoch dem Berliner Abgeordnetenhaus eine Erhöhung der Kreditermächtigung um 4 Milliarden DM – das sind die 2 Milliarden Euro – zur Sicherung des Eigenkapitals der Bank vorschlagen. Damit soll sowohl die Glaubwürdigkeit des Engagements des Landes Berlin bei der Eigenkapitalausstattung als auch – und darauf kommt es noch mehr an – das Vertrauen in künftige Geschäftsmöglichkeiten und auch Renditeerwartungen der Bank in den nächsten Jahren unterstrichen werden

In den letzten Tagen ist des öfteren von der notwendigen Übernahme von Verantwortung gesprochen worden.

[Cramer (Grüne): Allerdings!]

Der Senat trägt nicht die Verantwortung für einzelne notleidende Kreditengagements der Bankgesellschaft Berlin oder gar für Verstöße gegen das Kreditwesengesetz. Er sieht sich aber in der Verantwortung, die Folgen der offensichtlichen Schieflage, einer schwierigen Krise der landeseigenen Bank, zu beseitigen, die Ursachen zu ermitteln und eine Wiederholung, soweit es in seinen Kräften steht, zu verhindern.

[Zurufe von den Grünen]

Wir erwarten vom Vorstand der Bankgesellschaft ein klares Konzept für die künftige Geschäftspolitik,

[Zuruf von den Grünen: Noch mal 4 Milliarden!]

mögliche neue strategische Partner und eine schonungslose Aufklärung der Verantwortlichkeit.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Wieland (Grüne): Wo ist denn Ihr Stellvertreter heute?]

Wir erwarten ein entsprechendes Handeln der Aufsichtsratsmitglieder. Wir erwarten von den Mitgliedern der Aufsichtsgremien klare Beschlüsse und Weisungen gegenüber dem Vorstand,

(D)

1530

(A) nach denen Verantwortliche auch tatsächlich zur Verantwortung gezogen werden, das heißt, gegebenenfalls auch zu Schadensersatz herangezogen werden.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Wolf (PDS): Fällt Ihnen aber früh ein!]

Wir erwarten eine Überprüfung der Arbeit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Die Wirtschaftsprüfer, und zwar unterschiedlich in ihrer Verantwortung und in ihrer Tätigkeit auch in den vergangenen Jahren, haben bisher nicht plausibel erklären können, warum sie für die vorangegangenen Geschäftsjahre testierte Jahresabschlüsse vorgelegt und Mitglieder in den Aufsichtsgremien und auch die Anteilseigner dadurch nicht über anstehende gravierende Probleme unterrichtet haben. Die Verhaltensweisen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften werden übrigens auch nicht dadurch besser, dass einzelne von ihnen heute offensichtlich der Versuchung unterliegen, bestehende Risiken einzelner Engagements eher besonders hoch zu bewerten. Offensichtlich haben wir es mit der Folge einer Entwicklung zu tun, die auch in anderen Bundesländern und bei anderen Prüfungsvorgängen zu Schadensersatzansprüchen gegenüber Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in mehrstelligen Millionensummen geführt haben. Schadensersatzansprüche gegenüber Wirtschaftsprüfungsgesellschaften können und dürfen also nicht ausgeschlossen werden.

Die aktuelle Situation der Bankgesellschaft Berlin hat unmittelbare Auswirkungen auf den Haushalt des Landes.

[Zuruf von den Grünen: Ach nee!]

Die Gewinne der Anteilseigner aus dem Bankgeschäft sowie Steuereinnahmen des Fiskus bleiben aus. Wegen der Schieflage der Bank sind die Aktienkurse zunächst massiv gesunken. Überlegungen zur Veräußerung von Eigentumsanteilen an der Bank zum Ausgleich des Berliner Landeshaushalts müssen daher aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft zurückgestellt werden. Sie wissen, wir hatten vor, uns von Teilen des Eigentums an der Bankgesellschaft zu trennen, auch aus Gründen des Haushaltsausgleichs. In der aktuellen Situation gibt es keine Alternative, das heißt: weitere Anstrengungen zur Einsparung und an Stelle von Vermögensveräußerungen in der geplanten Höhe des Jahres 2001 vorübergehend eine Erhöhung der Netto-Neuverschuldung in diesem Jahr.

Auch wenn die Kreditaufnahmen in den nachfolgenden Haushaltsjahren wieder zurückgenommen werden sollen, so bleiben doch die **Zinsbelastungen** für die auch nur kurzfristig aufgenommenen Kredite. Bei einem Kredit von 1 Milliarde DM fallen nach den jetzigen Zinsen etwa 50 Millionen DM im Jahr an.

An dieser Stelle will ich – getrennt vom Manuskript – darauf hinweisen: Ich habe den Eindruck, dass der eine oder andere auch im Bankengeschäft es sich verdammt leicht macht,

[Gelächter bei der PDS und den Grünen – Over (PDS): Heißt der zufällig Landowsky?]

wenn er glaubt, das Land Berlin kann, weil es muss, die finanzielle Verantwortung übernehmen und einen Ausgleich vornehmen. Wenn dann differenziert wird zwischen den Beträgen der Kreditaufnahme von mehreren Milliarden DM und den tatsächlichen Belastungen im Hinblick auf die Zinsen, darf das nicht als eine Bagatellisierung missverstanden werden. Denjenigen, die so argumentieren, muss ich sagen, sie sollen uns, den Politikern, einmal klar machen, wie wir den Bürgern gegenüber verantworten sollen angesichts der ohnehin schwierigen Haushaltssituation und der Einsparungen, dass wir hier zu einem Engagement verpflichtet sind und auf der anderen Seite Einsparungen von den Bürgern erwarten.

[Beifall bei der CDU – Zurufe von der PDS und den Grünen]

Ich sage dies hier mit aller Emotionalität, aber auch mit Klarheit, weil hier ein Stück Verantwortung deutlich gemacht werden muss.

[Wieland (Grüne): Sie suchen doch nur Sündenböcke!]

Ich habe von den Erwartungen und dem Vertrauen in die künftige Geschäftsentwicklung der Bankgesellschaft und insbesondere dabei der Landesbank gesprochen. Ein Konzept der künftigen Geschäftspolitik kann daher – ich sage: muss – auf der starken Stellung der Landesbank im sogenannten Sparkassengeschäft aufbauen. Hier hat die Landesbank Berlin einen Marktanteil von 60 %, der nicht nur eine gute Basis für künftiges wirtschaftliches, geschäftliches Verhalten und künftige Ergebnisse bildet, sondern auch den Grund für ein Interesse von öffentlichen und privaten Banken an einer Zusammenarbeit und einem Einstieg in die Bankgesellschaft darstellt. Das Land Berlin kann sich dabei - ich sagte schon, wir wollten das auch - von Anteilen der Bankgesellschaft trennen. Das Landesinteresse liegt in diesem Zusammenhang nicht nur in der Renditeerwartung an einem landeseigenen Unternehmen, sondern vor allem in der Sicherung des Bankenstandortes, in den gesamten wirtschaftlichen Auswirkungen des Bankenstandortes und den Arbeitsplätzen in Berlin. Ich muss wohl nur verkürzt darauf hinweisen, dass gerade die Landesbank ein wichtiges Institut für die mittelständische Berliner Wirtschaft ist.

> [Frau Oesterheld (Grüne): Jetzt haben Sie es kaputt gemacht!]

Diese Interessen können aber auch außerhalb der Eigentümerrolle gewahrt werden. Die gesamte Diskussion nach dem offen liegenden Desaster, der Krise der Bankgesellschaft macht deutlich, dass der Privatisierungskurs notwendig ist,

[Wieland (Grüne): Wo ist denn der Politbanker Landowsky?] auch aus Gründen, welche Verknüpfungen es bei Lösungsansätzen zwischen politischen Interessenlagen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten gibt.

Der Senat erwartet, dass die Partner der Bankgesellschaft, die NordLB und die Gothaer Versicherungsgruppe, sich an der Kapitalerhöhung beteiligen. Das erwähne ich nur deswegen noch einmal, weil eine solche Beteiligung auch in ihrem eigenen Interesse liegt. Damit kann der Berliner Beitrag verringert werden, aber mittelfristig ist das Land Berlin daran interessiert, auch aus Gründen der Haushaltsgestaltung Anteile der Bankgesellschaft zu veräußern. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hieße es aber, die Bankgesellschaft oder Teile davon unter Wert zu verkaufen und damit die Vermögensinteressen des Landes Berlin nicht zu wahren. Auch ist zu beachten, dass – möglicherweise durch überhöhte Wertberichtigungen – im Augenblick stille Reserven gebildet werden, die bei künftigen Wertermittlungen – also auch Veräußerungserlösen – mit zu beachten sind.

[Zuruf des Abg. Eßer (Grüne)]

Wichtig ist die Frage – sie wird auch öffentlich diskutiert –: Gibt es Interessenten? – Ich sage aus eigener Erfahrung: Ja, es gibt Interessenten, und auch der Deutsche Sparkassen- und Giroverband – ich habe persönlich mit dem Verantwortlichen, Herrn Hoppenstedt, darüber gesprochen – und die DGZ-Deka-Bank haben ausdrücklich erklärt, dass sie nach wie vor an einer Beteiligung interessiert sind.

Mit meinen bisherigen Formulierungen habe ich den Handlungsbedarf angesichts der Bankenlage – dieser Krise, der Schieflage – dargestellt. Mit der nüchternen Beschreibung ist die gesamte Dimension des Vorgangs nicht umschrieben. Materiell ist Schaden entstanden; aber noch schwerwiegender ist der psychologische Schaden für die Entwicklung der Stadt.

[Eßer (Grüne): Ach nein!]

Es entsteht eine breite öffentliche Diskussion bis hinein in eine Beratung im Deutschen Bundestag – wobei ich allerdings glaube, dass einige der Repräsentanten im Deutschen Bundestag sich mit ihrer Initiative nicht gerade mit Ruhm bekleckern.

[Zurufe von links]

Dass ausgerechnet Vertreter aus Berlin auch noch die Forderung aufstellen – und zwar jenseits rechtlicher Kenntnis –, in Brüssel sollte sorgfältig juristisch geprüft und verhindert werden,

[Müller-Schoenau (Grüne): Soll es denn nicht geprüft werden? – Zuruf des Abg. Wolf (PDS)]

(A) dass das Land Berlin seine Verpflichtungen gegenüber der Bankgesellschaft wahrnimmt, das zeigt nicht viel Sachverstand und nicht viel Interessenwahrnehmung für die Situation in Berlin und die Berlinerinnen und Berliner.

[Starker Beifall bei der CDU - Zurufe von links]

Aber es kommt auf etwas anderes an. Senat und Abgeordnetenhaus kannten die besonderen europarechtlichen Fragen der Landesbanken und Sparkassen. Senat und Abgeordnetenhaus kannten übrigens in den vergangenen Jahren die wirtschaftlichen Probleme der Berliner Bank, aber gerade durch die Bankgesellschaft Berlin, auch ihre nicht ganz einfache Rechtskonstruktion.

[Gelächter bei der PDS und den Grünen – Zurufe von der PDS und den Grünen]

sollte genau darauf eine Antwort gegeben werden. Die Bankgesellschaft stand – anders als die WestLB – nicht im Fadenkreuz der Kritik der europäischen Wettbewerbshüter. Auch das war eine Folge unserer konkreten Rechtskonstruktion.

[Over (PDS): Sie war zu undurchsichtig!]

Ich selbst bin nicht Mitglied in den verschiedenen Aufsichtsräten der verschiedenen Banken.

[Zurufe von links]

In meinen Gesprächen mit den Aufsichtsratsvorsitzenden der Bankgesellschaft – von Edzard Reuter bis Prof. Feddersen – gab es zunächst keine entscheidenden Warnsignale, die auf eine Bankenschieflage des jetzigen Ausmaßes schließen ließen.

[Zuruf des Abg. Wieland (Grüne)]

Und gerade deswegen gibt es auch offene Fragen. Und viele Berlinerinnen und Berliner sind zu Recht sauer und verbittert und fragen sich in diesen Tagen: Wie war es möglich, dass das Abgeordnetenhaus, dass die Mitglieder des Senats, dass auch der Regierende Bürgermeister von der Entwicklung bei der Bankgesellschaft so lange nichts erfahren haben?

[Zuruf von den Grünen: Das fragen wir Sie! – Cramer (Grüne): Das glaubt doch keiner!]

Dazu zitiere ich die frühere Kollegin im Senat, die ehemalige Senatorin für Finanzen, Frau Fugmann-Heesing, die vor kurzem im "Tagesspiegel" sehr klar dazu Stellung genommen hat:

Es gab und gibt in Berlin einen schwierigen Immobilienmarkt. Das wussten wir im Aufsichtsrat. Und es gab die Besonderheiten der Mietgarantien für Immobilienfonds. Angesichts dieser Situation habe ich und haben andere Aufsichtsratsmitglieder der Landesbank mehrfach den Vorstand wegen der Risikoabschätzung befragt. Bis der Fall Aubis bekannt wurde, sind erhebliche Risiken, die deutlich über den Stand der Wertberichtigungen hinausgingen, immer bestritten worden.

Und auch im Sommer 1998 erklärte die Kollegin Fugmann-Heesing hier im Abgeordnetenhaus:

Uns liegen keine Erkenntnisse vor, wonach wir damit rechnen müssten, dass sich Risiken realisieren, die zu einer Gewährträgerhaftung führen würden.

[Wolf (PDS): Was hat Ihnen denn Herr Landowsky erzählt? – Zuruf der Frau Abg. Seelig (PDS)]

Zu dem Gesamtzusammenhang hier stelle ich Folgendes fest: 1. Der Senat erwartet, dass die Gremien der Bank alle möglichen Ansprüche auf **Schadensersatz** prüfen und gegebenenfalls durchsetzen ohne Ansehen der Person.

[Starker Beifall bei der CDU]

2. Wir müssen uns auf **Wirtschaftsprüfer** verlassen können. Wenn aber innerhalb kürzester Frist einander widersprechende Befunde von Seiten der Wirtschaftsprüfer kommen, dann ist das kein Zeichen von Verlässlichkeit,

[Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

und ich wiederhole noch einmal die Frage des Schadensersatzes.

3. Über die innere Struktur der Bankgesellschaft wird seit ihrer Gründung diskutiert. Es gab auch vorsichtige Ansätze von Zwischenrufen, als ich dieses Thema hier andeutete. Aber alle, die in der Stadt für die Entscheidung, für die Kombination aus öffentlich-rechtlicher und privater Bank Verantwortung getragen haben – und übrigens zum wesentlichen Teil noch heute tragen –, haben diese Kombination für richtig, für möglich gehalten. Sie haben sie gewollt.

[Frau Oesterheld (Grüne): Wir haben sie kritisiert!]

- Seien Sie vorsichtig - insbesondere die Fraktion der Grünen!

[Zurufe von links -

Frau Oesterheld (Grüne): Das müssen Sie gerade sagen!]

Auch die heutige EU-Kommissarin Michaele Schreyer war in die Gespräche rund um die Gründung eingebunden und hat damals diese Kombination jedenfalls nicht in der Striktheit abgelehnt.

[Starker Beifall bei der CDU – Zurufe von links – Wieland (Grüne): Es gibt Protokolle in diesem Haus!]

Wegen einer öffentlichen Frage an den Justizsenator: Es gibt eine dringende Bitte und Aufforderung an den Generalstaatsanwalt: Sofern zusätzliche personelle und sächliche Ressourcen in der Staatsanwaltschaft oder auch bei der Polizei sinnvoll sind, sind diese bereitzustellen, und ich sage: im Zweifelsfall eher zusätzliche Kräfte als eine Kraft zu wenig!

[Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Wieland (Grüne)]

Die Ergebnisse der Sonderprüfung werden selbstverständlich der Staatsanwaltschaft vorgelegt. Das ist rechtsstaatliches Verhalten, und niemand hat Anlass, an solchen Entwicklungen zu zweifeln.

[Beifall bei der CDU]

Ich habe das Thema der Gesamtverantwortung für die Stadt schon angesprochen. In den vergangenen zehn Jahren haben – auch im Hinblick auf die im Moment besonders bedeutsamen Felder der Finanz- und Wirtschaftspolitik – die Union und die SPD gemeinsam hier die Verantwortung getragen. Ich denke, beiden Seiten ist diese Verantwortung bewusst.

(D)

[Cramer (Grüne): Das merkt man jeden Tag!]

Ich zitiere dabei auch ein jüngstes Interview des Fraktionsvorsitzenden der SPD: "Wir stehen als SPD im Senat zu unserer Verantwortung."

[Frau Ströver (Grüne): Sie hoffentlich auch!]

Für mich und die CDU ist das eine Selbstverständlichkeit.

[Starker Beifall bei der CDU – Zurufe von links]

Die Bankenschieflage und ihre wirtschaftlichen und haushaltsrechtlichen Folgen haben einen zusätzlichen kritischen Blick der Berlinerinnen und Berliner und der deutschen Öffentlichkeit auf die **Haushaltslage** der Stadt gerichtet. Der Senat wird und muss seine Anstrengungen zur Lösung der Bankenkrise vor dem Hintergrund dieser psychologischen, sachlichen Situation in der Republik verbinden mit Entscheidungen zur kurz- und mittelfristigen Finanz- und Haushaltsentwicklung.

[Frau Oesterheld (Grüne): Auf wessen Kosten?]

Der Senat hat dabei weder die Absicht, das Thema klein zu reden oder gar zu verdrängen

[Cramer (Grüne): Das glaubt nur keiner!]

noch in ein anderes Extrem – aus welchen Motiven auch immer – zu verfallen.

[Beifall bei der CDU]

Der Finanzsenator und der Bundesfinanzminister haben festgestellt, dass keine **Haushaltsnotlage** im Sinne des Bundesverfassungsgerichtes besteht.

[Gelächter links]

1532

[Gro. Gornes

(A) Das Land hat sich auch nicht – das wäre auch unklug – zur Lösung der Probleme aus der Bankenschieflage Hilfe suchend an Bund und Länder gewandt.

[Zurufe von links]

Allerdings ist festzustellen – auch das darf man nicht verdrängen –, dass die aktuelle Situation auch die Diskussion um den Länderfinanzausgleich politisch erschwert.

[Zurufe von links]

Die Bankenkrise ist dabei für Berlin nicht das entscheidende strukturelle Problem. Die **Steuerquote** von 40 % ist das Problem. Wirtschaftsentwicklung und strikte Sparsamkeit sind dabei die notwendigen Rezepte. Und gerade in diesen Tagen müssen wir uns ja auch immer mit Hinweisen in einigen Kommentaren auseinander setzen, die Stadt sei vom Stillstand geprägt, und notwendige Haushaltsentscheidungen, Sparsamkeit, Modernisierungsmaßnahmen seien in der Vergangenheit nicht getroffen worden. Zu diesem Argument Stillstand möchte ich die Kommentatoren nur einmal zu einem Gang durch die Stadt aufrufen.

Sachkundige Beobachter würden auch feststellen, dass Berlin in den letzten Jahren erhebliche haushaltspolitische Konsolidierungsanstrengungen unternommen hat. Ich nenne hier nur drei Stichworte:

[Wolf (PDS): Alles perdu!]

Personaleinsparungen, dahinter stecken jeweils Einzelschicksale, 60 000,

[Zuruf von links: Ja, mehr!]

Bezirks- und Verwaltungsreform, übrigens einschließlich der Verkleinerung des Berliner Abgeordnetenhauses – daran sollten Sie auch denken –,

[Oh! von links - Eßer (Grüne): Alles umsonst!]

die Absenkung der Gesamtausgaben sowie des Gesamthaushaltes – daran lässt sich viel ablesen. Aber in dem Zusammenhang kommt es mir auf etwas anderes an, sehr persönlich: Ich bekenne mich zu meiner persönlichen Verantwortung für eine Politik, die mit den Stichworten Modernisierung mit sozialem Gesicht umschrieben werden kann.

[Gelächter links]

Für die Stadt mussten und müssen auch noch heute die Grundvoraussetzungen für einen Standortwettbewerb innerhalb von Deutschland und in Europa geschaffen werden. Das ist die Folge der Teilung insgesamt,

[Beifall bei der CDU]

und die Folge, dass wir erst langsam sicherstellen konnten, dass Berlin zusammenwächst und dass die Unterschiede in den sozialen und wirtschaftlichen Ausgangspositionen sich annähern. Und zu einer solchen Politik gehören unsere wissenschaftlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, dazu gehören die Infrastruktur für Technologieparks, von Adlershof bis Buch, dazu gehört der Grundsatz, der hier vom Abgeordnetenhaus auch ausdrücklich geteilt worden ist – in Veranstaltungen jeweils in der Stadt rühmen sich alle dieser Überlegung –, nämlich der Grundsatz, der im vergangenen Jahrzehnt im Vordergrund stand: Aufbau Ost vor Ausbau West.

Ich stelle mich auch der Verantwortung für die Angleichung der Löhne zwischen Ost und West, mit all den Rückwirkungen, die dieses auch auf den Haushalt hat.

[Beifall bei der CDU]

Aber ich stelle mich auch der Verantwortung und der Notwendigkeit, dass bei aller Dynamik des neuen Berlin – erfreulich, im Medienbereich sehr zukunftsorientiert –, dass es bei all diesen Herausforderungen auch die Benachteiligungen in Stadtquartieren der Berliner Bezirke gibt, die wir nicht vergessen dürfen und nicht vergessen wollen.

[Beifall bei der CDU – Mutlu (Grüne): Mach' den Stuhl frei!]

Und ich bleibe selbstverständlich auch dabei, dass das strukturelle Haushaltsdefizit des Landes Berlin auch etwas mit teilungsbedingten Lasten zu tun hat.

[Beifall bei der CDU – Cramer (Grüne): Das ist richtig!]

Es ist, und das war eine unserer Schwierigkeiten, immer der Hinweis gekommen, ihr werdet ja Hauptstadt, und deswegen muss man das eine oder andere nicht machen, quer durch die ganze Republik, egal von wem.

[Zuruf von der CDU: So ist es!]

Es ist Anfang der 90er Jahre nicht gelungen, die typischen teilungsbedingten Belastungen des Haushalts außerhalb des normalen Länderfinanzausgleichs in das Finanzierungssystem unseres Föderalismus einzubeziehen. Ich nenne dabei nur noch eine Zahl, der Kollege Strieder weist immer darauf hin: 3,5 Milliarden DM jährliche Finanzierung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, wesentlich aus der Zeit vor der Wiedervereinigung. Das ist alles ein beredter Beweis dafür, dass wir es mit Folgeerscheinungen der deutschen Teilung zu tun haben.

[Beifall bei der CDU]

Das heißt ja nicht, dass aktuelle Notwendigkeiten dabei zur Seite geschoben werden. Aber es heißt, dass wir uns in der Auseinandersetzung auch um alle psychologischen und tatsächlichen Folgen der Diskussion, die wir im Augenblick zu bestehen haben, auch ein Stückchen auf diese Sachverhalte hin orientieren müssen. Sonst machen wir etwas, was für diese Stadt nicht akzeptabel ist.

[Beifall bei der CDU – Cramer (Grüne): Alles unakzeptabel!]

Mit der Lösung der Krise um die Bankgesellschaft, aber auch unabhängig davon, steht der Senat in einer Situation, die es erforderlich macht, eine neue Dimension des Sparens in Angriff zu nehmen.

[Gelächter links]

Dies ist schmerzhaft, aber dennoch ohne Alternative. Will sich Berlin die eigene Gestaltungskraft erhalten,

[Cramer (Grüne): Haben Sie doch verspielt!]

ist eine solche weitere Stufe in der Zäsur der Haushaltspolitik unabweisbar. Wir wollen das finanzpolitische Schicksal Berlins nicht in die Hände Dritter legen. Wir werden unsere Schularbeiten machen, und wir werden Sie bitten, mitzuhelfen, Sie alle. Unsere Schularbeiten, das heißt Fortsetzung des Konsolidierungskurses mit Augenmaß und wirtschaftlicher Vernunft.

[Zuruf von links: Neubeginn!]

Die weitere Konzentration auf die Kernaufgaben des Staates steht an, tabulos und ideologiefrei sind die jeweiligen Möglichkeiten ressortübergreifend aufzuzeigen.

[Beifall bei der CDU]

Ich kann niemandem versprechen, dass der Senat, dass wir alle dabei ohne Zumutungen auskommen werden, dass gar Liebgewonnenes auf alle Fälle erhalten bleibt.

[Frau Oesterheld (Grüne): Die Bäder!]

Ich kann Ihnen aber versprechen, dass der Senat gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen wird, die Zukunftsfähigkeit Berlins aus möglichst eigener Kraft zu sichern. Und die Aufräumungsarbeiten bei der Bank haben in den jeweiligen Verantwortlichkeiten begonnen und werden konsequent fortgesetzt.

[Frau Ströver (Grüne): Wer soll Ihnen das denn noch glauben? – Wieland (Grüne): Was war denn Ihr Beitrag dazu?]

Ich darf einige Aussagen zusammenfassen: Es gibt einen Handlungsbedarf, den der Berliner Senat verantwortungsbewusst ausfüllen wird.

[Cramer (Grüne): Das hören wir die ganze Zeit!]

(A) Erstens: Die Verantwortlichkeiten bei der Berliner Bankenkrise werden ungeschminkt aufgeklärt, konsequent verfolgt und der Öffentlichkeit schonungslos mitgeteilt.

> [Cramer (Grüne): Auch das hören wir die ganze Zeit! – Beifall bei der CDU]

Zweitens: Wir werden die notwendigen strukturellen Aufräumarbeiten bei der Bankgesellschaft forcieren und sie konsequent zu einem Erfolg führen.

[Beifall bei der CDU]

Drittens: Wir werden die notwendigen Haushaltsentscheidungen kurzfristig im Hinblick auf die Wirtschaftskraft Berlins und die soziale Verantwortung treffen und dem Parlament vorlegen.

Seien Sie gewiss, dass dieser Senat seinen Verpflichtungen für die Stadt und für die Menschen dieser Stadt in vollem Umfang nachkommt. –

[Wieland (Grüne): Wer soll das glauben?]

Vielen Dank!

[Starker Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Regierender Bürgermeister, für die Darstellung der Verantwortung des Landes und der Landesregierung in der gegenwärtigen Situation.

[Gelächter links]

Wir kommen jetzt zur Aussprache. Der Ältestenrat empfiehlt eine Redezeit von 20 Minuten. Es beginnt die Fraktion der PDS. Herr Wolf ist bereits unterwegs. – Sie haben das Wort!

[Wansner (CDU): Reden Sie über die Schulden der ehemaligen DDR!]

Wolf (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Zwischenruf von der CDU, wir sollten über die Schulden der DDR reden, macht deutlich, welchen Vergleichsmaßstab Sie mittlerweile wählen: Es handelt sich um ein untergegangenes System.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Die Rede des Regierenden Bürgermeisters, ich weiß nicht, ob ich sagen soll, hat alle Erwartungen erfüllt oder enttäuscht. Ich glaube, beides ist richtig. Sie hat alle Erwartungen derjenigen enttäuscht, die noch die Hoffnung gehabt haben, dass der Regierende Bürgermeister hier endlich ein klares Wort spricht darüber, wie die Lage wirklich ist, und in der Tat auch über Verantwortung und eigene Verantwortung. Sie hat alle diejenigen nicht enttäuscht, die davon ausgegangen sind, dass dieser Regierende Bürgermeister dazu nicht in der Lage ist.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Das war eine Rede, sage ich, aus einer anderen Welt, das war eine Rede aus dem Paralleluniversum, Herr Diepgen, aber nicht eine Rede über die Stadt Berlin und über die Lage, in der wir uns hier befinden.

[Beifall bei der PDS – Niedergesäß (CDU): Du redest wirr!]

Es sind – haben wir gehört – die Banker, die Wirtschaftsprüfer, aber der einzige, der keine Verantwortung trägt, ist Herr Diepgen. Und er muss sogar als Kronzeuge Frau Schreyer zitieren. Herr Diepgen, ich muss sagen: Die von mit geschätzte Kollegin Schreyer kann sich hier nicht verteidigen. Aber ich lese auch Protokolle, und ich war damals bei der Debatte über die Gründung der Bankgesellschaft dabei. Ich kann mich erinnern, dass Frau Schreyer damals prophetische Worte gesprochen hat. Sie sagte nämlich:

Dieses Konstrukt führt dazu, dass für den Berliner Filz von Herrn Landowsky wesentlich größere Finanzmassen zur Verfügung stehen, als er sie jetzt zur Verfügung hat.

Lesen Sie im Protokoll nach! Das waren damals ihre Worte. Sie hatte – leider, sage ich – Recht!

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Dann haben Sie eine zweite Kollegin zitiert, deren Worte Ihnen normalerweise auch nicht so leicht über die Lippen gehen, Frau Fugmann-Heesing. Gut, ich stelle auch die Frage: Warum hat Frau Fugmann-Heesing sich so mit mancher Antwort zufrieden gegeben? – Aber ich stelle gleichzeitig die Frage: Was hat Herr Landowsky denn Frau Fugmann-Heesing in der Bankgesellschaft und über die Situation und über den Wertberichtigungsbedarf erzählt?

[Beifall bei der PDS, der SPD und den Grünen]

Herr Diepgen, um ein weiteres Wort von Ihnen aufzugreifen: Als ich am Montag den "Tagesspiegel" aufgeschlagen und Ihr Interview gelesen habe, dachte ich, mich tritt ein Pferd.

[Heiterkeit bei der PDS und den Grünen]

Da lese ich in dieser Lage, wo der Senat die Netto-Kreditaufnahme auf 9,6 Milliarden DM, vielleicht sogar auf 10 Milliarden DM hochschrauben muss, von Ihnen, Herr Diepgen, folgende Äußerung:

Meine Position war, ist und bleibt: Wir müssen uns auch Dinge leisten können, die wir uns nach traditioneller Form der Haushaltsgestaltung nicht leisten können.

[Heiterkeit bei der PDS und den Grünen]

Ich habe gestern den Finanzsenator schon gefragt, ob dieses Zitat auf seine ungeteilte Zustimmung stößt. Ich habe die Antwort noch nicht bekommen.

[Zuruf von den Grünen: Olympia 2010! – Heiterkeit links]

Ich kann nur sagen, Herr Diepgen: Wer derartige Botschaften aussendet, der hat erstens nicht verstanden, in welcher Lage die Stadt ist, und der disqualifiziert sich auch für die Zukunftsaufgaben, die in dieser Stadt zu bewältigen sind.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

In diesem Zitat drückt sich die Mentalität aus, die Berlin in die Überschuldung geführt hat, die dazu geführt hat, dass wir heute nicht 4, sondern bald über 5 Milliarden DM Zinsen jährlich zahlen müssen und die eben nicht mehr für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehen, die nicht mehr für Schulen zur Verfügung stehen, für Lehrer zur Verfügung stehen, die uns nicht mehr für Kindertagesstätten zur Verfügung stehen. Diese Mentalität, Herr Diepgen, die Sie heute noch propagieren, hat Berlin in diese schwierige Haushaltssituation geführt, nicht teilungsbedingte Lasten, sondern konkrete Politik seit 1991, die Sie zu verantworten haben.

[Beifall bei der PDS und den Grünen – Widerspruch von der CDU]

Herr Diepgen, ich messe Sie auch an Ihrem selbst gesetzten Anspruch Ihrer ersten Regierungserklärung 1991. Da sprachen Sie vom "Unternehmen Berlin" und haben formuliert:

Das Unternehmen Berlin muss schwarze Zahlen schreiben.

Richtig so! Es schreibt nur nicht schwarze Zahlen nach 11 Jahren großer Koalition in dieser Stadt, es steht vor dem finanziellen Ruin! Ich sage nur: Wer ein solches Unternehmen führt und diese Unternehmensbilanz aufzuweisen hat – in der freien Wirtschaft müssten Sie Konkurs anmelden und müssten gehen und würden in Regress genommen. In der Politik ist das noch nicht der Fall. Aber vielleicht kommen wir bald in diese Situation.

[Beifall bei der SPD – Widerspruch von der CDU – Zuruf von der CDU: So ein Unsinn!]

Die Mentalität: "Wir müssen uns Dinge leisten, die wir uns nach traditioneller Form der Haushaltsgestaltung nicht leisten können",

[Schlede (CDU): Aus dem Zusammenhang gerissen!]

ist genau die gleiche Mentalität, die Ihr langjähriger Wert- – Weggefährte, Herr Landowsky,

[Frau Ströver (Grüne): "Wertgefährte" ist auch gut!]

Wolf

(B)

(A) – Auch Wertgefährte! Aber da muss immer der Wert berichtigt werden, wie wir wissen! –

[Heiterkeit bei der PDS und den Grünen]

bei der Kreditbewilligung in seiner Bank gepflegt hat. Er hat nämlich auch Kredite bewilligt, die nach traditioneller Form der Kreditgewährung nicht hätten bewilligt werden dürfen. Das Ergebnis können wir heute besichtigen. Herr Diepgen, mit dieser Äußerung, die Sie formuliert haben, und mit dieser Philosophie komme ich zu dem Urteil: Sie führen – wenn Sie denn führen; das kommt ja selten vor – das Land Berlin so, wie Herr Landowsky seine Bank geführt hat: mit dem Vertuschen von Risiken, auf Pump, nicht gedeckten Versprechen. Das führt dazu, dass die entsprechenden Defizite anschließend von den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt zu tragen sind.

[Anhaltende Zurufe von der CDU]

Wenn Sie von Verantwortung sprechen, Herr Diepgen, dann stelle ich Ihnen ein paar Fragen:

Wie oft haben Sie denn mit Herrn Rupf über die Probleme gesprochen, die er bei der Berliner Bankgesellschaft mit der Autonomie der Teilbanken hat, die von Herrn Landowsky heftigst verfochten wurde?

Wie oft haben Sie nicht nur mit Herrn Rupf, sondern auch mit dem Koalitionspartner darüber gesprochen, dass diese Doppelfunktion beendet werden muss, und was haben Sie getan? Haben Sie etwas unternommen, diesen Zustand zu ändern? Sind Sie aktiv geworden? – Nach meiner Kenntnis nicht! Dafür tragen Sie die Verantwortung.

Ich frage Sie weiter: Das Schicksal der CDU liegt mir ja nicht so sehr am Herzen,

[Gelächter bei der CDU – Niedergesäß (CDU): Schade!]

aber ich frage Sie, – Sie werden sehen, ich mache mir durchaus Gedanken über Sie! –

[Goetze (CDU): So wenig wie möglich bitte!]

Herr Diepgen: War Ihnen denn das, was Freitag vor einer Woche im Untersuchungsausschuss von Herrn Sanio gesagt wurde, bis dahin unbekannt? Hatten Sie nicht vorher auch Gespräche mit Herrn Sanio? Wussten Sie denn nicht das, was Herr Sanio im Untersuchungsausschuss über die Rolle von Herrn Landowsky gesagt hat, schon viel früher? Wie haben Sie es denn vor diesem Hintergrund verantworten können, Herrn Landowsky als stellvertretenden Landesvorsitzenden auf dem Landesparteitag noch einmal vorschlagen zu können und feiern zu lassen?

[Niedergesäß (CDU): Da staunste, wa?]

Herr Steffel hat sein Amt neu angetreten, und ich muss sagen: Respekt, Herr Steffel! Als Sie es nach dem Untersuchungsausschuss erfahren haben, sind Sie aktiv geworden und haben Herrn Landowsky aufgefordert, seine sonstigen parlamentarischen Ämter niederzulegen. Das ist beispielhaft, sage ich. Aber Herr Diepgen ist das Gegenteil davon. Nicht handeln, aussitzen, keine Verantwortung übernehmen – das ist die Mentalität, die hier regiert. Herr Diepgen, deshalb tragen Sie die Verantwortung dafür, dass in der Bankgesellschaft die notwendigen Kontrollmechanismen nicht eingeführt wurden, die Verantwortung dafür, dass Herr Landowsky dort die Rolle weiterspielen konnte, die er gespielt hat, trotz zahlreicher Warnungen, die es gegeben hat. Das ist Fakt, und dafür müssen Sie die Verantwortung übernehmen. Das ist die Frage, die – glaube ich – Ihnen auch der Koalitionspartner stellen muss.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Ich sage noch nebenbei: So, wie Sie in der Vergangenheit nicht in der Lage waren, in der Frage Landowsky Handlungsfähigkeit und Initiative zu zeigen, glaube ich nicht, dass es angemessen ist im Interesse der Berliner Justiz, dass Sie das Justizressort weiter ausüben in einer Situation, wo wir beide wissen, was Herr Sanio über die Rolle von Herrn Landowsky gesagt hat und dass weitere Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft noch nicht vom Tisch sind. Um den bösen Schein zu vermeiden,

wäre es angemessen, dass Sie das Justizressort zumindest ruhen lassen, damit jeder Anschein von der Staatsanwaltschaft weggenommen wird, dass sie nicht die Möglichkeit hat, in voller Unabhängigkeit zu ermitteln.

> [Beifall bei der PDS und den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Verleumder! – Das darf doch nicht wahr sein! – Goetze (CDU): Das war in der DDR so! – Weitere Zurufe von der CDU – Czaja (CDU): Die SPD wollte das so, dass wir das Ressort nehmen!]

- Nicht alles, was die SPD will, finde ich gut, und ich lasse mich nicht für die SPD in Haftung nehmen. Sie sind mit der SPD in einer Koalition, und Sie müssen deshalb verantworten, was Sie mit der SPD vereinbart haben, nicht wir!

[Beifall bei der PDS]

Herr Diepgen, Sie haben heute viel davon gesprochen, dass man sich nicht aus der Verantwortung stehlen soll. Ich finde, Sie hatten lange genug Zeit, Verantwortung zu tragen und Verantwortung zu übernehmen.

[Schlede (CDU): Hat er gut gemacht!]

Was geherrscht hat, war bei der Bankgesellschaft und bei der Kontrolle der Bankgesellschaft organisierte Verantwortungslosigkeit. Deshalb sage ich: Es ist Zeit, dass Sie diese Verantwortung abgeben, weil Sie sie nicht wahrnehmen und weil Sie sie vor allen Dingen nicht verantwortlich wahrnehmen.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Sie haben eben in Ihrer Rede Krokodilstränen darüber vergossen, wie Sie denn jetzt den Berlinerinnen und Berlinern gegenübertreten sollen. Das sehe ich auch so!

[Heiterkeit links]

Denn Sie müssen jetzt erklären, wie diese Koalition, die von Ihnen in personeller Kontinuität seit 11 Jahren geführt wird,

[Niedergesäß (CDU): Stark!]

Alles ist einmal zu Ende, Herr Niedergesäß! – seit 1996 versucht hat, die Netto-Kreditaufnahme in jährlichen Schritten von 650 Millionen DM abzusenken.

[Zuruf von der CDU: Das war richtig!]

Das war richtig! Völlig richtig! Wir haben auch lange dafür gekämpft, dass da etwas unternommen wird.

[Gelächter bei der CDU -Zurufe von der CDU]

Dafür mussten Einschnitte vorgenommen werden; die Bürgerinnen und Bürger haben dieses gespürt. Und jetzt erhöht sich in einem Jahr mit einem Schlag die Netto-Kreditaufnahme um zusätzliche 10 Milliarden DM. Damit sind die Konsolidierungserfolge vieler Jahre zunichte gemacht worden. Ich frage Sie: Woher nehmen Sie noch die Legitimation, vor die Berlinerinnen und Berliner zu treten, nachdem Sie dieses angerichtet haben, und zu sagen: Wir stehen zu unserer Verantwortung? Liebe Berlinerinnen und Berliner, ihr müsst jetzt den Gürtel noch enger schnallen! – Ich glaube, dass Ihnen das nicht mehr abgenommen wird, weil man bei Ihnen nie weiß, ob das, was die Berlinerinnen und Berliner für die Haushaltssanierung abgeben, nicht wieder an anderer Stelle verschleudert, vernichtet und zunichte gemacht wird.

[Beifall bei den Grünen – Niedergesäß (CDU): Ist ja ungeheuerlich!]

Wenn Sie, Herr Diepgen, von "Sparen mit sozialem Gesicht" sprechen, dann sage ich Ihnen mit Blick auf das, was Sie in der Vergangenheit gemacht haben – und damit meine ich Sie in Person und das, was Sie vertreten haben, gerade auch in den Auseinandersetzungen, als Frau Fugmann-Heesing Finanzsenatorin war –: Es ist nicht sozial, notwendige strukturelle Änderungen zu blockieren und auf die lange Bank zu schieben, weil damit die finanzielle Grundlage für den sozialen Ausgleich in

Wolf

(A) dieser Stadt langfristig unterhöhlt wird durch die Verschuldung, die wir damit eingehen. Genau diese Politik haben Sie jahrelang propagiert und vertreten und haben gestichelt und gezündelt gegen eine Politik der Haushaltskonsolidierung. Dafür müssten Sie auch die Verantwortung tragen.

[Zurufe von der CDU]

Es reicht nicht aus, Herr Diepgen,

[Schlede (CDU): Sprüche!]

den Textbaustein über das Sparen mit sozialem Gesicht zu verwenden.

[Schlede (CDU): Dito!]

als ob man das jetzt entdecke. Denn in dieser Situation ist es nicht sozial, aus eigenen Prestigegründen – weil sich der Namen Diepgen damit einmal verbunden hat – weiterhin an dem Ausbau der U 5 festzuhalten mit der Konsequenz, dass uns Hunderte von Millionen an Investitionsmitteln an anderer Stelle verloren gehen, wo wir sie dringend brauchten.

[Beifall bei der PDS -Beifall des Abg. Müller-Schoenau (Grüne)]

Es ist nicht sozial, die Politik eines Innensenators zu dulden, der sich seit Jahren als Bollwerk vor der Bürokratie und vor der Verwaltung der Verwaltung in diesem Lande geriert

[Schlede (CDU): So ein Unsinn!]

und verhindert, dass an den Stellen, wo die Bürgerinnen und Bürger es nicht merken würden – nämlich bei der Umschichtung von Akten im Lande Berlin –, nicht eingespart wird und gleichzeitig Personal abgebaut wird dort, wo es dringend notwendig wäre, nämlich in den Leistungsbereichen, dort, wo Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger erbracht werden. Das, Herr Diepgen, finde ich, ist nicht sozial.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

(B) Ich finde es auch nicht sozial, wenn trotz mehrfacher Beschlüsse des Parlaments dieser Innensenator die Umwandlung der Fachhochschule für Verwaltung und Recht blockiert und immer noch einen Zustand aufrechterhält, dass Studenten mit Beamtenanwärterbezügen bezahlt werden. Auch das finde ich nicht sozial.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Ich finde es nicht sozial, dass einerseits diskutiert wird über die Erhöhung der Sozialmieten innerhalb dieser Stadt und das Land Berlin sich aber immer noch die Förderung von Wohneigentum aus dem Landeshaushalt leistet. Auch dieses ist nicht sozial. Und ich finde es unverantwortlich in dieser Situation, wenn von Seiten der CDU immer noch davon geredet wird, dass wir demnächst die Gewerbesteuer senken. Ich glaube, wer soziale Gerechtigkeit in dieser Stadt will, wer die soziale Schieflage in dieser Stadt verhindern will, der muss dafür sorgen, dass die Lasten, die in Zukunft getragen werden, sozial ausgewogen getragen werden und dass diejenigen, die das zahlen können, zur Kasse gebeten werden.

[Gram (CDU): Das würde die Stadt töten! Sie haben ja keine Ahnung!]

Ich glaube, dazu sind Sie nicht in der Lage.

Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen – Gram (CDU): Das ist der Abbau des Mittelstandes!]

 Herr Gram, ich weiß, Sie sind ein Ideologe, aber Sie müssen sich einmal mit Geld beschäftigen, das ist nämlich dringend notwendig in dieser Stadt.

Ich finde, dass auch die Berliner SPD gefragt ist, sich zu entscheiden -

[Klatschen des Abg. Czaja (CDU)]

sich zu entscheiden, ob sie diese Politik, diese Mentalität, wie sie Herr Diepgen exemplarisch repräsentiert, weiter mit betreiben will oder ob sie bereit ist zu einem politischen Neuanfang.

[Zuruf von der CDU: Aber doch nicht mit der PDS! – Weitere Zurufe von der CDU] - Ich habe doch gar nicht mit Ihnen geredet, ich rede doch **(C)** gerade mit der SPD! -

[Heiterkeit bei der PDS – Kittelmann (CDU): Nachtigall, ick hör dir trapsen!]

Herr Strieder, als Sie am Sonntagabend nach dem Koalitionsausschuss mit Herrn Diepgen vor dem Gästehaus standen, Herr Diepgen sein Interview gab und erklärte: "Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff" und Sie freundlich lächelten – ich glaube, das ist das, was die Berlinerinnen und Berliner nicht mehr sehen wollen von der Berliner SPD.

> [Beifall bei der PDS und den Grünen – Zurufe von der CDU]

Ich glaube, von der Berliner SPD wird erwartet, dass sie klar sagt, wie man aus dieser Situation herauskommen will, über welche Maßnahmen, und dass sie zum Zweiten klar sagt, dass sie mit diejenigen, die dafür politische Verantwortung tragen oder die politische Verantwortung in der Vergangenheit verdeckt und vertuscht haben, zur Rechenschaft zieht. Ich glaube, das ist das, was die Berlinerinnen und Berliner von der Berliner SPD verlangen können und davon auch abhängig machen, ob es weitergeht mit ihrer Koalition oder nicht.

Wir jedenfalls sagen: Diese Koalition, dieser Regierende Bürgermeister hat jede Legitimation verloren, sowohl gegenüber der Berliner Bevölkerung,

[Niedergesäß (CDU): Lächerlich!]

von ihr weitere Maßnahmen, weitere Einschränkungen zu fordern, als auch – weil Sie das angesprochen haben – gegenüber der Bundesregierung, um Verhandlungen über notwendige Hilfen des Bundes zu führen. Ich kann das gut verstehen, dass Herr Eichel erklärt: Haushaltsnotlage – da sagt das Bundesverfassungsgericht: Unverschuldete Haushaltsnotlage verlangt das Einstehen des Bundes. Diese Haushaltsnotlage ist jedenfalls in erheblichem Umfang selbst verschuldet, und da kann ich gut verstehen, dass Herr Eichel sagt: Das gute Geld des Bundes und der Länder geben wir nicht den Leuten, die gezeigt haben, dass sie nicht in der Lage sind, verantwortlich mit Steuergeldern umzugehen. – Deshalb glaube ich, dass auch die Voraussetzung für Verhandlungen mit dem Bund ein Neuanfang in Berlin ist und für eine Koalition, die deutlich macht, wie sie mit den Finanzen Berlins in Zukunft in sozialer Verantwortung umgehen will.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Herr Diepgen, ich kann mich erinnern: Lange ist es her, -

Vizepräsident Dr. Luther: Denken Sie bitte an Ihre Redezeit, Herr Wolf!

Wolf (PDS): Es waren gerade 19 Minuten, und ich bin gleich zu Ende. – dass Sie, Herr Diepgen – als die Senatoren, die Herr Stobbe einmal vorschlug, durchgefallen sind – erklärt haben: Das ist die Stunde des Parlaments. – Ich glaube, das ist heute nicht die Stunde des Parlaments. Ich glaube aber, es ist demnächst die Stunde der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, die Menschen, die von der Auswirkung dieser Politik betroffen sind, müssen jetzt die Möglichkeit bekommen, sich zu äußern darüber, ob sie bereit sind, dieser Regierung, diesem Regierenden Bürgermeister weitere Legitimation zu verleihen, oder ob sie sagen: Wir brauchen einen Neuanfang, wir müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen, wir brauchen Neuwahlen in dieser Stadt. – Deshalb begrüße ich es, dass heute die Landesvorsitzenden von PDS, der Grünen und der FDP sich darauf verständigt haben,

[Oh! von der CDU]

ein Volksbegehren, getragen von einer Gruppe unabhängiger Personen, zu unterstützen, denn wir glauben, es ist in der Tat die Stunde der Bürgerinnen und der Bürger. Sie müssen jetzt eine Stimme bekommen, sie müssen sagen, was sie davon halten. Dann werden wir uns auch im Parlament wiedersprechen, wie es weitergehen soll. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

(A) Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Wolf! – Für die Fraktion der CDU hat Dr. Frank Steffel das Wort!

Dr. Steffel (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wolf, Sie haben viele Fragen gestellt – teilweise durchaus richtige, die wir uns auch stellen, teilweise aber leider auch sehr polemische. Ich habe allerdings den Eindruck, dass heute nicht der Tag der schlauen Fragen ist, sondern der Tag der klaren Antworten.

[Zurufe von der PDS und den Grünen]

Und wenn wir schon beim Antworten sind, dann sollten auch Sie von der PDS die Fragen hinsichtlich Ihrer Mitverantwortung an dieser Situation beantworten.

[Beifall bei der CDU]

Mitverantwortung haben Sie für das, was Sie uns nach 40 Jahren deutscher Teilung in Form von Teilungs- und Vereinigungskosten hinterlassen haben.

[Beifall bei der CDU – Zurufe von der PDS und den Grünen]

Übernehmen Sie für Ihren Teil Regierungsverantwortung; wir tun das für unseren Teil,

[Gelächter bei der PDS und den Grünen]

und versuchen Sie nicht, den Eindruck zu erwecken – das glaubt Ihnen ohnehin niemand –, Sie hätten blühende Landschaften hinterlassen, die wir zerstört haben.

[Beifall bei der CDU]

Ohne Sie, Herr Wolf, gäbe es noch nicht einmal Plattenbauten.

Um es gleich eingangs deutlich zu sagen, damit das Gerede von der Realitätsverweigerung aufhört: Natürlich gibt es eine schwere Bankenkrise. Es gibt – wie wir seit heute verbindlich wissen – erhebliche Wertberichtigungen bei allen Teilbanken der Bankgesellschaft Berlin. Dies hat auch bedauerliche Folgen für den Landeshaushalt. Daran gibt es nichts zu beschönigen und zu verdrängen. Aber – das werden Sie sicher auch verstehen – das bedrückt nicht nur diejenigen, die seit Wochen öffentliche Erklärungen abgeben – ohne Details zu kennen –, sondern auch mich, der ich erst seit 14 Tagen im Amt bin und mir – weiß Gott! – gewünscht hätte, als junger Berliner

[Gelächter bei der PDS und den Grünen]

und jüngster Fraktionsvorsitzender andere Startbedingungen vorzufinden. Das ist doch gar keine Frage.

[Beifall bei der CDU]

Aber, wie sagt man so schön: Wer die Hitze nicht verträgt, hat in der Küche nichts verloren. – So ist das in der Politik.

[Beifall bei der CDU]

Deshalb – darauf können Sie sich verlassen – stellt sich nicht nur der Senat unter Führung von Eberhard Diepgen der Verantwortung, sondern natürlich auch wir als CDU-Fraktion. Das sage ich ganz bewusst, obwohl ich – wie die meisten von Ihnen – mit diesen Kreditengagements nichts zu tun habe.

[Beifall bei der CDU]

Die drei Millionen Kunden, die 16 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bankgesellschaft und alle Berlinerinnen und Berliner können sich auch in dieser schwierigen Situation auf den Senat, die große Koalition und die CDU-Fraktion verlassen.

[Zurufe von der PDS und den Grünen]

Ich halte zahlreiche Wortmeldungen und viele falsche Sachinformationen – die im Übrigen meist nicht auf falschen Sachverhalten beruhen, sondern auf der bewussten Verdrehung von Sachverhalten – für außerordentlich verantwortungslos.

[Beifall bei der CDU]

Deshalb bin ich – ich vermute, das geht den meisten Berlinerinnen und Berlinern ebenso – Eberhard Diepgen für seine sehr sachliche Aufklärung und seine Sachhinweise, die er heute vorgetragen hat, dankbar.

[Zurufe von der PDS und den Grünen: Welche denn?]

Sie haben sich positiv von dem polemischen Verwirren der Besserwisser aus Bund und Land unterschieden, die hinterher immer alles ganz genau wissen.

[Cramer (Grüne): Alle Geisterfahrer, nur nicht die CDU!]

Sicherlich hat der Senat als Vertreter der Anteilseigner eine Gesamtverantwortung. Aber zunächst einmal – Herr Cramer, das müssten selbst Sie verstehen – tragen die Bankvorstände die Verantwortung für die Geschäftspolitik der Bank. Dann kommt die Verantwortung von Wirtschaftsprüfern, die all die Jahre die Bilanzen testiert haben. Und dann kommt die Verantwortung der Aufsichtsräte und des Bundesaufsichtsamts für Kreditwesen. Dafür sind die nämlich da.

[Beifall bei der CDU]

Selbst im letzten Jahr wurde beispielsweise das viel diskutierte Aubis-Engagement – ich habe das heute noch einmal nachgelesen – vom Bundesaufsichtsamt äußerst wohlwollend testiert. Das ist noch keine zwölf Monate her. So ändern sich eben manchmal die Beurteilungen.

[Gram (CDU): Hört, hört!]

Wenn von Gesamtverantwortung die Rede ist, betrifft sie alle Genannten: Vorstände, Prüfer, Aufsichtsräte, Bundesamt und natürlich den Berliner Senat. Aber es ist völlig absurd, nachdem über all die Jahre keiner geahnt hat, was uns in den letzten Wochen offenbart wurde, jetzt zu behaupten, der Regierende Bürgermeister trage die Gesamtverantwortung für Kreditengagements. Das ist wirklich absurd.

[Beifall bei der CDU]

e andere en Situad bereit

Dass sich Eberhard Diepgen und Peter Kurth – wie viele andere auch – ohne den geringsten Zweifel in dieser schwierigen Situation hinter unsere Bankgesellschaft gestellt haben und bereit sind, den Kapitalbedarf als Berliner Senat zur Verfügung zu stellen, ist für den Finanzplatz und Wirtschaftsstandort Berlin unverzichtbar.

[Beifall bei der CDU]

Niemand – nicht einmal die Opposition – hat bis heute etwas anderes vorgeschlagen. Ich sage nicht "etwas Besseres", sondern "nichts anderes". Es gibt zu dieser Entscheidung des Berliner Senats und dieser großen Koalition überhaupt keine Alternative.

[Beifall bei der CDU]

Die Behebung dieses Schadens wird nicht einfach sein. Niemand verweigert sich hierzu der Realität. Es ist nur die Frage, ob man das Glas, wenn es halb leer ist,

[Gaebler (SPD): Halb leer?]

ganz umschüttet oder den Versuch macht, es wieder zu füllen. Zu dieser Realität gehört auch Augenmaß für Sinn und Proportionen. Dazu gehört es, deutlich zu machen, dass wir in Berlin in den vergangenen fünf Jahren die Gesamtausgaben des Haushalts um sechs Prozent gesenkt haben, während die Bundesländer Saarland und Bremen, die Bundesergänzungszuweisungen erhalten, im gleichen Zeitraum ihre Ausgaben um drei Prozent erhöht haben. Das gehört auch zur Ehrlichkeit.

Zur Ehrlichkeit gehört auch – Eberhard Diepgen hat es erwähnt –, auf das hinzuweisen, was wir zum Teil mit kritischer Begleitung der Opposition als große Koalition durchgesetzt haben: Wir haben die Zahl der Bezirke von 23 auf 12 reduziert.

[Oh! von der PDS und den Grünen]

Wir haben das Parlament von 250 auf 170 Abgeordnete verkleinert. Wir haben aus 17 Senatsverwaltungen nur noch 7 gemacht. Wir haben Vermögen des Landes in einer Größenordnung von mehr als 14 Milliarden DM veräußert. Wir haben in den

Dr. Steffel

A) letzten fünf Jahren mehr als 15 Milliarden DM weniger ausgegeben, und wir haben 60 000 Stellen im öffentlichen Dienst sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen abgebaut.

[Beifall bei der CDU]

Zur Realität gehört auch Redlichkeit, nämlich die Redlichkeit zu erkennen, dass nach der deutschen Einheit in Berlin 300 000 Industriearbeitsplätze weggefallen sind, dass viele Unternehmen in Ost und West der Stadt den Rücken gekehrt haben und dass die Bundeshilfen Anfang der 90er Jahre, die in den 70er und 80er Jahren über 50 Prozent des Landeshaushalts ausmachten, auf Null heruntergefahren wurden. Zudem frisst der Zinsendienst – Herr Strieder hat das zu Recht gesagt – des sozialen Wohnungsbaus jährlich 3,5 Milliarden DM. Auch an dieser Stelle wäre Bundesunterstützung nötig. Im Übrigen hat – ganz aktuell – die Bundesregierung weder bei der Ökosteuer noch bei anderen Entscheidungen Rücksicht auf die Länderfinanzen genommen.

[Beifall bei der CDU]

Wenn wir uns dann den Immobilienmarkt in den neuen Ländern anschauen – das müssen wir hier nicht vertiefen –, dann stellen wir fest, dass alle großen europäischen Kreditinstitute – sofern sie engagiert waren – Wertberichtigungen in Milliardenhöhe auf Grund der Situation in den neuen Ländern hatten und haben.

[Beifall bei der CDU – Abg. Wolf (PDS) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Das ist keine Besonderheit der Berliner Bankgesellschaft. Wir haben nur über lange Jahre das Geld immer entnommen, anstatt – wie das andere Kreditinstitute getan haben – Rücklagen und entsprechende Sicherheiten zu bilden.

Präsident Führer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Steffel (CDU): Nein! – Da ich neu im Amt bin, darf ich sagen, dass ich an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit unserem Koalitionspartner, den Sozialdemokraten, aufrichtig interessiert bin. Und das nicht nur, weil ich glaube, dass die Menschen dieses ewige Hickhack, diese Rituale und Reflexe langsam satt haben, sondern weil ich der sicheren Überzeugung bin, dass nur diese große Koalition die schwierige Situation in Berlin erfolgreich bewältigen kann.

[Beifall bei der CDU – Gelächter bei der PDS und den Grünen]

Hinzu kommt – das wird Sie nicht überraschen –, dass ich aus meiner zehnjährigen Parlamentserfahrung der Alternativen Liste – den heutigen Grünen – und der PDS den wirtschaftspolitischen Sachverstand nicht zutraue, der nötig ist, um diese Probleme zu lösen.

[Beifall bei der CDU – Gelächter bei der PDS und den Grünen]

Zu Ihrem Volksentscheid, Herr Wolf: Sie können das tun. Dafür gibt es in einer Demokratie klare Regularien. Aber ich bin mir sicher, dass Sie nicht viel mehr als ihre Parteianhänger auf die Füße stellen werden. Nichtsdestotrotz: Sie wollen den politischen Umsturz in Berlin; das ist Ihr politisches Interesse. Wir wollen Stabilität in Berlin, und sagen Ihnen sehr klar: Es wird in Berlin keine Mehrheit für eine Regierungsbeteiligung der PDS geben,

[Beifall bei der CDU]

weder nach den letzten Wahlen, noch nach Neuwahlen, noch nach den nächsten Wahlen.

Nein, zur großen Koalition gibt es keine vertretbare Alternative. Aber wenn es nach mir geht, dann muss sich diese **große Koalition** auch ändern. Das Klima muss, Herr Wowereit, rasch wieder besser werden, da sind wir uns, glaube ich, einig.

[Heiterkeit bei den Grünen und der PDS]

Dass Ihnen das nicht passt, ist mir klar. Deshalb wende ich mich auch ganz bewusst an die Damen und Herren in der SPD, die uns als Union vielleicht nicht so mögen und die diese Koalition vielleicht eher ertragen als wünschen. Wir haben uns gemeinsam vor einigen Monaten für fünf Jahre zu einer vertrauensvollen partnerschaftlichen Zusammenarbeit verpflichtet. Es müsste aus meiner Sicht im Interesse der Berlinerinnen und Berliner möglich sein, dass wir diese Zeit ohne wechselseitige Selbstzerfleischung gemeinsam durchstehen. In mir, das kann ich Ihnen versichern, werden Sie einen fairen Partner finden, der zu seinem Wort steht und von den ideologischen Grabenkämpfen des vergangenen Jahrhunderts unbelastet ist.

[Heiterkeit bei den Grünen und der PDS]

Lassen Sie uns fair zueinander sein, dann haben wir nicht nur die politische Legitimation zur Fortsetzung dieser Koalition, sondern auch die moralische.

[Beifall bei der CDU]

Fairness heißt aber auch, nicht ständig mit dem Finger auf den anderen zu zeigen. War es nicht der Ex-SPD-Staatssekretär Görler, der die Geschäfte der IBG führte, war es denn nicht der Sohn des Ex-SPD-Senators Nagel, der in der Bavaria für die Plattenbauten zuständig war?

[Unruhe]

Sitzen nicht auch **Sozialdemokraten**, übrigens zahlreicher als wir, in den Aufsichtsräten der Bankgesellschaft?

[Anhaltende Unruhe - Beifall bei der CDU]

Übrigens, Herr Strieder, bei Herrn Wolf hat mich das nicht gewundert, bei Herrn Benneter nur bedingt, aber dass Sie den Vorschlag gemacht haben, Eberhard **Diepgen** solle sein Amt als **Justizsenator** ruhen lassen, hat mich empört. Sie wollen doch nicht ernsthaft unterstellen, dass so ein integrer und redlicher Mann wie Eberhard Diepgen der Staatsanwaltschaft Anweisungen gibt, gegen Gesetze zu verstoßen. Wie können Sie auf eine solche Idee kommen?

[Beifall bei der CDU -Cramer (Grüne): Seit Antes wissen wir das!]

Wir sind Eberhard Diepgen dankbar, dass er ganz klar gesagt hat, er verstärkt den Einsatz der Staatsanwaltschaft. Er wird all jene Lügen strafen, die ihm Parteilichkeit unterstellen. Das ist auch nie unser Verständnis von Gewaltenteilung gewesen.

Genau das meine ich, Herr Strieder, wenn ich davon rede, was sich in dieser Koalition ändern muss. Wenn Sie wirklich, und ich hoffe das, daran interessiert sind, dass wir diese Krise im Interesse der Menschen gemeinsam meistern, dann müssen wir mit dieser Stammtischrhetorik aufhören.

[Beifall bei der CDU]

Sie legen Lunte an eine Partnerschaft, für die es keine Alternative gibt. Bedenken Sie bitte, wer mit einer Bombe spielt, kann dabei leicht selbst in die Luft fliegen.

[Heiterkeit bei der PDS und den Grünen]

War es nicht, meine Damen und Herren von der SPD – und ich kritisiere das nicht –, Ihr Parteimitglied Edzard Reuter, der als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bankgesellschaft gesagt hat, Berlin würde Posemuckel- Mentalität an den Tag legen? Vielleicht haben manche Bankmanager diesen Vorwurf zu genau genommen und genau das Gegenteil getan. Der Vorwurf in den 90er Jahren zumindest war ein anderer als der heute. Aber auch dies gehört möglicherweise zur parlamentarischen Demokratie.

Wie steht es eigentlich mit der Verantwortung der langjährigen Finanzsenatorin Frau Fugmann-Heesing?

[Unruhe]

Die meisten Milliarden DM an Wertberichtigungen und der Kapitalbedarf – ich stelle das nur fest –, den wir heute nachschießen müssen, stammten aus dieser Amtszeit. Von Januar 1996 bis Dezember 1999 war sie in den Aufsichtsräten, zum Teil ist sie es heute noch. Frau Fugmann-Heesing, ich höre, Sie waren an noch

(D)

(B)

Dr. Steffel

(A) ganz anderen Entscheidungen beteiligt. Sie werden das sehr gut wissen. Ich würde Ihnen wirklich empfehlen, sich bei dem ganzen Thema sehr zurückzuhalten, denn auch das – da können Sie gewiss sein – wird der Untersuchungsausschuss untersuchen.

Mit gegenseitigen Beschimpfungen lösen wir die Probleme Berlins nicht.

[Große Heiterkeit]

Deshalb lassen Sie mich in sieben Punkten unsere Vorstellungen zur Lösung dieser Probleme skizzieren:

Erstens: Wir werden und müssen alle Möglichkeiten des Rechtsstaates nutzen, um ohne Ansehen der Personen Fehler, Schuld und Verantwortung **aufzudecken**, egal, ob bei Vorständen, Wirtschaftsprüfern oder Aufsichtsräten.

[Beifall bei der CDU]

Zweitens: Wir müssen die Schuldigen rigoros in **Regress** nehmen. Es geht nicht an, dass jene ungeschoren davonkommen, die gegen Recht und Gesetz verstoßen haben, während Unbeteiligte die Zeche zahlen. Wer Straftaten begangen hat, hat mit kompromisslosen Konsequenzen zu rechnen.

[Beifall bei der CDU]

Drittens: Wir verlangen von den Bankmangern – dem Aufsichtsrat insbesondere –, dass sie uns ein plausibles **Konzept** zur strategischen **Neuausrichtung der Bank** vorlegen, und zwar spätestens bis zur Hauptversammlung im August dieses Jahres.

Viertens: Dieses Konzept muss vor allem aufzeigen, wie das von Berlin jetzt eingesetzte **Kapital** – denn natürlich haben wir da eine große Verantwortung – am raschesten und **gewinnbringendsten** wieder an das Land zurückfließen kann.

Fünftens: Ich fordere den Senat auf, die geplante Veräußerung von Teilen der Bankgesellschaft energisch und zügig zu betreiben. Dabei ist selbstverständlich die Markt-, Aktien- und Wertentwicklung zu beachten. Aber spätestens im Jahr 2003 sollte dieser Prozess nach unserer Meinung erfolgreich abgeschlossen sein.

Sechstens: Die Belastungen aus der Bank dürfen nicht durch neue Tarif- oder Gebührenbelastungen finanziert werden.

Siebentens: Wir müssen ganz allgemein über das unternehmerische Engagement der öffentlichen Hand nachdenken und dieses nach unserer Auffassung auf das Nötigste begrenzen.

[Beifall bei der CDU]

Klar ist, dass wir weiterhin eisern sparen müssen, und das werden wir in den nächsten Wochen gemeinsam mit den Sozialdemokraten besprechen. Das hätten wir übrigens mit und ohne Bankenkrise sowohl im Rahmen des Nachtragshaushaltes als auch für den Haushalt 2002 getan. Das ist unumgänglich. Klar ist aber auch, dass wir die Zukunft der Stadt nicht verspielen können und dass wir nicht unsere Prioritäten, die wir gemeinsam zu Beginn der Legislaturperiode festgelegt haben, über Bord werfen dürfen.

Alles, was der **Zukunftssicherung** Berlins dient, hat **Vorrang.** Das ist für mich keine Ressortfrage und schon gar keine Parteienfrage. Das beginnt bei Schule und Bildung, führt über Wissenschaft, Forschung, Kunst und Kultur bis hin zu Investitionen und innerer Sicherheit. Vor allem aber müssen wir die Wirtschaftskraft Berlins ausbauen, denn nur dann können wir uns mittelfristig selber helfen.

Diese große Koalition steht vor vielen großen Aufgaben: Den Haushalt Berlins, die Bankgesellschaft in Ordnung bringen, die Interessen Berlins beim Länderfinanzausgleich sichern, die Länderfusion mit Brandenburg erfolgreich betreiben, die Stadt für die Leichtathletikeuropameisterschaften 2005, die Fußballweltmeisterschaft 2006 fit machen. Wir müssen unverändert Leistungsträger, Menschen, die bereit sind, für diese Stadt zu arbeiten, nach Berlin bekommen, damit Berlin die Kraft hat, auch den Schwächeren der Gesellschaft auf Dauer zu helfen.

[Beifall bei der CDU]

Ich werde mich, ich habe das bereits mehrfach gesagt, trotz aller Sparzwänge besonders darum kümmern, dass wir Frauen in der Doppelbelastung von Beruf und Familie das Leben erleichtern und Rahmenbedingungen schaffen, die sie in die Situation einer freien Entscheidung bringen.

[Beifall bei der CDU]

Berlin muss eine Stadt bleiben, in der sich alle Berlinerinnen und Berliner auch in den kommenden Jahren geborgen fühlen können.

Natürlich hat unsere Konsolidierungspolitik einen Dämpfer bekommen. Viele haben sich hingestellt, gejammert und wie immer in der Politik mit den Finger auf andere gezeigt.

[Heiterkeit bei der PDS und den Grünen]

Für mich ist das kein Weg aus der Krise. Ich bin für strikte Haushaltswahrheit und -ehrlichkeit. Die Zeiten sind vorbei, wo wir im November des Folgejahres Vermögensaktivierungen vornehmen und elf Monate zurückbuchen. Jetzt brauchen wir klare Entscheidungen.

[Beifall bei der CDU]

Die Berlinerinnen und Berliner erwarten von uns – und zwar von uns beiden, Herr Wowereit –, dass wir den Wahlkampf auf das Jahr 2004 verschieben. So wie es übrigens von Anfang an geplant war. Dass wir bis dahin die Ärmel hochkrempeln, den Sparkurs zügig fortsetzen, die Bank sanieren und das Geld so rasch wie möglich wieder zurückholen. Trauen wir uns das gemeinsam zu. Ich bin mir sicher, wir können das gemeinsam mit den Sozialdemokraten schaffen. Die Berliner können sich gerade in unruhigen Zeiten auf Eberhard Diepgen, diese große Koalition, aber auch die CDU-Fraktion verlassen! – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Präsident Führer: In der Debatte hat nun für die Fraktion der Grünen Frau Abgeordnete Dr. Klotz das Wort. – Bitte sehr!

[Hoff (PDS): Seien Sie nachsichtig mit dem jungen Mann! – Zimmer (CDU): Wieland darf nicht!]

Frau Dr. Klotz (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wäre es nicht Klaus Landowsky, würde man nach dieser Rede glatt nach dem Vorgänger von Herrn Steffel rufen!

[Unruhe bei der CDU]

Fasching ist vorbei. Die Situation in Berlin ist zu ernst, als dass Sie die Späße ablassen können, die Sie hier zum Besten gegeben haben.

[Beifall bei den Grünen – Beifall des Abg. Gaebler (SPD) – Unruhe bei der CDU – Gram (CDU): Das ist ja ein echter Knaller!]

Berlin befindet sich in einer schweren politischen und finanziellen Krise. Als Hauptstadt von Filz und Korruption hat die Stadt bundesweit traurige Berühmtheit erlangt. Der größte Bankenskandal der Nachkriegszeit ist ein Berliner Skandal. Wer heute hier in dieser Stadt jung ist, wird morgen und übermorgen die Schulden zu bezahlen haben, die dieser Senat produziert hat.

[Niedergesäß (CDU): Sie reden wirr!]

Für all das, Herr **Diepgen**, tragen Sie **politische Verantwortung**. Es ist an Ihnen, Konsequenzen zu ziehen.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Wer wirklich allein – Sie haben es heute wieder getan – die Wirtschaftsprüfer als die Schuldigen an allem Unheil ausmacht, wer ernsthaft behauptet, Berlin entwickele sich gut, nur dem Haushalt gehe es schlecht, leidet unter einem Realitätsverlust, der nicht mehr zu überbieten ist.

[Kittelmann (CDU): Sie haben gar nicht zugehört!]

Herr Diepgen, das ist die bittere Wahrheit. Sie sind zu einer Belastung für diese Stadt geworden!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

(A) Sie sagen – es ist in der "Woche" nachzulesen –: "Alle erklären, dass sie nichts gewusst haben. Warum soll dann der Regierende Bürgermeister etwas gewusst haben?" Darauf kann ich nur entgegnen, dass Ihnen die Menschen in der Stadt diese Ahnungslosigkeit nicht mehr abnehmen.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Als Unternehmen Berlin wollten Sie diese Stadt führen. Die Eröffnungsbilanz dieses Unternehmens sah 1991 so schlecht nicht aus. Es war eine Konzentration von Wissenschaft und Kultur, wie sie keine andere deutsche Stadt zu bieten hatte mit einer Bevölkerung, die – bei allen Problemen – glücklich war und ist, die Teilung der Stadt überwunden zu haben und die gewillt war, Berlins Weg in die Zukunft zu gestalten. Bei der Eröffnungsbilanz des Unternehmens Berlins betrug der Schuldenstand 11 Milliarden DM. Wo steht Ihr Unternehmen Berlin heute, Herr Diepgen? – Es ist heruntergewirtschaftet. Sie haben Ihren Amtseid nicht zum Wohl der Stadt erfüllt. Sie haben ihn zum privaten Wohl derer, die ein CDU-Parteibuch in der Tasche haben, genutzt.

[Beifall bei den Grünen – Wolf (PDS): Betriebsergebnis verzehnfacht! – Niedergesäß (CDU): Das ist ja irre, was Sie sagen – Unverschämtheit!

Die Schulden sind gigantisch! Jeder Berliner ist mit 20 000 DM dabei. Die Blütenträume sind geplatzt, Herr Diepgen. Wissen Sie, wie die Menschen in dieser Stadt Sie heute sehen? – Sie stehen nackt vor den Menschen da! Der Kaiser ist nackt.

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Niedergesäß (CDU): Sie kommen wohl vom Mars!]

Eberhard Diepgen hat das Land Berlin geführt wie Klaus-Rüdiger Landowsky die Bank. Das ist der Kern des Systems Diepgen-Landowsky. Deshalb ist das heutige Bankendesaster nicht ein Betriebsunfall oder ein Versehen. Die Verflechtung von Politik und Wirtschaft, die Abschaffung von Kontrollen war politisch gewollt und wurde systematisch betrieben. Das bewusste und gewollte Zusammengehen von Bankern und Politikern hat dazu geführt, dass eine Gruppe immer gleicher Leute diese Stadt als Selbstbedienungsladen für ihresgleichen organisiert hat.

[Niedergesäß (CDU): Unverschämtheit!]

Wer soll Ihnen danach eigentlich noch das Vertrauen geben, Herr Diepgen, mit dieser Krise, in der wir uns alle befinden, fertig zu werden?

Sie sind am Abgrund angelangt. Wir erinnern uns: Schon in den 80er Jahren waren Sie in den Antes-Skandal verwickelt. Der Kern der damals handelnden Personen ist identisch mit denjenigen, die heute für den Crash der Berliner Bankgesellschaft den Hut aufhaben. Immer dabei sind Eberhard Diepgen und Klaus Landowsky, die als Duo immorale in die Geschichte Berlins eingehen werden.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Wer das wunderschöne Buch "Antes & Co" gelesen hat, stellt sich zwangsläufig die Frage, wieso Eberhard Diepgen damals eigentlich nicht zurückgetreten ist. Ursula Bresser, manchen von Ihnen bestimmt noch bekannt, war damals CDU-Mitglied und beantwortet diese Frage. Sie beschreibt die Betonriege der Berliner CDU:

Das sind Technokraten der Macht. Ein Vertreter der Politikergeneration, die Adenauer, Brandt oder Heuss hervorgebracht hat, wäre doch nach der Spendenaffäre zurückgetreten. Wir haben es aber mittlerweile mit Leuten zu tun, die auch aus finanziellen Erwägungen Politik machen und die Partei für ihre persönlichen Interessen funktionalisieren. Antes & Co würden fragen: Wie viel zahlt Ihr dafür?

Was geschieht heute? – Heute werden Aubis & Co gefragt, wie viel sie dafür zahlen. Zurücktreten möchte Herr Diepgen heute so wenig wie damals. Das sind mafiöse Strukturen, die endlich abgeschafft werden müssen!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Das Konstrukt der Bankgesellschaft als Holding über öffentlich-rechtliche und private Kreditinstitute ist von meiner Fraktion immer kritisiert worden, auch von Frau Schreyer. Dazu komme ich gleich. Wir haben immer wieder davor gewarnt, dass die Kontrolle verlorengeht. Wir haben vor den hohen Risiken und der Situation gewarnt, dass der öffentlich-rechtliche Bereich für die Pleiten des privaten Handels haften muss. Wir haben dafür Häme und Beschimpfungen geerntet, aber wir hatten Recht. Sie haben heute nicht einmal die Courage, das auch wirklich einzugestehen. Weil Sie, Herr Diepgen, heute wieder Lügen verbreiten

[Unruhe bei der CDU – Cramer (Grüne): Er hört noch nicht einmal zu!]

werde ich gleich Frau Schreyer zitieren, die heute mit Herrn Monti über die Rechtmäßigkeit der geplanten Kapitalspritze reden darf. Frau Michaele Schreyer, so ist es im Protokoll der Plenarsitzung vom 12. März 1998 nachzulesen, hat Folgendes gesagt: Herr Diepgen, vielleicht sollten Sie sich das einmal anhören:

Die Konstruktion der Bankenholding war nicht zum Vorteil des Landes Berlin. Wir haben sie aus diesem Grund auch immer abgelehnt, übrigens auch aus ordnungspolitischen Gründen. Ich frage ganz klar: Was hat eigentlich die öffentliche Hand im ganz normalen Geschäftsbankensektor zu suchen? Ich sage: Sie hat darin eigentlich nichts zu suchen!

Es folgt ein Zwischenruf des heutigen CDU-Fraktionsvorsitzenden Steffel: "Was erzählen Sie da eigentlich?" Dann gibt es einen Zuruf von Landowsky: "Hoffentlich werden Sie nicht einmal zuständig für irgendwelche Vermögensmassen!" Das ist die grenzenlose Arroganz und Selbstgefälligkeit, mit der Sie diese Stadt in den Ruin getrieben haben. Diese Arroganz und Selbstgefälligkeit haben sowohl Herr Steffel als auch Herr Diepgen heute wieder vorgeführt. Damit muss endlich Schluss sein!

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Dr. Steffel (CDU): Kommen Sie zur Sache! Machen Sie doch einmal Vorschläge!]

 Das ist zur Sache. In derselben Sitzung sagte der damalige CDU-Wirtschaftssenator Pieroth:

Wir wollen unser wirtschaftspolitisches Handeln nicht vom Landesrechnungshof in Berlin begutachten lassen.

Für diese Art von Politik ist der Regierende Bürgermeister zuständig, auch wenn er nicht selbst in einem Aufsichtsrat gesessen hat und sich persönlich nicht bereichert hat. Herr Diepgen hat die Lex Landowsky mit durchgesetzt. Er hat es ermöglicht, dass der größte Immobilienmakler in dieser Stadt zugleich CDU-Fraktionsvorsitzender war. Wir fordern Sie auf, Herr Diepgen, ziehen Sie, anders als damals zu Antes- Zeiten, endlich die Konsequenzen und treten Sie zurück!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Öffentlich wird gesagt – und das ist in den Zeitungen nachzulesen –, dass der Chef der Bankgesellschaft, Herr Rupf, Klaus-Rüdiger Landowsky schon 1997 loswerden wollte, dies aber nicht konnte, weil der Arbeitsvertrag eine Kündigung überhaupt nicht vorsah. Er ist mit diesem Anliegen zu Herrn Diepgen gegangen, und der hat gesagt: Das ist nicht durchsetzbar. Dafür finden wir im Aufsichtsrat keine Mehrheit. – Kein Wunder! Die Mehrheit im Aufsichtsrat hatte das Land Berlin. Herr Diepgen! Genau das war bestimmt nicht zum Nutzen des Landes Berlin, sondern das ist Vettern- und Parteibuchwirtschaft.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Herr Regierender Bürgermeister! Wo waren Sie eigentlich im letzten halben Jahr, wo täglich ein Skandal den anderen jagte?

[Wieland (Grüne): Herr Diepgen! Was quatschen Sie ständig mit Herrn Radunski?]

Was haben Sie unternommen, als dieses unglaubliche In-sich-Geschäft mit den Cayman-Inseln in jeder Zeitung stand? Haben Sie sich zu einer Zeit, als die Kreditrisiken schon nicht mehr

;)

(D)

(B)

(A) beherrschbar waren, persönlich für einen weiteren Kredit für den Bauunternehmer und CDU-Großspender Klaus Groth eingesetzt? Wo waren Sie, Herr Diepgen, als die ganze Stadt sich über Luxusfonds für Politiker und Banker empörte? – Sie waren wie Kapitän Nemo auf Tauchstation, haben Ihren smarten Finanzsenator vorgeschickt und Ihre Hauptaufgabe darin gesehen, Ihren Schutzmantel über Klaus Landowsky auszubreiten. Beim Krisenmanagement haben Sie auch in diesem letzten halben Jahr total versagt.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Es stimmt, dass das 70-Milliarden-Schuldenloch nicht allein auf das Missmanagement bei der Bankgesellschaft zurückzuführen ist.

[Niedergesäß (CDU): 45 Milliarden DM aus Westberliner Wohnungsbau!]

Wir wissen, dass am Anfang totale Fehleinschätzungen standen. Kohl versprach blühende Landschaften und fuhr die Bundeshilfen für Berlin viel zu schnell zurück. Diepgen träumte von einem explosionsartigen Wirtschaftswachstum und von der Boomtown Berlin. So begann damals der kollektive Größenwahn. Der alte Westberliner Sumpf wollte mitverdienen. Kritiker wie wir mussten sich als vaterlandslose Gesellen beschimpfen lassen. Hätten Sie auf uns gehört, stünde Berlin nicht am Abgrund wie heute.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS – Niedergesäß (CDU): Dann wären wir schon hinuntergefallen!]

Aus Entwicklungsgebieten wurden Milliardengräber. In das Projekt Großflughafen Schönefeld fließen mit schöner Regelmäßigkeit bis heute zweistellige Millionenbeträge. Nicht zu vergessen die Olympiabewerbung, die nicht nur ein teurer, sondern auch ein peinlicher Flop war. Man lacht über die Karteikarten mit dem Sexualverhalten der IOC-Mitglieder noch heute weltweit. Und dann träumt allen Ernstes Herr Böger gemeinsam mit Herrn Werthebach schon wieder von Olympia im Jahr 2012.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD - Niedergesäß (CDU): Bravo!]

Ja, bleibt denn dieser geschundenen Stadt nichts erspart? – Lassen Sie sich doch wirklich einmal auf Realitätstüchtigkeit überprüfen!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Die Stadt hat einen enormen Strukturwandel zu bewältigen. Allein in der Industrie sind zigtausend Arbeitsplätze abgebaut worden. Aber gerade deshalb wäre eine verantwortungsvolle Finanzpolitik um so wichtiger gewesen. Die vielbeschworene Wirtschaftskompetenz der CDU – ergänzt um den Bankenskandal – hat uns in eine Situation gebracht, welche die Industrieund Handelskammer als Schock für den Wirtschaftsstandort Berlin bezeichnet. Ihr Unternehmen Berlin, Herr Diepgen, ist keine Jobmaschine, sondern sie ist eine riesige Arbeitsplatzvernichtungsmaschine, und das ist ein großer Skandal.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS – Niedergesäß (CDU): Unverschämtheit!]

Der Imageverlust, der Berlin durch die Bankenkrise national und international erwächst, ist gigantisch groß. Investoren wenden sich mit Grausen von dieser Filz-Hauptstadt ab. Arbeitsplätze werden deshalb nicht entstehen, sondern im Gegenteil: Heute müssen die 16 000 Beschäftigten bei der Berliner Bankgesellschaft um ihren Arbeitsplatz fürchten. Schon werden Stimmen laut, die wieder nach betriebsbedingten Kündigungen rufen. Der Abbau von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen läuft bereits in großem Maßstab. Viele seriöse kleine und mittlere Unternehmer, die ganz anders als die Aubis geprüft werden, wenn sie einen Kredit bei einer Bank haben wollen, werden die Zeche zahlen. Das ist eine soziale Ungerechtigkeit ungeheuerlichen Ausmaßes,

Herr Diepgen, für die Sie in der Verantwortung stehen. Das ist (C) nicht Modernisierung mit sozialem Gesicht, von der Sie vorhin ständig geredet haben.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

An dieser Stelle auch noch ein Wort zur Verantwortung des Bundes für Berlin: Wenn hier im Hause von **Bundeshilfen** gesprochen wird, dann ist damit völlig Unterschiedliches gemeint. Wir meinen Bundeshilfe mit klaren Sanierungsaufgaben und Auflagen als Hilfe zur Selbsthilfe für diese Stadt. Wenn Vertreter der CDU von Bundeshilfe reden und Milliardenbeträge vom Bund haben wollen, dann wollen sie so weiter machen wie bisher. Das wird der Bund nicht mitmachen, und das ist auch gut so.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Der Bund als Financier des Desasters bei der Bankgesellschaft – das wird nicht stattfinden. Die Bundesregierung wäre doch auch von allen guten Geistern verlassen, würde sie finanzielle Hilfen genau an die Geldverschwender auszahlen, die die jetzige Situation zu verantworten haben. Bankrotteure dürfen doch nicht zu Insolvenzverwaltern gemacht werden.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS – Wolf (PDS): Das macht nur die Berlin-Hyp!]

Die Geldverschwender haben die Zukunft Berlins verspielt vor allem auf Kosten der Kinder und Jugendlichen und der sozial Schwachen. Die Bank frisst das Geld, das wir eigentlich woanders bräuchten. Allein mit den 6 Milliarden DM oder - um es einmal anders auszudrücken, damit man sich die Dimensionen vorstellen kann - mit den 6 000 Millionen DM, die Berlin zusätzlich an Netto-Neuverschuldung dieses Jahr aufnehmen werden muss, könnte man dauerhaft 3 000 zusätzliche Lehrerstellen finanzieren. Oder man könnte ein soziales und ökologisches Infrastrukturprogramm auflegen - dauerhaft mit 8 000 Beschäftigten. Oder man könnte alle Schulen und alle Sportstätten dieser Stadt luxusmäßig sanieren. Aber nichts von alledem wird passieren. Sogar der Zukunftsfonds wird in diesem Jahr für das Stopfen von Schuldenlöchern eingesetzt. Das Unternehmen Berlin ist, wenn auch nicht Konkurs, so doch pleite. Das ist die bittere Wahrheit. Es muss endlich Schluss sein mit aller Schönrederei.

> [Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Schuld will niemand gewesen sein – nicht die Bankvorstände, nicht die Aufsichtsräte, in denen Senatoren aus SPD und CDU ihre Kontrollpflichten offenbar sträflich vernachlässigt haben, und auch nicht Eberhard Diepgen, der nichts gewusst haben will. Das ist Amnesie im fortgeschrittenen Stadium.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Aber was die Leute am meisten empört, und zwar mit Recht, ist, dass die Verantwortlichen für diese Krise weiter in Saus und Braus leben. Landowsky sitzt weiter im Parlament.

[Zurufe von links: Wo ist er denn? – Zuruf von der PDS: Er schwänzt! – Heiterkeit]

Er ist zweiter Mann im CDU-Landesvorstand, auch wenn er vor der heutigen Sitzung hier kneift – er ist ja nicht da –, und er bekommt als Leistungsträger, Herr Steffel, der so viel Gutes über diese Stadt gebracht hat, noch ein goldenes Ruhekissen: 700 000 DM für die nächsten zwei Jahre – inklusive Dienstwagen und Sekretärin – und dann bis zum Lebensende noch einmal jährlich 350 000 DM.

[Zuruf des Abg. Dr. Steffel (CDU)]

Und die Bankenmanager wohnen weiter in Luxusvillen mit Sauna und Schwimmbad für 20 DM pro qm Wohnfläche, was die Bankgesellschaft langfristig ungefähr 45 Millionen DM kostet. Wir sagen Ihnen: Das ist eine moralische Verkommenheit, die abso-

(A) lut ihresgleichen sucht. Wir werden alles tun, damit es mit dieser Bereicherung endlich ein Ende hat und die Verantwortlichen Schadensersatz leisten müssen.

> [Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Gleichzeitig wird darüber diskutiert, die Sozialmieten zu erhöhen und die Sozialhilfe zu kürzen, und den Bezirken steht das Wasser bis zum Hals. Es soll alles privatisiert werden, was nur irgendwie zu privatisieren ist: Bäder, Kliniken, Wohnungsbaugesellschaften. – Die Förderung von Genossenschaften ist genauso gefährdet wie die Programme gegen den Drogenmissbrauch. Wasser predigen und Wein trinken – das ist hier immer noch die Devise, und das empört die Berliner Bevölkerung zu Recht.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Die Verantwortlichen müssen auch strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Es gibt uns zu denken, wenn von 23 **Strafverfahren** 13 schon wieder eingestellt sind – eines davon ist das von Klaus Landowsky –, und es gibt uns weiter zu denken, wenn der zuständige Staatsanwalt in der Abteilung Wirtschaftskriminalität beklagt, dass durch vorsintflutliche Büroausstattung und fehlendes Personal wohl vieles im Sande verlaufen wird. Ist das ein Zufall? – Deshalb fordern wir: Stellen Sie umgehend die notwendigen Ressourcen zur Verfügung!

[Zuruf des Abg. Gram (CDU) -Weiter Zurufe von der CDU]

Richten Sie eine Sonderkommission von Polizei und Staatsanwaltschaft ein – ähnlich der damaligen "Soko Lietze" beim Antes-Skandal! Noch, Herr Diepgen, sind Sie hier nämlich der Justizsenator.

[Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Gram (CDU)]

Berlin braucht einen politischen Neuanfang mit unbelasteten Personen, da können Sie soviel dazwischen krähen, wie Sie wollen, Herr Gram. Die Berliner Bevölkerung hat diese Regierung wirklich nicht verdient. Nicht die Jugendlichen, die mit 30 oder 40 Bewerbungen nach einem Ausbildungsplatz suchen, nicht die Lehrenden und Lernenden an den Universitäten, die jetzt in die Situation kommen, dass die neuen Hochschulverträge gefährdet sein werden, und vor allem die sozial Schwachen haben es nicht verdient, dass ausgerechnet sie die Zeche zahlen sollen. Alle haben in den letzten Jahren ihren Sparbeitrag gebracht, während die politisch Verantwortlichen die Milliarden mit Händen zum Fenster hinausgeworfen haben. Deswegen sagen wir: Wir wollen Entflechtung statt Verflechtung von Politik und Wirtschaft, wir brauchen verantwortlichen Umgang mit öffentlichen Geldern statt Vettern- und Parteibuchwirtschaft. Es gibt zukunftsfähige Strategien für die Stadt. Nutzen wir sie. Die Stadt hat Potential für einen Neuanfang, aber eben nicht mit Herrn Diepgen, dem Regierenden Bürgermeister.

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Niedergesäß (CDU): Mit Klotz auch nicht!]

Präsident Führer: Frau Abgeordnete, Sie müssen zum Schluss kommen!

Frau Dr. Klotz (Grüne): Ja. Deswegen, es ist schon gesagt worden, werden wir als Grüne gemeinsam mit PDS und FDP ein unabhängiges Personenbündnis

[Goetze (CDU): Völlig unabhängig!]

- völlig unabhängig, Sie werden es sehen! - für ein Volksbegehren mit dem Ziel von Neuwahlen unterstützen,

[Niedergesäß (CDU): Sie sind ja eine Traumtänzerin!]

und wir werden dieses Ziel erreichen.

Ich gebe Ihnen noch ein Zitat von Richard von Weizsäcker mit auf den Weg. Der hat gesagt: "Parteien dürfen sich den Staat nicht zur Beute machen". Hier in Berlin hat sich eine Gruppierung aus immer den gleichen Leuten eine ganze Stadt zur Beute (C) gemacht.

[Niedergesäß (CDU): Das ist Irrsinn, was Sie da sagen!]

Das ist der Kern Ihrer politischen Verantwortung, Herr Diepgen. Wenn Sie daraus nicht selbst die Konsequenzen ziehen, dann werden wir es tun. Wir wissen seit 1981, wie das geht.

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Zurufe von der CDU: Frau Dr. Klotz, üben!]

Präsident Führer: Für die SPD-Fraktion hat das Wort Herr Abgeordneter Wowereit. – Bitte sehr!

Wowereit (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab ein Wort zu Herrn Steffel: Ich kann verstehen – und wir haben es uns so versprochen –, dass wir versuchen, in der Koalition eine Atmosphäre zu schaffen, in der man sachlich zusammenarbeiten kann.

[Beifall bei der CDU]

Das ist in Ordnung. Wenn man in einer Koalition sitzt, macht es keinen Sinn, sich gegenseitig die Schuld zuzuschieben und so zu tun, als habe man nichts miteinander zu tun.

[Niedergesäß (CDU): Aha!]

Aber, Herr Steffel, Ihre Rede war genau das Gegenteil dieses Versprechens, das Sie eingefordert haben. Ich muss eines sagen – damit ist es dann aber auch genug zu Ihrer Rede –: Ich kann verstehen, dass man es als neuer Fraktionsvorsitzender gerade einmal in 14 Tagen schafft, den Teppich auszutauschen, aber den Redenschreiber hätten Sie vielleicht als erstes austauschen sollen.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Diese Art von Rede hat mich sehr an vergangene Reden erinnert. Ich habe geglaubt, dass diese Zeiten in diesem Haus endlich vorbei sind.

(D)

Ich will auch noch eine Vorbemerkung zu Ihrer Attacke gegen die ehemalige **Finanzsenatorin Frau Fugmann-Heesing** machen. Ich finde es nahezu unerträglich, wenn ausgerechnet die Person in diesem Saal in der Weise angegriffen und für die Ursachen der Bankenkrise, der Haushaltskrise verantwortlich gemacht wird, die 1996 endlich in Berlin einen Kurswechsel herbeigeführt hat, den Kurswechsel der Konsolidierung und des Anerkennens der Realitäten und nicht der Verweigerung.

[Beifall bei der SPD – Zurufe der Abgn. Gram (CDU) und Rabbach (CDU)]

Wenn es eine Person in der letzten Legislaturperiode gegeben hat, die empfindlich die Kreise der Verflechtungen von Politik und Investoren gestört hat, dann war es Frau Fugmann-Heesing. Sie stand doch im Zentrum der Kritik gerade Ihrer Parteifreunde nicht deshalb, weil sie sich erlaubt hat in der baulichen Unterhaltung zu sparen, sondern weil sie gesagt hat, dass öffentliche Projekte, dass Grundstücke ausgeschrieben werden müssen und nicht nach Gutdünken vergeben werden dürfen. Deshalb stand sie im Zentrum der Kritik.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Jetzt so zu tun, als habe sie etwas versäumt, ist geradezu lächerlich.

[Wieland (Grüne): Warum ist sie eigentlich nicht länger Senatorin?]

 Das war in der Tat ein Fehler, Herr Wieland, da sind wir uns, glaube ich, einig. Ich denke auch, dass Frau Fugmann-Heesing heute anders mit der Problemlage umgehen würde.

[Zimmer (CDU): Wie mit der Bundeswehr!]

Wir sind in der schwersten Finanzkrise seit Jahrzehnten. Es hilft nichts, wenn man das immer beschönigt und so tut, als sei das harmlos, und so tut, als könne man diese Krise mit einem Nachtragshaushalt lösen, indem man dort einfach eine Zahl verändert: Nettokreditaufnahme im Jahr 2001 gleich 3,6 Milliarden DM, dann beschließt man einen Nachtragshaushalt, und

Wowereit

(A) dort steht dann 9,6 Milliarden DM, und damit ist das Problem erledigt. Damit ist das Problem leider nicht erledigt, die Probleme holen uns vielmehr immer ein.

Wenn in den letzten Wochen Zahlen auf den Tisch gelegt worden sind, dann hatten leider diejenigen Recht, die gesagt haben, wir haben ein Risiko in Höhe von 5 Milliarden DM bis 6 Milliarden DM für den Landeshaushalt.

[Müller-Schoenau (Grüne): Das waren wir!]

Leider hatten diejenigen Recht, die gesagt haben, der Wertberichtigungsbedarf bei der Bankgesellschaft liegt bei 12 Milliarden DM. Die sind dafür angegriffen, verhöhnt worden für diese Zahlen

[Müller-Schoenau (Grüne): Von wem denn?]

Es ist ihnen Rufmord nachgesagt worden, wenn sie solche Zahlen in die Welt setzten – all diese Zahlen haben sich leider bitter bewahrheitet. Das ist traurige Realität. Wer heute noch so tut, als seien das alles Kavaliersdelikte, als seien das Betriebsunfälle oder als sei die Bankenkrise ein unbeherrschbares Naturereignis, der tut mir, ehrlich gesagt, Leid. Sie tun mir deshalb Leid, weil sie zeigen, dass sie nicht in der Lage sind, die Zukunftsaufgaben für diese Stadt zu bewältigen.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der PDS und den Grünen]

Herr Regierender Bürgermeister! Ich hatte das Vergnügen, Ihre Rede vorab schriftlich zu lesen, und habe sie anschließend auf mich wirken lassen. Ich habe als Ihr Koalitionspartner Schwierigkeiten damit gehabt, den Versuch zu unternehmen, tatsächlich einmal zu klatschen.

[Cramer (Grüne): Das hatten wir schon länger!]

Es ist ein komisches Bild, wenn eine Koalitionsfraktion nicht klatschen kann. Das kann zwei Ursachen haben: einmal die Rede oder auch das Verhalten des Koalitionspartners.

(B) [Kittelmann (CDU): Nicht klatschen will! –
Zurufe von der CDU: Parteidisziplin!]

– Das hat mit Parteidisziplin nichts zu tun. Ich habe diese Rede auf mich wirken lassen. Ich hatte auch Hoffnungen in diese Rede gesetzt. Ich muss sagen: genau bei Ihrer Rede wie auch der von Herrn Steffel fehlt mir eines – neben weiteren Kleinigkeiten, die wollen wir gar nicht erst erörtern –, eines fehlt, und das fehlt, glaube ich, auch den Berlinerinnen und Berlinern: dass sich endlich einmal die CDU distanziert von einem der Hauptverantwortlichen der Bankenkrise – dessen Platz ist heute leer, aber leider nicht dauerhaft –, und das ist Herr Landowsky. Sie haben es bis heute nicht geschafft, sich mit einem Wort zu distanzieren von der Spendenaffäre der CDU und dem Schaden in Höhe von Hunderten Millionen DM, die Herr Landowsky allein der Bankengesellschaft zugefügt hat.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Das fehlt. Wenn man etwas aufarbeiten will, dann muss man einen Schlussstrich ziehen. Dass der Regierende Bürgermeister es nicht kann, das kann ich zum Teil nachvollziehen. Herr Steffel, dass Sie die Chance vertan haben, das hat mich dann allerdings doch verwundert.

Die ganze Stadt hat darauf gewartet, dass – wann war es – am Montag oder Dienstag Ihr Landesvorstand endlich den Mut hat, die Fehlentscheidung, Herrn Landowsky noch zu adeln, zum Vizechef der Berliner CDU zu wählen – in Kenntnis aller Vorwürfe –, zurückzunehmen. Der Regierende Bürgermeister hat genau gewusst, was das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen ihm vorwirft. In Kenntnis dieser Vorwürfe wird Herr Landowsky noch geadelt von der Berliner CDU. Das zeigt, dass man nichts gelernt hat aus dieser Affäre!

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen – Niedergesäß (CDU): Kommen Sie endlich zur Sache!]

– Das ist zur Sache, das ist zur Sache, Herr Niedergesäß, und zwar deshalb, weil die Berlinerinnen und Berliner sich nicht damit zufrieden geben werden, wenn weiterhin gesagt wird, es hätten alle nichts gewusst, es habe niemand für nichts gekonnt, aber sie müssen die Zeche zahlen. Es ist nach wie vor ein unerträglicher Zustand, dass ein Auflösungsvertrag gemacht worden ist für einen Chefbanker, im Februar, in dem ihm zugesichert worden ist, volle Gehälter weitergezahlt zu bekommen für zwei Jahre und in dem ihm volle Pensionszahlungen zugesichert worden sind.

Und Frau Klotz, ich weiß gar nicht, warum Sie immer die Zahl "350 000 DM Pension" aufgreifen.

[Wieland (Grüne): Die pussligste! – Zuruf der Frau Abg. Ströver (Grüne)]

Ich bin der Meinung, das ist viel mehr, was er da kriegt: dass Herrn Landowsky heute noch alle Insignien der Macht der Bankgesellschaft zustehen. Es wird keine Verantwortung gezogen, der Aufsichtsrat der Berlin-Hyp kommt nicht zu einer Sondersitzung zusammen,

[Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

auch nicht auf Druck von Sozialdemokraten, die sagen, der Vertrag muss gekündigt werden, dieser Auflösungsvertrag muss angefochten werden, weil er jeder Geschäftsgrundlage entbehrt hat. Das ist bis heute nicht vollzogen worden vom Aufsichtsrat der Berlin-Hyp.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS und den Grünen]

Das ist offensichtlich in diesen Bankkreisen auch so üblich. Man lernt ja immer wieder dazu. Und weil vorhin der Hinweis kam von Herrn Wolf: Wenn es denn so wäre, dass die alle ihre Konsequenzen zögen in der Privatwirtschaft! Die Topmanager ziehen eben keine Konsequenzen. Sie kriegen, ob sie ihre Arbeit gut oder schlecht gemacht haben, auf Lebenszeit ihre Pension.

[Zuruf des Abg. Wolf (PDS)]

Und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bankgesellschaft bangen heute um ihren Arbeitsplatz – für das Missmanagement ihrer Chefs. Danach fragt kein Mensch, ob da 1 000, 2 000 oder 3 000 Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. Das müssen wir als Verantwortliche, als Eigentümervertreter der Berlinerinnen und Berliner auch den Mitarbeitern der Bankgesellschaft erklären können, wie es dazu kommen konnte.

Ich gehe auch nicht davon aus, dass Herr Diepgen oder sonst jemand, der sich jetzt im Raum befindet, irgendetwas direkt mit einer Kreditvergabe zu hat. Aber selbstverständlich müssen wir die Antworten geben, warum sämtliche Kontrollmechanismen nicht funktioniert haben. Da waren sicherlich kriminelle Energien mit im Spiel, anders kann man es ja gar nicht mehr bezeichnen. Nur, haben wir schon ein Ergebnis einer dieser Untersuchungen? – Bislang hatten wir nur Einstellungen der Verfahren. Da gab es eine kollektive Verantwortungslosigkeit teilweise. Und es ist doch nicht so, dass alles so unbekannt war. 8 Milliarden DM Zurückstellungen bis zum Jahr 2000, das war eine gigantische Kapitalvernichtung für den Eigentümer. Und der Eigentümer ist nicht nur das Land Berlin, sondern auch Kleinaktionäre, die NordLB, die Gothaer Versicherung und andere.

[Zuruf des Abg. Atzler (CDU)]

Da hätte doch spätestens die Alarmglocke läuten, das Management zur Rechenschaft gezogen werden müssen, wenn hier dem Eigentümer die Rendite entzogen wird und damit dem Berliner Landeshaushalt wichtiges Geld, das wir für die viele sozialen Aufgaben, die wir zu erledigen haben, brauchen.

[Niedergesäß (CDU): Was hat Ihre Aufsichtsrätin dazu gesagt?]

Und jetzt sind noch einmal 4 Milliarden DM dazu gekommen. Jetzt sind wir bei 12 Milliarden DM Kapitalvernichtung innerhalb kürzester Zeit. Dies ist keine Naturkatastrophe, das ist eine Katastrophe, aber keine unvorhersehbare. Und mir kann keiner einreden, dass es an einer Risikobereitschaft lag, dass es anderen Banken so gegangen ist. – Selbstverständlich gibt es bei Geschäften Risiken, nur gerade Banker zeichnen sich normalerweise dadurch aus, dass sie diese kleinstmöglichst halten. Jeder, der einmal einen Privatkredit beantragt hat, gerade ein kleiner Handwerksmeister weiß das, weiß, wie man ausgezogen wird von den Prüfern der Banker, damit das Risiko minimiert wird.

Wowereit

(A) Wenn jemand mit einem Jahreseinkommen von 100 000 DM einen Kauf tätigen kann, wo ihm die Bank zu 100 Prozent die Sanierung von Plattenbauten für 500 Millionen DM finanziert. ohne jede Sicherheit, ohne jedes Know-how, dann ist das nicht mehr Risiko, dann kann man überhaupt gar nichts mehr dazu sagen. Entweder ist es Dussligkeit hoch fünf, das gehört bestraft, oder es sind Machenschaften gewesen. Das muss doch endlich einmal akzeptiert werden, dass das keine Risikoeinschätzung war.

> [Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen -Zuruf von der SPD: So ist es!]

In der Zeitung war nachzulesen, dass das vom Kreditausschuss der eigenen Bank nicht bewilligt war, dass der hintergangen worden ist, dass es Prüfungen gab, die das nicht zugelassen haben. Trotzdem hat es diesen Kredit gegeben. Zufällig waren das CDU-Mitglieder, zufällig gab es von diesen beiden Herren eine Barspende in den Räumen der Berlin-Hyp an den Vorstandsvorsitzenden. Das sind alles Zufälle, aber diese Zufälle, meine Damen und Herren von der CDU, die müssen Sie den Berlinerinnen und Berlinern noch erläutern, weil sie heute alle die Zeche dafür bezahlen.

Was erwarten die Bürgerinnen und Bürger eigentlich noch von diesem Haus? - Eins erwarten Sie auf jeden Fall, und das ist Ehrlichkeit. Ich habe gestern in meiner neuen Rolle als Reporter der "Abendschau" Befragungen gemacht, drüben in den Arkaden am Potsdamer Platz.

> [Gram (CDU): Hat man kaum einen Unterschied gemerkt!]

Wissen Sie, was die Bürgerinnen und Bürger alle - egal ob jung, ob alt, ob Berliner oder nicht Berliner - gesagt haben bei der Frage, welchen Eindruck sie hätten von Politikern in der Öffentlichkeit, in den Medien, oder wie Politiker sein sollten? Es kam eine Antwort immer: Sie sollten ehrlich sein. Das heißt im Umkehrschluss, dass unser Image, und zwar unser aller Image, so ist, als ob wir nicht die Wahrheit sagten.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD -Starker Beifall bei der CDU -Cramer (Grüne): Wieso klatschen Sie von der CDU? -Weitere Zurufe von links]

- Da klatschen ausgerechnet Sie, Herr Gewalt - wunderbar!

[Cramer (Grüne): Das ist Realitätsverweigerung!]

- Das haben wir ja schon oft zur Kenntnis genommen. - Und zur Ehrlichkeit gehört auch, den Menschen in dieser Stadt die Wahrheit zu sagen. Die 6 Milliarden DM, die hier offensichtlich über Kredite geregelt werden sollen, werden einschneidende Maßnahmen für jeden einzelnen nach sich ziehen. Die sind nicht wieder herbeizuschaffen. Es ist auch so ehrlich, so zu tun, als ob ich die 4 Milliarden DM nur kurzfristig an die Bankgesellschaft gebe. Die sind höchstwahrscheinlich weg. Und das Risiko ist noch da, dass es mehr wird. Es kann mir auch keiner einreden, dass bei der Bankgesellschaft schon alles herausgekommen ist, was als

Und jeder neue potentielle Erwerber - offensichtlich gibt es ja einige, die Schlange stehen bei Herrn Diepgen - wird die Unterlagen der Bankgesellschaft ganz genau anschauen, er wird sie alle prüfen, von vorne bis hinten. Er wird nichts übernehmen vom Mehrheitsaktionär des Landes Berlin, was ihm seine Rendite verhagelt und ihm zusätzliche Risiken beschert.

[Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

Wir können die Bankgesellschaft sofort verkaufen, da gehört nur eins dazu:

[Zuruf des Abg. Gram (CDU)]

Dass sie dem Erwerber erklären, das Land Berlin übernimmt alle Risiken, die noch nicht bekannt sind, und alle Immobiliengeschäfte der Bankgesellschaft, dann können wir die Bankgesellschaft sicher noch für 1 oder 2 Milliarden DM verkaufen.

[Wieland (Grüne): Und Berlin zumachen!]

Mit dem Risiko, das im Immobiliengeschäft drin ist, werden wir (C) Schwierigkeiten haben, zu einem vernünftigen Preis einen Käufer zu finden. Das muss man endlich zur Kenntnis nehmen.

Die Bankgesellschaft ist in ihrer Konstruktion höchst problematisch. Es hilft aber auch nichts, dass heute einige so tun, als ob das eine neue Konstruktion sei.

[Zuruf von der CDU: Eben!]

Die ist irgendwann vom Parlament hier beschlossen worden.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Die ist von der großen Koalition worden!]

Auch diese Konstruktion kann auch nicht alles rechtfertigen und vor allen Dingen nicht auf allen Ebenen das Missmanagement rechtfertigen. Das hat mit der Konstruktion nichts zu tun.

[Frau Oesterheld (Grüne): Natürlich!]

Das hat auch nichts damit zu tun, dass da ein öffentlich-rechtlicher Teil dabei ist. Wir werden uns höchstwahrscheinlich ideologiefrei von der Bank trennen müssen, wenn wir das überhaupt noch können.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Genau so ist das!]

Es ist ja nicht mehr die Frage, wie damals bei der gescheiterten Fusion mit der NordLB, dass wir noch darüber verhandeln, wie hoch der Preis ist, den wir bekommen. Wir können ja heute zufrieden sein, wenn wir sie überhaupt loswerden mit den ganzen Risiken. Das wird das Problem sein. Es ist gar nicht mehr eine Frage, ob hier irgendwelche Wirtschaftspolitiker meinen, man müsse sich von der Bank trennen, sondern wir sind in der Situation, wo wir uns fragen müssen, ob wir für unser Kapital, für unser Eigentum überhaupt noch Geld bekommen. Das ist die entscheidende Frage.

[Zuruf von Sen Branoner]

Und wir wollen natürlich, dass die Bankgesellschaft mit ihren Filialen, mit ihren Kunden für die Berlinerinnen und Berliner da ist, dass sie auch ein wirtschaftlicher Faktor in der Stadt bleibt, da (D) werden wir alle Hände voll zu tun haben. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben, die jetzt anliegt, die Bankgesellschaft aufzustellen. Außer der Kreditgabe, Herr Diepgen, habe ich da bisher auch wenig gehört. Es wird die vornehmste Aufgabe des Finanzsenators sein, zeitnah - wir haben nicht lange Zeit - Konstruktionen und Konzeptionen zu finden, wie die Bankgesellschaft die Zukunft bestehen kann. Es gibt ein internes Sanierungsprogramm, das ist nicht damit abgetan, dass wir hier 4 Milliarden DM oder wie viele Milliarden DM auch Kapital zuführen, das allein reicht nicht aus. Wir müssen die Bankgesellschaft tatsächlich, egal in welcher Konstruktion, fit machen, dass sie die Aufgaben erledigen kann.

Wir haben zeitnah – eigentlich ist die Frist ja schon abgelaufen - den Nachtragshaushalt des Jahres 2001 zu erfüllen. Auch das ist kein Geheimnis, die Haushaltsberatungen für das Jahr 2002 laufen parallel. 6 Milliarden DM zusätzlich zu den 676 Millionen DM, die Finanzsenator in seinen Nachtragshaushalt auflösen wollte, sind aus meiner Sicht nicht durch konkrete Einsparungen zu belegen. Das ist Illusion. Wir werden um eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme nicht umhin kommen. Aber es wäre geradezu fatal, wenn wir den Eindruck erwecken würden, wir lösten unsere Probleme damit, dass wir den Schuldenstand des Landes Berlin, der im Jahr 2001 bei den direkten Schulden schon bei 72 Milliarden DM liegt, einfach dadurch lösen, dass wir ihn auf 78 Milliarden DM hochpuschen und im nächsten Jahr, wo wir wieder Risiken von über 2 Milliarden DM mindestens haben werden, vielleicht noch einmal um 2 Milliarden DM. Das wird nicht gehen, denn die Schuldenaufnahme hat einen kleinen Nachteil, nämlich die Zinszahlungen. Die liegen jetzt auch schon bei 4 Milliarden DM. Die steigen ohne die 6 Milliarden DM im nächsten Jahr schon auf 4,3 Milliarden DM. Durch die Kreditaufnahme des Jahres 2001 und durch zusätzliche Risiken kommen noch mindestens 300 oder 400 Millionen DM dazu. Da sind wir schnell bei 5 Milliarden DM Zinszahlungen pro Jahr. Was könnten wir an dringend notwendigen Stadterneuerungs-, Sozial- und Schulprojekten mit 5 Milliarden DM alles finanzieren!

[Zuruf von der CDU]

Wowereit

(B)

(A) Die Flucht in die Verschuldung hilft keinem. Es ist Vernichtung von Zukunftspotential.

> [Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Wer heute Politik betreiben will und sagt: Wir leben gut dadurch, dass wir zur Bank gehen, und die anderen zahlen die Zeche – dann ist das eine Politik, zu der wir keinen Senat und kein Abgeordnetenhaus brauchen. Das kann ein Ministerialbeamter im Finanzministerium besser.

[Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

Wir müssen Politik gestalten und zukunftsfähig halten. Das bedeutet, dass wir Prioritäten setzen müssen. Wir geben pro Jahr 40 Milliarden DM aus. Es kann mir keiner einreden, dass wir nicht die richtigen Prioritäten setzen können. Selbstverständlich muss Bildung Zukunftssicherungspolitik sein. Da müssen an vorderster Stelle Ausgaben getätigt werden. Gut ausgebildete Jugendliche sind Zukunftskapital für diese Stadt. Da darf nicht gespart werden, auch in diesen Situationen nicht!

[Beifall bei der SPD und der CDU – Beifall des Abg. Wolf (PDS)]

Aber es kann nicht so weitergehen, dass jeder Senator sagt: Bei mir geht nichts, es ist alles Zukunftsinvestition. – Und auch das Parlament muss hier mittun.

[Beifall des Abg. Wansner (CDU)]

Das ist nicht nur eine Einzelveranstaltung des Senats. Auch wir müssen sagen, wer Prioritäten setzt, das heißt auch, wo man Nachrangigkeiten einräumen muss.

Natürlich müssen die **Entwicklungsgebiete** noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der CDU – Zurufe von den Grünen]

Wir haben schon versucht, das Entwicklungsgebiet Eldenaer Straße/Alter Schlachthof aufzulösen. Das ist immer von der Verwaltung verhindert worden. Das muss auf den Prüfstand.

Herr Wolf hat vollkommen Recht, die U 5 - eine Lieblingsveranstaltung des Regierenden Bürgermeisters -, braucht kein Mensch in der Stadt!

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen – Zuruf von der CDU: So ein Schwachsinn!]

Dafür mehrere Hundert Millionen DM auszugeben, das ist schlechterdings nicht machbar. Und bevor diese U 5 nicht gecancelt wird, bin ich nicht bereit, irgendwo im Bildungsbereich eine Einsparung vorzunehmen. Da kann mir keiner erzählen, dass dann dort etwas gemacht werden muss.

[Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Kittelmann (CDU)]

All diese Dinge müssen in Angriff genommen werden.

Ein zentraler Stellenpool für das Überhangpersonal, damit es sinnvolle Arbeit machen kann, ist von der Innenverwaltung seit vier Jahren systematisch verhindert worden, obwohl das alle Fraktionen des Parlaments beschlossen haben. Diese Strukturmaßnahmen – ich könnte noch viele aufzählen – müssen endlich in Angriff genommen werden.

[Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Cramer (Grüne) – Frau Ströver (Grüne): Das ist doch Ihre Koalition!]

Nur so lässt sich überhaupt rechtfertigen, dass wir im Landeshaushalt die Kreditaufnahme erhöhen. Wenn wir nicht in der Lage sind, zu zeigen, dass diese Koalition, dass diese Regierung, die Mehrheiten, die im Parlament vorhanden sind, endlich Strukturentscheidungen durchbringen, dann werden wir zu Recht als Koalition aus dem Tempel hinausgetragen werden und dann werden diese Volksbegehren Erfolg haben.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Wir sind auf dem Prüfstand, als große Koalition zu zeigen, dass wir die großen Herausforderungen für die Stadt meistern wollen. Die SPD ist dazu bereit. Ich fordere die CDU auf, es auch zu tun. – Schönen Dank!

[Beifall bei der SPD und der PDS – Vereinzelter Beifall bei der CDU und den Grünen – Cramer (Grüne): Am besten sofort anfangen!]

Präsident Führer: Meine Damen und Herren! Die Redezeiten sind erschöpft. Damit ist die Regierungserklärung abgegeben und besprochen. Die Aktuelle Stunde haben wir damit auch erledigt

Für die dringlichen Anträge der Fraktion der PDS wird die Überweisung an den Hauptausschuss vorgeschlagen. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 2, Drucksache 14/1218:

II. Lesung des Antrags der Fraktion der Grünen über 9. Gesetz zur Änderung der Bauordnung für Berlin, Drucksache 14/534, gemäß Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr vom 16. Mai 2001

Ich eröffne die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatung der zwei Artikel miteinander zu verbinden. Erhebt sich Widerspruch? – Das höre ich nicht.

Ich rufe auf die Artikel I und II, die Überschrift und die Einleitung im Wortlaut des Antrags Drucksache 14/534 unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1218. Wird Beratung gewünscht? – Wer spricht für Ihre Fraktion? – Frau Hämmerling, dann haben Sie das Wort. Sie beginnen, fünf Minuten pro Fraktion. – Bitte sehr!

(D)

Frau Hämmerling (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich weiß, ich verlange Ihnen jetzt eine Menge ab: Aus dem Sumpf der Bankgesellschaft zurück in die Niederungen der Umweltpolitik, das ist ein Quantensprung. Aber auch in der Umweltpolitik gibt es ungebremste kriminelle Energie. Mehr als 50 illegale Deponien sind in Berlin entstanden. Wir haben in der Vergangenheit ausgiebig darüber diskutiert. Eine trägt inzwischen einen Namen: Sellheimgebirge. Diese Deponie wurde nach einer Brücke benannt, die dieses Gelände überspannte. Heute kann man vom Gipfel dieses Sellheimgebirges auf die Brücke hinabsehen. Sie liegt tief unter dem Gipfel. Hunderttausende Kubikmeter Bauschutt, giftiges Altholz und Sondermüll gammeln vor sich hin. Der Regen wäscht die Giftstoffe aus. Die fließen dann ungebremst ins Grundwasser. Sechs Jahre haben die Behörden diese illegalen Geschäftspraktiken tatenlos bzw. hilflos geduldet. Das Muster der kriminellen Recyclingbetriebe ist immer das gleiche: Kapitalgesellschaft gründen, eine Fläche mieten, dann die Abfälle aufhäufen und schließlich einen Konkurs machen. Anschließend bleiben die Abfälle liegen. Diese Unternehmen gründen dann eine neue Kapitalgesellschaft, und das Spiel beginnt von vorne. Damit muss Schluss sein!

[Beifall bei den Grünen]

Die Berliner Behörden sind durch soviel kriminelle Energie überfordert. Während Bezirk und Senat damit beschäftigt sind, gegenseitig über die Zuständigkeit zu diskutieren, ist der nächste Müllberg längst entstanden und die Betreiber sind im Konkurs. Die Grundstückseigner dieser Lagerflächen sind dann in der Regel diejenigen, die die ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle veranlassen müssen. Die Millionenbeträge, die dafür notwendig sind, überfordern die privaten Eigentümer häufig. Am Ende muss das Land Berlin eintreten. Das heißt, der Steuerzahler hat diese Kosten an der Backe.

Frau Hämmerling

(A) Deshalb hat meine Fraktion diesen Antrag gestellt. Der Vorschlag war, alle Recyclingunternehmen in Berlin in die Pflicht zu nehmen. Dazu sollte die Berliner Bauordnung geändert werden. Wer Abfälle lagern will, soll dafür eine Sicherheitsleistung bei einer Bank hinterlegen.

[Zuruf des Abg. Over (PDS) – Wieland (Grüne): Nicht bei der Bankgesellschaft! – Beifall bei den Grünen]

Nicht bei der Bankgesellschaft, um Himmels willen! Diesen Hinweis bitte ich doch sehr ernst zu nehmen. Herr Over, schönen Dank für den Hinweis! - Diese Bankbürgschaft garantiert dann, dass alle Abfälle am Ende auch recycelt und entsorgt werden können. Dem Antrag wollte die große Koalition leider nicht zustimmen, weil auch das Bundes-Immissionsschutzgesetz gerade mit ähnlichem Kontext geändert werden soll. Die Änderung würde dann auch einen Teil der in Berlin problematischen Abfalllager erfassen. Wir können uns dieser Argumentation aber nicht anschließen, denn erstens konkurriert unser Antrag nicht mit der Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und zweitens ist die Sicherheitsleistung eine zusätzliche Garantie für die Zuverlässigkeit der Unternehmen. Letztlich ist unklar, wann diese bundesgesetzliche Regelung kommt und ob sie überhaupt in Kraft tritt. Der Charme unseres Antrags ist: Für die Änderung der Berliner Bauordnung brauchen wir im Bundesrat keine Mehrheit. Wir können sie heute beschließen, und wir haben sofort etwas gegen die Müllmafia in der Hand.

[Beifall bei den Grünen]

Der uns jetzt vorliegende Antrag enthält nur noch Teile aus dem Ursprungsantrag. Schade, dass Sie sich nicht überwinden konnten, dem großen Wurf zuzustimmen. Dennoch, der verbliebene Teil ist auch aus unserer Sicht eine Initialzündung zumindest gegen die kleinen Abfallhaufen in der Stadt – nicht gegen die ganz kleinen –, und deswegen werden wir auch diesem rudimentären Antrag zustimmen.

[Beifall bei den Grünen – Over (PDS): Dann hätten wir ihn doch auf die Konsensliste setzen können!]

Präsident Führer: Für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Hoffmann das Wort.

Hoffmann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Änderung der Bauordnung ist ein aktiver Schritt zum vorbeugenden Umweltschutz in der jetzt vorliegenden Fassung. Neu sind die Einführung einer Genehmigungspflicht bei den Lagerplätzen bis 300 qm und die Erbringung einer Sicherheitsleistung im Vorfeld der Nutzung. Ziel ist, im Entsorgungsmarkt stärker als bisher die Spreu vom Weizen zu trennen, also die legalen Entsorgungsfachbetriebe, die entsprechend zertifiziert sind und tatsächlich die Absicht des Recyclings verfolgen, von denen zu trennen, die von vornherein lediglich Gewinne abschöpfen wollen, ohne eine ordnungsgemäße Entsorgung zu veranlassen. Es werden damit auch diejenigen wieder die Aufträge bekommen, denen sie bisher von den schwarzen Schafen durch unrealistische Billigangebote entzogen worden sind. Dies ist ein Stück praktische Wirtschaftsförderung.

Gerade die Einführung der Genehmigungspflicht auch bei kleineren Lagerplätzen ist ein wichtiger Schritt. Dabei müssen die Bezirke die bisherigen Vollzugsdefizite auch unter Inanspruchnahme von Hilfe besonders der Umweltkripo beseitigen und ein effektiveres Controlling organisieren, und zwar deswegen, um effektiver handeln zu können. Nichteinhaltungen müssen schneller zur Anzeige gebracht, Regress- und Sanktionsmaßnahmen gegenüber dem Verursacher durchgesetzt werden.

Natürlich beinhaltet diese Änderung auch einen Kostenschutzfaktor für das Land Berlin, da durch die Sicherheitseinlage in Höhe des Entsorgungsaufwandes vor Beginn der Nutzung des Lagerplatzes mit Abfällen sichergestellt ist, dass im Fall des Falles zügig eine Beräumung erfolgen kann, ohne dass diese Kosten durch das Land Berlin bzw. durch die Bezirke zu tragen sind.

Insgesamt ist der Beschluss des Ausschusses ein weiteres praktisches Beispiel in der politisch-parlamentarischen Praxis für die von der Union stark vorangetriebene Kampagne "Kampf dem Schmarotzertum".

[Heiterkeit bei der PDS]

zum Schutz für die Verbraucher und speziell zu Gunsten der Umwelt. Die CDU-Fraktion unterstützt diese Beschlussempfehlung und fordert den Senat gleichzeitig auf, den Sachstandsbericht über illegale Deponien regelmäßig in Kooperation mit den Bezirken fortzuschreiben. – Danke!

[Beifall bei der CDU]

Präsident Führer: Für die Fraktion der PDS hat der Abgeordnete Spindler das Wort. – Bitte sehr!

[Dr. Rogall (SPD): Unser Strieder macht das schon!]

Spindler (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wundert mich schon: In der Ausschussberatung im Bauausschuss, der federführend für diesen Gesetzentwurf war, hatte ich um eine Aussprache gebeten; dies wurde verweigert mit dem Argument, es sei doch alles klar wir Kloßbrühe, wir seien uns alle einig. Insofern verwundert es mich etwas, Frau Hämmerling, dass Sie das Bedürfnis hatten, Ihren schönen Antrag hier noch einmal zu begründen.

Allerdings wundert mich auch, dass Sie offenbar nicht ganz auf dem aktuellen Stand der Gesetzgebung auf der Bundesebene sind; der Bundesrat hat Anfang Mai das Gesetz zur Sicherstellung der Nachsorgepflichten bei Abfalllagern beschlossen. Damit ist der jetzige Gesetzesantrag – ich will nicht sagen hinfällig; er nützt nicht mehr viel und er schadet auch nicht viel. Deshalb wird die PDS diesem Gesetz zustimmen. Die Dinge, die Sie neu zu regeln beabsichtigen, sind in dem Bundesgesetz, wenn es nun in Kürze verkündet wird und in Kraft treten kann, mit enthalten.

[Frau Hämmerling (Grüne): Es gibt auch noch den Bundesrat!]

Es bleibt dabei: Lagerplätze bis 300 qm Fläche bleiben nach der Berliner Bauordnung genehmigungsfrei. Ausgenommen sind die Lagerplätze, auf denen Abfälle im Zusammenhang mit Abfallentsorgungsanlagen gelagert werden. Ein sicherlich "sehr erotisches" Thema nach der vorangegangenen Debatte. Wenn man diese Maßstäbe anlegte, würde dieser Senat keine Genehmigung mehr für die Abfälle erhalten, die hier produziert wurden.

§ 62 soll geändert werden. Das ist das Kernstück des Vorschlags der Grünen, bei den Lagerplätzen, wenn die Genehmigung erteilt wird, eine entsprechende Sicherheitsleistung abzuverlangen. Das ist gut und wichtig so. Nicht gut ist jedoch, dass sich die große Koalition nahezu ein Dreivierteljahr Zeit gelassen hat, um diese Dinge umzusetzen. Insofern ist es ein bisschen albern, Kollege Hoffmann, wenn Sie dies nun als "die Fortsetzung unserer klugen Politik" usw. bezeichnen. Hätten Sie die Dinge ein bisschen früher und beschleunigt im Plenum behandelt, wären wir jetzt schon einen Schritt weiter gewesen

[Hoffmann (CDU): Erst nachdenken, dann handeln!]

und hätten genau das machen können, was Frau Kollegin Hämmerling vorhin ansprach, nämlich schon vor Bundestag und Bundesrat in Berlin diese Dinge zu regeln.

[Beifall bei der PDS]

Eine Sicherheitsleistung ist notwendig, damit nicht die Berlinerinnen und Berliner für diese kriminellen Machenschaften aufkommen müssen, die einige an den Tag legen, so dass letztlich das Land Berlin auf diesen Kosten sitzen bleibt. Aber, Frau Kollegin Hämmerling, der große Wurf wird es nicht sein – weil Sie sagten, Ihnen wäre lieber gewesen, wir hätten Ihren Ursprungsantrag beschlossen. Wenn man den genau liest, bedeutet er nichts anderes als das, was letztlich im Ausschuss beschlossen wurde. Sie haben nur im letzten Satz geschrieben – von der Systematik her nicht ganz richtig, aber immerhin –: "Lagerplätze im

(D)

1546

(B)

Spindler

(A) Sinne dieses Absatzes sind unabhängig von ihrer Größe genehmigungsbedürftig." Nichts anderes ist jetzt beschlossen worden. Sie meinten wahrscheinlich, dass sämtliche Lager in Berlin der Genehmigung unterworfen werden sollen. Das halte ich für Unsinn, weil es einen Aufbau der Bürokratie bedeutete, und dies war von Ihnen nicht beabsichtigt, wenn man Ihren Antrag liest.

Wir stimmen diesem Antrag zu. Es ist aber klar – das war bisher die Problematik –, dass bei den sogenannten Zwölfmonatsanlagen, was das Baurecht angeht, die Bezirke zuständig waren. Wir haben klare Zuständigkeiten und klare Eingriffsbefugnisse; wir setzen mit der Sicherheitsleistung nun einen einen Punkt auf das I. Aber es ist auch klar, Herr Senator Strieder: Da nach der neuen Bundesrechtslage diese Anlagen immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftig sind, sind Sie nach der Berliner Rechtslage zuständig, was die Aufgabe einer Ordnungsbehörde angeht. Ich kann nur hoffen, dass Sie diese Möglichkeiten wahrnehmen. Nach dem Bundesrecht können Sie Sicherheitsleistungen verlangen. Ich gehe davon aus, dass Ihre kluge Senatsverwaltung – und Sie sind ja auch klug – davon Gebrauch machen wird, damit wir den kriminellen Machenschaften ein Ende setzen können. – Danke schön!

[Beifall bei der PDS]

Präsident Führer: Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Radebold das Wort. – Bitte sehr!

Radebold (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es sind nur noch Ergänzungen notwendig, die von meinen Vorrednern nicht vorgebracht wurden. Tatsache ist, dass Illegalität und Betrug Ursache einer Verschärfung des Gesetzes sind. Das ist zwar gegen unsere Philosophie; wir wollen eigentlich deregulieren und nicht noch mehr Bürokratie. Aber wenn Menschen die Gesetzeslücken so ausnutzen, dass sie zum Schaden der Umwelt, Berlins oder anderer privater Eigner damit Missbrauch (B) treiben, müssen wir handeln.

Frau Hämmerling, ich bestätige noch einmal, was mein Vorgänger gesagt hat. Der Bundestag hat beschlossen, und der Bundesrat hat beschlossen. Dennoch haben wir eine geringfügige Verschärfung dieser Gesetzesnovelle vorgenommen. Wir gehen bei der Sicherungsleistung nicht von dem Wörtchen "kann" wie die bundesrechtliche Regelung aus, sondern wir haben uns im Umweltschutzausschuss darauf geeinigt – das hat der Bauausschuss getragen –, dass wir mit dem Wort "soll" die Sicherungsleistung verbindlicher vorschreiben, als es im Bundesgesetz vorgesehen ist.

Ich kann mich kurz fassen; es ist ein Beispiel, wo alle Fraktionen dieses Hauses das Handeln für richtig ansehen. Ich bitte Sie wie meine Vorredner um Zustimmung zur Änderung der Bauordnung. – Danke!

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Präsident Führer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Einzelberatung und verbinde die Einzelabstimmungen mit der Schlussabstimmung. Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig – bei Enthaltung eines Mitglieds der Fraktion der PDS – die Annahme des Antrags zur Änderung der Bauordnung von Berlin mit Änderungen. Wer dem 9. Gesetz zur Änderung der Bauordnung für Berlin, Drucksache 14/534, unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1218 seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig beschlossen.

Wir sind dann bei der

Ifd. Nr. 2 A, Drucksache 14/1239:

II. Lesung der Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz zu dem Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im

Bereich des Rundfunks, Drucksache 14/1100, (gemäß Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten und Berlin-Brandenburg vom 30. Mai 2001

Diese Beschlussempfehlung ist dringlich. Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatung der zwei Paragraphen miteinander zu verbinden. Ich rufe auf die §§ 1 und 2, die Überschrift und die Einleitung im Wortlaut der Vorlage Drucksache 14/1100. Auf Beratung wird verzichtet. Der Medienausschuss empfiehlt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Enthaltung der Fraktion der Grünen die Annahme des Staatsvertrages. Ich verbinde die Einzelabstimmungen mit der Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz zu dem Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks, Drucksache 14/1100, seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist das Gesetz so angenommen.

Wir sind nun bei der

Ifd. Nr. 2 B, Drucksache 14/1240:

II. Lesung des Antrags der Fraktion der PDS über Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes, Drucksache 14/663, gemäß Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen vom 30. Mai 2001

Auch diese Beschlussempfehlung ist dringlich. Wird hier der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatung der drei Artikel miteinander zu verbinden. Ich rufe auf die Artikel I bis III, die Überschrift und die Einleitung im Wortlaut der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1240. Auf Beratung wird verzichtet. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Gesetzes in neuer Fassung. Ich verbinde die Einzelabstimmungen mit der Schlussabstimmung. Wer dem Siebten Gesetz zur Anderung des Landesgleichstellungsgesetzes in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1240 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das – bei etwas geringer Beteiligung – einstimmig so beschlossen.

Die lfd. Nrn. 3 bis 5 sind bereits durch die Konsensliste erledigt.

Wir sind bei der

Ifd. Nr. 5 A, Drucksache 14/1237:

I. Lesung des Antrags der Fraktion der PDS über Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10) (AG G10)

Die I. Lesung ist dringlich. Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Beratung wird nicht gewünscht. Es wird um Überweisung an den Ausschuss für Verfassungsschutz gebeten. Wer diesem Überweisungswunsch folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so überwiesen.

Senator Kurth steht wegen der im Bundestag stattfindenden Debatte zur Frage der Bankgesellschaft Berlin dort Rede und Antwort. Ich schlage Ihnen aus diesem Grunde vor, dass wir die Große Anfrage, Ifd. Nr. 7, vorziehen und die Ifd. Nr. 6 danach behandeln. – Widerspruch höre ich nicht. Dann können wir so verfahren.

Präsident Führer

(A) Wir kommen also nun zur

Ifd. Nr. 7:

a) Drucksache 14/1205:

Große Anfrage der Fraktion der PDS über Europäisch denken – lokal handeln? Bezirkliche Beschäftigungsbündnisse in Berlin

b) Drucksache 14/1206

Antrag der Fraktion der PDS über Nicht nur europäisch denken, auch lokal handeln!

Zur Begründung hat Frau Freundl von der Fraktion der PDS das Wort. Sie wird gerade geholt. Ich bitte Sie um einen Moment Geduld

[Kurze Unterbrechung]

Frau Freundl betritt den Saal. Damit können wir beginnen. – Sie haben das Wort zur Begründung der Großen Anfrage, Frau Freundl!

Frau Freundl (PDS): Danke schön! – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich springe gern für Herrn Kurth ein. Wir reden jetzt über das Thema der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse. Nur zu Ihrer Information: Wir haben dazu einen Antrag eingebracht, der noch einmal sehr präzise beschreibt, wie wir uns einen weiteren Umgang mit den bezirklichen Beschäftigungsbündnissen vorstellen. Wir haben heute zu dem Mittel einer Großen Anfrage gegriffen, weil es im Arbeitsausschuss nicht möglich war, dieses Thema einigermaßen adäquat zu behandeln. Ich erspare Ihnen dazu die Einzelheiten.

Meines Erachtens handelt es sich bei dem Berliner Umgang mit den bezirklichen Beschäftigungsbündnissen um einen Prozess, der zu beschreiben ist als ein Zugpferd der Berliner Entwicklung einer Möglichkeit der innovativen Arbeitsmarktpolitik zum "fünften Rad am Wagen". Ich erinnere noch einmal daran, dass es der europäische Kommissar für regionale Entwicklung war, der Berlin diese Modellregion Berlin-Brandenburg angeboten hat, auch in Anerkennung von innovativen arbeitsmarktpolitischen Leistungen, gerade in der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Verwaltung - nicht immer in der Umsetzung, aber immerhin im Andenken von innovativen Ansätzen. Dieses Angebot hat er Berlin und lediglich zwei weiteren Regionen in der Bundesrepublik gemacht. Dann gab es tatsächlich den territorialen Beschäftigungspakt Neukölln, und - manche werden es beobachtet haben - es gab viel Geld, viel Engagement, viel Beteiligung des Bezirksamts Neukölln, eine sehr gute Begleitung der Europäischen Union und auch positive Potentiale von persönlichen Netzwerken. Hermann Borghorst sei hier genannt, der einen großen Beitrag dazu geleistet hat, dass das Neuköllner Beschäftigungsbündnis Existenz angenommen hat.

[Beifall der Frau Abg. Thieme-Duske (SPD)]

Viele haben damals auf Neukölln geschaut, und viele Bezirke haben einerseits dieses Beispiel von Neukölln und andererseits die Förderbedingungen der Europäischen Union und die sich zuspitzenden sozialen und arbeitsmarktpolitischen Probleme ihres Stadtraums betrachtet und für sich beschlossen: Das ist ein sehr guter Ansatz. Das hat damals auch die Senatsverwaltung sehr energisch mit vertreten. Sie hat mit großen Erklärungen, die sich heute alle nachlesen lassen, ihre Unterstützung angeboten und gemeinsam mit den Bezirken einen Fünfpunkteplan initiiert. Wir schauen nun heute, was daraus geworden ist. Wenn es auch nur wenige sind, die zuhören, sage ich: Es ist lohnenswert, sich die Ansätze und die Formen der Umsetzung der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse anzuschauen.

Was ist hier passiert? – Hier haben sich Netzwerke gebildet, so wie von der Europäischen Union gefordert und wie es auch sinnvoll erscheint: aus unterschiedlichen Senatsverwaltungen, aus der Wirtschaft, bestehend aus vielen kleinen und mittelstän-

dischen Unternehmen, begleitet von der Wissenschaft und auch lokalen Akteuren, unter anderem sehr vielen Initiativen des so genannten zweiten Arbeitsmarktes. Sie haben sich zusammen an einen Tisch gesetzt und die Schlüsselbereiche beschrieben in einem schon ein knappes halbes Jahr vorliegenden, bereits abgeschlossenen Aktionsplan: Stärkung der unternehmerischen Potentiale von KMUs und Erhöhung von Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit; Beschäftigungsquote erhöhen; Europafähigkeit der Firmen und Verwaltungen erhöhen; die Möglichkeiten der Förderung des Humankapitals, also der qualifikatorischen Anforderungen an alle Beteiligten, zu erhöhen; Innovationsfähigkeit und Nachhaltigkeit zu fördern.

Frau Schöttler und Herr Branoner hätten sich eigentlich darum reißen müssen, diese Ansätze dort, wo sie tatsächlich umgesetzt worden sind, nach außen zu vertreten. Das ist aber erstaunlicherweiser nicht passiert. – Es ist schön, Herr Branoner, dass Sie kommen! – Es wäre tatsächlich möglich gewesen zu sagen: Da haben im Einzelfall, und nicht nur im Einzelfall, sondern – wie wir jetzt sehen – in einer ganzen Reihe von Bezirken und Stadträumen, die Bezirke etwas vermocht, was wir als Senat nicht geschafft haben.

Schauen Sie in die Berlinstudie; dabei kommen sowohl die Senatsverwaltungen für Wirtschaft als auch Arbeit gerade in ihrer Fähigkeit oder besser in ihrer Unfähigkeit, ressortübergreifend zu arbeiten, geschweige denn, Förderprogramme miteinander zu kombinieren, außerordentlich schlecht weg. Aber stehen wir nicht vor einer Situation, wo es tatsächlich darum geht, sich nicht neue Potentiale, die auch in mehr Geld bestehen, zu erschließen, sondern die vorhandenen Potentiale besser zu nutzen? Und da, ein Blick in die Berlin-Studie: viele Fördertatbestände, die parallel existieren, die nicht aufeinander abgestimmt werden, die auch notorisch wegen Finanzknappheit, nachdem sie in die Wege geleitet sind, wieder abgebrochen werden. Gutes Beispiel, es ist ja nicht so allgemein, was ich da sage: Es gibt kein einziges Projekt, wo die Fördermittel von ESF - aus dem Bereich der Senatsverwaltung - und EFRE gemeinsam gefördert werden aus den Bereichen Wirtschaft und Arbeit kein einziges, obwohl es sich seit 2000 um einen Sonderfördertatbestand der Europäischen Union handelt und es scheinbar ja auch nicht unmöglich ist, diese beiden Fördermöglichkeiten miteinander zu verbinden, weil die Verwaltung von Herrn Strieder es schafft. Sie kann es, sie hat es beschäftigungswirksam umgesetzt, und es ist auch von der Europäischen Gemeinschaft bewilligt worden. Also kommen wir noch einmal darauf zurück: Diese Bezirke, beispielsweise das regionale Beschäftigungsbündnis Marzahn-Hellersdorf, haben etwas geschafft, was der Senat nicht schafft und was auch in der Berlinstudie sehr uncharmant und deutlich beschrieben wird.

Oder denken wir an das Bündnis für Arbeit. Dieses ist, einmal abgesehen von vereinzelten Initiativen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, in Berlin nicht existent, weil es nämlich nicht gelungen ist, sehr unterschiedliche Interessen, wie sie übrigens in den Bezirken auch existieren, beispielsweise zwischen dem ersten und dem so genannten zweiten Arbeitsmarkt, zwischen Verwaltungen, sogar innerhalb der Verwaltung, sie haben es geschafft, die Leute nicht nur an einen Tisch zu bekommen in den bezirklichen Beschäftigungsbündnissen, sondern auch gemeinsam auf ein gemeinsames Ziel zu orientieren, nämlich wünschenswerte Entwicklungen für den Stadtraum nicht nur zu beschreiben, sondern auch fördertechnisch zu untersetzen. Sie haben all das geschafft. Genau das hat das Bündnis für Arbeit in Berlin nicht geschafft. Also von da her - nur, um die Ansätze zu benennen - wäre es doch logisch gewesen, dass also die Senatsverwaltungen sagen: Das gucken wir uns genauer an, das fördern wir, das finden wir klasse; da sind ja offensichtlich Methoden gefunden worden, nach dem Konsensprinzip zu organisieren, was wir nicht geschafft haben; da lohnt es sich, hinzuschauen; da lohnt es sich möglicherweise auch, sich etwas abzuschauen.

Da sind wir schon bei der Frage der gravierenden Umsetzungsschwierigkeiten, die mich in der Realität dann wirklich wütend machen. Und da sind es nur kleine Symbole, Frau Schöttler, wenn das Beschäftigungsbündnis Marzahn-Hellers-

(ر

(D)

1548

Frau Freundl

dorf, das am 31. Dezember 2000 seine Arbeit beendet hat mit einem abgeschlossenen Aktionsplan, der sich sehen lassen kann, wenn die dann zehn Wochen brauchen, ehe sie mitgeteilt bekommen: Es wird keinen Termin der Übergabe oder eines Gesprächs zu diesem Thema geben, weil vorher Faxe nicht angekommen und Briefe verloren gegangen sind, sie sollen das mal schicken. Was ist aber nach diesen zehn Wochen, nachdem sie nun endlich diesen Aktionsplan in Händen gehalten haben, passiert? - Nichts! Wir haben einen Staatssekretär, der - wie ich nachlesen konnte – sogar für die Steuerungsrunde Berlin-Brandenburg verantwortlich gemacht werden soll, der keinerlei Auskunft geben konnte im Arbeitsausschuss. Ich denke, da wird mir niemand von den anderen Vertreterinnen und Vertretern der Parteien widersprechen. Und wir haben nebulöse Aussagen darüber, was nun gefördert wird in dem Bereich, wo die Aktionspläne bereits vorliegen. Wir haben klare Aussagen im arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramm über die Zuweisung von Geldmitteln, über die Möglichkeit, auf Geldmittel zuzugreifen im arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramm. Nur leider, dieses Programm sollte im Sommer letzten Jahres verabschiedet werden, ist es aber immer noch nicht, was in der Konsequenz heißt: Die Beschäftigungsbündnisse, die wirklich Großes geleistet haben, die einen Konsensprozess organisiert haben, die genau wissen, was sie wie gemeinsam aus allen möglichen Fördertöpfen fördern wollen, die sind jetzt Nese, weil die Senatsverwaltung erklärt: Ist doch ein klasse bezirkliches Bündnis, was haben wir damit zu tun? Und außerdem, wenn das Bezirksangelegenheit ist, dann sollen die sich mal hinten anstellen. Und das ist eine Sache, die mich wirklich wütend macht: Statt genau den umgekehrten Weg zu gehen und zu sagen: Da ist etwas innovatives Neues entstanden, da kümmern wir uns auch darum, wie die jetzt tatsächlich bei der Umsetzung ihrer Möglichkeiten, ihrer Programme unterstützt werden können. Nein, da wird darauf verwiesen - das tun Sie auch in Ihrer Antwort -, dass ab Oktober vielleicht der erste Zugriff auf Mittel möglich wäre, und bis dahin kann ja ein Beschäftigungsbündnis mal zusehen, wie es klarkommt. Das ist, finde ich, die eigentlich Frechheit; das müsste Ihnen doch zumindest klar sein: Wenn man ein einmal mit unwahrscheinlich viel Aufwand, mit unwahrscheinlich viel Fähigkeit zum Kompromiss entstandenes Netzwerk - die Interessengegensätze haben sich nicht in nichts aufgelöst, sondern die gemeinsamen Interessen für den Stadtraum waren wichtiger -, wenn man die jetzt nicht unterstützt, wenn man die jetzt ein Dreivierteljahr warten lässt, dann ist das wirklich nicht mehr zu überbieten an Ignoranz gegenüber Leuten, die sich einen Kopf gemacht haben, die ganz viele Probleme zusammengedacht haben, und zwar nicht zum Jammern, sondern zu einer konkreten Vorstellung der Umsetzung. Beispiel, Herr Branoner, die Regionalmanager - es bleibt mir jetzt nicht mehr so viel Zeit, das zu erklären -, aber auch da wäre es ein super Aspekt gewesen, gemeinsam zu beweisen: Wir folgen den Bezirken in ihrer Aktivitätsfindung und unterstützen sie aus dem Rahmenplan zur GA und sagen, an der Stelle können wir uns eine Unterstützung über das Regionalmanagement vorstellen. Auch da kommt nichts zum

[Beifall bei der PDS]

Wenn Sie das jetzt in den Sand setzen, was andere produziert haben, was mit Hilfe der Europäischen Union erst in Gang gesetzt worden ist, dann hat der Senat auf diesem Gebiet wirklich fertig.

[Beifall bei der PDS]

Präsident Führer: Meine Damen und Herren! Bevor ich Frau Senatorin Schöttler zur Beantwortung der Großen Anfrage das Wort erteile, möchte ich noch einen Hinweis geben. Die Koalitionsfraktionen haben mir mitgeteilt, dass sie die Große Anfrage, die wir nun nach hinten gesetzt haben, vertagen wollen. Damit ist sie von der Tagesordnung, so dass also alle, die sich warm gelaufen haben, wieder abkühlen können.

Nachzutragen ist noch, dass der Antrag der Fraktion der PDS hier mitbehandelt wird. – Nunmehr hat Frau Senatorin Schöttler das Wort. – Bitte sehr!

Frau Schöttler, Senatorin für Arbeit, Soziales und Frauen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Gegenstand Ihrer Anfrage mündet meines Erachtens hauptsächlich in einer zentralen Fragestellung: In welcher Weise stellt sich der Berliner Senat den Anforderungen einer europäischen, das heißt einer EU-geförderten Beschäftigungspolitik? – Es liegt Ihnen zu dem umfangreichen Fragenkatalog eine schriftliche Antwort vor, und ich will hier die Zeit nutzen, um zu einigen wesentlichen Fragen Stellung zu nehmen. – Frau Freundl, ich beginne nicht mit den bezirklichen Beschäftigungsbündnissen, ich komme im Rahmen meiner Rede dazu.

Ich will zunächst beginnen mit dem konzeptionellen Rahmen einer europäischen Beschäftigungspolitik in Berlin. Das Konzept trägt den Untertitel "europäisch denken – lokal handeln", ein Bestandteil Ihrer Frage, und dieser Untertitel beschreibt unseren politischen Ansatz am besten. Das im Frühjahr 2000 bei der Europäischen Kommission eingereichte Konzept, Berlin und Brandenburg als Modellregion einer europäischen Beschäftigungsstrategie, haben wir gemeinsam mit dem Land Brandenburg erarbeitet, um die Länder Berlin und Brandenburg in ihren Besonderheiten in den Blickpunkt des nationalen und europäischen Interesses zu rücken, zwei Bundesländer an der Grenze zu Osteuropa. Die Grenznähe zu Polen als Beitrittskandidat zur Europäischen Union, zwei rechtlich unterschiedlich verfasste Bundesländer, der Gegensatz von Stadt und Land und die heterogen strukturierten Migrationspotentiale - diese Besonderheiten belegen die Notwendigkeit einer verstärkten EU-Förderung. Zugleich wollen wir mit diesem Konzept die Ernsthaftigkeit unseres Bemühens unterstreichen, eine an den Leitlinien der Beschäftigungspolitik orientierten Arbeitsmarktpolitik für Berlin zu realisieren.

Unser Ansatz soll in Berlin einen Beitrag dazu leisten, mittelfristig einen Prozess einzuleiten, der politik- und institutionsübergreifend in eine soziale, urbane Entwicklung mündet.

[Over (PDS): Hübsche Worte aneinander gereiht!]

Eine gute Beschäftigungspolitik ist eine gute Sozialpolitik. Der Berliner Senat orientiert sich damit an den Zielen der europäischen Politik, wie sie in den Leitlinien europäischer Beschäftigungspolitik festgelegt wurde: Entwicklung des Unternehmergeistes, Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und ihrer Beschäftigten

[Over (PDS): Richtig gelesen?]

sowie Verstärkung der Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Die Zielrichtung dieses Konzept habe ich, glaube ich, noch einmal deutlich gemacht. – Die Europäische Kommission hat übrigens in einem Schreiben der zuständigen Kommissarin vom 6. April 2001 sehr positiv auf unsere Pläne reagiert.

Ich möchte zu den Fragen der Förderpolitik und insbesondere zu den Fragen der Finanzierung und ihrer Administration kommen: Der Senat hat bereits im Vorfeld sowohl zu dem eben genannten Konzept als auch bei der Planung zu dem wichtigsten Förderstrang, nämlich der Förderperiode 2000 bis 2006 des Europäischen Sozialfonds, die lokalen Partner – das sind die Wirtschafts- und Sozialpartner, Frau Freundl – in die Prozesse einbezogen. Mittels verschiedener Veranstaltungen im Rahmen eines Bottom-up-Verfahrens wurden alle – ich betone ausdrücklich: alle – eingebunden,

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

die sich in irgendeiner Weise in diesem Land mit der Beschäftigungs- und Sozialpolitik befassen, und bei verschiedenen Veranstaltungen waren Sie auch Teilnehmerin.

[Over (PDS): Das war nicht ganz so!]

Der Berliner Senat hat bereits zuvor zur Vernetzung von beschäftigungspolitischen Aktivitäten Schritte unternommen. Ich erinnere an die Arbeitsgruppe "Urbane Integration", an die im Nachgang dazu einberufenen Innenstadtkonferenzen. Es gibt noch eine Reihe anderer positiver Ansätze, wie zum Beispiel das

;)

Frau Sen Schöttler

(A) Quartiersmanagement, die regionalen Ausbildungsverbünde, das Programm "Integration durch Arbeit" und die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse.

[Over (PDS): Es gibt viele schöne Sachen in Europa!]

Zu Letzteren will ich einige Ausführungen machen: Bei der Initiierung der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse sind wir von folgenden Überlegungen ausgegangen.

[Over (PDS): Die laufen doch jetzt zum größten Teil noch nicht!]

Erstens: Die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse stellen eine Möglichkeit dar, die lokalen Entwicklungsziele und Strategien in die gesamtstädtische Planung zur Umsetzung der EU-geförderten Beschäftigungsstrategie mit Hilfe bezirklicher Aktionspläne zu integrieren. Aus Erfahrungen der regionalisierten Arbeitsmarktpolitik in Flächenländern wissen wir, dass es einige Zeit braucht, bis die Akteure vor Ort rationell, professionell und unter Zurückstellung von Eigeninteressen zusammenarbeiten.

[Liebich (PDS): Da sind doch schon Pläne fertig!]

In einigen Bezirken sind schon Pläne fertig. – In Berlin kommt hinzu, dass in einer Zeit harter Haushaltskonsolidierung die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse teilweise auch als Bühne für Verteilungskämpfe um knappe Haushaltsmittel genutzt werden. – Ich sage ausdrücklich: Ich habe dafür Verständnis. – Damit die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse erfolgreich sein können, müssen einige grundlegende Voraussetzungen geschaffen werden, was in einigen Bezirken gelungen ist, in anderen Bezirken noch nicht. Die einzelnen Bündnisse in den Bezirken sollten sich gemeinsam mit der Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit auf die Steigerung der Effizienz der jeweiligen Maßnahmen konzentrieren. Dazu ist es notwendig, die vorhandenen Kenntnisse vor Ort einzubeziehen und bei der Abstimmung konkreter Einzelmaßnahmen positive Effekte zu nutzen.

Die einzelnen Vorhaben – das sage ich deutlich, und das haben auch die Servicegesellschaften deutlich in den Bezirken gesagt – müssen sowohl den europäischen Leitlinien als auch den landespolitischen Zielsetzungen entsprechen. Das ist deshalb wichtig, weil gerade Beschäftigungseffekte erreicht werden sollen. Deshalb hat es mich gewundert, dass in vielen Bezirken die Frage nach den jeweiligen zu erwartenden Beschäftigungseffekten der Vorhaben mit "wird nachgereicht" beantwortet wird.

[Liebich (PDS): Das ist wie im Senat!]

Zukünftig muss auf die Darstellung der beschäftigungspolitischen Effekte noch ein größeres Gewicht bei der Auswahl der Vorhaben gelegt werden.

Zweitens sind wir der Meinung, dass auf lokaler Ebene Möglichkeiten existieren, Bereiche zu erschließen, die zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen, damit vorhandene Möglichkeiten noch besser aufgedeckt und erschlossen werden können – ein gutes Beispiel dafür war Neukölln. Untersuchungen belegen, dass insbesondere in den kleinen und mittleren Unternehmen - darunter besonders in Unternehmen, die weniger als zehn Beschäftigte haben - das stärkste Beschäftigungswachstum zu verzeichnen ist. Die Rahmenbedingungen für diese Unternehmen zu verbessern ist nicht nur auf Bundes- und Landesebene erforderlich, sondern auch auf lokaler Ebene. Bedarfe der Unternehmen müssen entsprechend erkannt und angemessen berücksichtigt werden. Das kann am besten geschehen, wenn die Unternehmen selbst in lokale Partnerschaften eingebunden sind und sich aktiv daran beteiligen. - Auch dieses ist nur in ganz wenigen Bezirken gelungen. - Also müssen auch die übrigen -Ihr Beispiel Hellersdorf-Marzahn ist hervorragend - Beschäftigungsbündnisse anstreben - so schwierig es auch ist -, einzelne Partner einzubeziehen. Wir haben die einzelnen Bündnisse im August dem Rat der Bürgermeister vorgestellt, und sie bekommen inhaltliche und organisatorische Unterstützung durch meine Senatsverwaltung.

[Over (PDS): Das merkt man vor Ort!]

Insbesondere haben wir die Servicegesellschafften beauftragt – das war Bestandteil des Konzepts –, den Aufbau der Bündnisse zu begleiten.

[Over (PDS): Was tun Sie, wenn sie das nicht machen?]

Die Servicegesellschaften wurden darüber hinaus gebeten, die lokalen Akteure zu qualifizieren und sie mit den existierenden Förderprogrammen auf EU-, Bundes- und Landesebene besser bekannt zu machen. Ich habe nicht gehört, dass in Hellersdorf-Marzahn die Begleitung durch die Servicegesellschaft nicht gelaufen ist.

[Over (PDS): Nein, nein, nein!]

Somit sollen die Bündnisse auch in die Lage versetzt werden, unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten für die Vorhaben der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse zu nutzen. Die Bestimmung der Prioritäten und die konkrete Umsetzung der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse erfolgt durch die bezirklichen Akteure selbst. Auch dies war Bestandteil des Konzepts.

Nach den bisherigen Erfahrungen bei der Entwicklung der Bündnisse gibt es bei der praktischen Umsetzung Gemeinsamkeiten: Der basisbezogene Ansatz, bei dem die Initiative von der bezirklichen Ebene ausgeht, die breite Partnerschaft, die alle Akteure vor Ort einbezieht und ein Plan für abgestimmte und koordinierte Aktionen. Die praktische Umsetzung in den Bezirken erfolgt unterschiedlich intensiv nach bestimmten Arbeitsschritten. Wir können gegenwärtig sagen, dass die Strategie der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse in den Bezirken unterschiedlich aufgenommen wurde, aber von allen aufgegriffen worden ist

In der Regel werden diese Bündnisse von den Bezirksbürgermeistern oder von einem Bezirksstadtrat geleitet. Der Rat der Bürgermeister hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich noch einmal im Besonderen mit den bezirklichen Beschäftigungsbündnissen beschäftigt. In den vergangenen Monaten haben die lokalen Akteure mit großem Engagement - das möchte ich ausdrücklich hervorheben - an den Bestimmungen von Handlungsfeldern für die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse, an der Auswahl von Vorhaben mit beschäftigungspolitischer Bedeutung und an Aktionsplänen gearbeitet. Zur Finanzierung der Vorhaben der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse - ich bitte, auch dieses noch einmal zur Kenntnis zu nehmen - können neben dem Einsatz von Eigen- und Drittmitteln - alle Förderprogramme der EU, des Bundes und des Landes genutzt werden. -Darauf haben wir immer wieder hingewiesen, und das war auch Bestandteil des Konzepts. Es stehen keine zusätzlichen Mittel zur Finanzierung der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse zur

[Frau Freundl (PDS): Das hat nie jemand bestritten!]

Wir wollen, dass sich der konkrete Nutzen an den bezirklichen Zielen orientiert, den Einsatz der unterschiedlichen Instrumente aus Synergieeffekten und aus effizienterem Einsatz der Mittel, und dass damit die Finanzierung weiterer Aktionen möglich wird. Ich kann Ihnen aber sagen, Frau Freundl, dass aus Mitteln der Arbeitsmarktpolitik und der Bundesanstalt für Arbeit in Marzahn-Hellersdorf bereits Projekte laufen und dass ich mich persönlich in enger Abstimmung mit dem zuständigen Wirtschaftsstadtrat befinde, der dieses federführend gemeinsam mit dem Bürgermeister betreibt, um andere Projekte zum Laufen zu bringen. Es ist also durchaus so, dass wir diese Projekte unterstützen. Aber es ist trotzdem so, dass die Projektträger die Anträge zur Finanzierung an die Stellen richten müssen, die für die Mittelvergabe zuständig sind, und dass dieser erhöhte Koordinationsaufwand dazu von den bezirklichen Beschäftigungsbündnissen geleistet werden muss. Ich habe allerdings auch schon mit den Servicegesellschaften gesprochen, dass gerade in diesem Bereich ihre Beratungsleistungen noch erheblich zu verbessern sind.

> [Beifall bei der SPD -Over (PDS): Das will ich wohl meinen!]

Es ist allerdings zu verzeichnen, dass sich in der letzten Zeit bei den Finanzierungsmöglichkeiten – auch das habe ich Ihrem

(D)

(B)

Frau Sen Schöttler

(A) Redebeitrag entnommen – für die einzelnen Projekte falsche Erwartungen eingeschlichen haben.

[Liebich (PDS): Ihre Verwaltung war doch die ganze Zeit dabei!]

Wir haben deshalb auch noch einmal und dies schon vorweggenommen in Abstimmung zwischen der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie und meiner Verwaltung die Beratung von Vorhaben für bezirkliche Beschäftigungsbündnisse insbesondere hinsichtlich der Prüf- und Förderfähigkeit insbesondere bei den EFRE- und GA-Mitteln in einem früheren Stadium intensiviert, damit diese falsche Erwartungen der Akquirierung von EFRE- und GA-Mitteln nicht entstehen. Aber trotz aller Anlaufschwierigkeiten, die nach allen Erfahrungen beim Aufbau neuer Kooperationsstrukturen offenbar kaum zu vermeiden sind, läuft eine Reihe von Vorhaben der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse bereits, und eine Reihe von Vorhaben steht in der Planung und wird demnächst in Angriff genommen.

Um nun wieder auf den Ausgangspunkt meiner Ausführungen zurückzukommen, können wir festhalten, dass die lokale Komponente zu einem wichtigen Bestandteil gesamtstädtischer Beschäftigungspolitik geworden ist und dass damit der Berliner Senat wichtige Impulse, die von der Europäischen Kommission ausgingen, aufgenommen hat.

[Beifall bei der SPD]

Präsident Führer: In der Besprechung hat nunmehr der Abgeordnete Liebich das Wort. – Bitte sehr, Herr Liebich!

Liebich (PDS): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Schöttler, Sie haben unsere Frage gehörig missverstanden. Was da über europäisches Denken und lokales Handeln im Untertitel stand, war einzig und allein der Bezug zum bezirklichen Beschäftigungsbündnis.

(B) [Frau Sen Schöttler: Das war nicht so formuliert!]

- Doch, das war so formuliert! - Wir hatten nicht vor, noch einmal zu erfragen, wie Sie im Allgemeinen über europäische Beschäftigungspolitik denken. Das ist zwar sehr interessant, aber das lokale Handeln ist doch das Interessantere, und daran hat es in der letzten Zeit erheblich gefehlt.

[Beifall des Abg. Over (PDS)]

Sie haben sich in Ihrer Antwort um die entscheidenden Fragen – natürlich geht es um Finanzen und Verteilungskämpfe – wunderbar herumgemogelt. Man müsste es tatsächlich eigentlich nicht im Plenum diskutieren, wenn Ihr Staatssekretär in der Ausschussberatung aussagefähig gewesen wäre. Aber weil es keine vernünftigen Antworten gab, hat der Ausschussvorsitzende die Beratung zu diesem Punkt abgebrochen. Ich hatte gehofft, dass wir heute die eine oder andere Antwort bekommen. Das ist bisher immer noch nicht der Fall.

Ich will ein Stück zurück gehen. Wenn wir uns anschauen, was Berlin und Brandenburg an Mitteln bekommen, dann haben wir auf der einen Seite die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe -520 Millionen DM. Dann haben wir die Mittel aus dem Fonds der EU - und zwar EFRE und ESF - noch einmal 500 Millionen DM allein für Berlin. Dann haben wir die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit - 1 Milliarde DM. Und dann gibt es noch zusätzliche Landesmittel für Arbeitspolitik und Wirtschaftsförderung. Wenn man diese ungefähr 2,5 Milliarden DM bei der Verwaltung und von außen einem Ziel unterordnet, nämlich dem Ziel, die Anzahl der 512 000 Arbeitslosen in Berlin und Brandenburg zu reduzieren, dann sollte man sich einmal ganz neue Gedanken machen, wie das praktisch passieren soll. Die EU hat dazu Anregungen gegeben, nämlich das Ganze stärker vor Ort zu tun. In einigen Bezirken - die Bezirke bedauern, vor allem die Menschen vor Ort bedauern, dass sie sich darauf eingelassen haben - ist versucht worden, diese Anregung aufzugreifen, auch weil sie von der Senatsverwaltung dazu aufgefordert wurden. Sie haben Projekte erarbeitet, sie haben mit der IBB, mit den Senatsverwaltungen zusammengesessen, und Sie können jetzt nicht sagen, dass die Bezirke falsche Vorstellungen gehabt hätten. Das kann ja nur deshalb gewesen sein, weil sie von den anwesenden Senatsvertretern falsche Informationen erhalten haben. Wenn das nicht so sein sollte, dann stellt sich am Ende messerscharf die Frage, über welches Geld sie denn verfügen können. Da geht es mir nicht um die Forderung nach zusätzlichem Geld, sondern es steht die Frage, was von dem Geld - von der EU, vom Arbeitsamt, vom Land - vorhanden ist und worüber davon von den Bezirken entschieden wird. Das ist praktisch nicht geschehen. Die Bezirke müssen genauso wie jeder andere Projektträger schon vorher irgendwo Anträge stellen. Bloß dann brauchen Sie die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse nicht. Dann hätten Sie sich vorher überlegen sollen, dass Sie eine solche Initiative nicht starten. Hier läuft praktisch das gleiche planlose und ressortegoistische Vorgehen zwischen Senatsverwaltungen und zwischen Senatsverwaltungen und Bezirken wie in der Vergangenheit ab. Das ist wirklich kritikwürdig!

> [Beifall bei der PDS – Beifall der Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne)]

Wir reden im Parlament gerne darüber, dass wir in Köpfe und nicht in Beton investieren wollen. Das ist eine sehr beliebte Floskel, die in keiner Rede fehlen darf. Es gibt zum Beispiel von Seiten der Gemeinschaftsaufgabe tatsächlich die Möglichkeit, Schulungs- und Beratungsaktivitäten sowie Forschung und Entwicklung bei kleinen und mittelständischen Unternehmen zu fördern. Diese Möglichkeit ist neu, aber sie gibt es. Man kann also ganz handfest in Köpfe investieren. Wie ist es zu erklären, dass in Berlin von dieser Möglichkeit nur im Rahmen von 5,5 Millionen DM Gebrauch gemacht wird und im Land Brandenburg in Höhe von 63 Millionen DM? Wenn man das ernst meint, was man da immer sagt, dann hätte man - dafür hätten sich die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse angeboten, denn vor Ort gibt es viele Beratungsträger – genau das zu einem Schwerpunkt machen können. Das hat hier nicht stattgefunden, und insofern bleibt das Gerede vom Beton und den Köpfen eine leere Floskel.

Dann gibt es die Frage der Verwendung der Mittel, die bisher in die private Wirtschaft fließen. Es wird immer wieder gesagt, dass das ganz wichtiges Geld sei, weil sonst die Unternehmer die Stadt verließen. Aber die Autoren der Berlinstudie verweisen nicht zu Unrecht darauf, dass es viele Notwendigkeiten gibt, auch in Infrastruktur zu investieren, und dass man deshalb den anderen Teil absenken muss. Dazu weigert sich der Senat bisher.

[Sen Branoner: Ach!]

– Herr Branoner, Sie sagen: "Ach!" Wir haben das schon häufig diskutiert, aber es führt zu nichts. – Ich möchte hier die Frage aufwerfen, ob das eigentlich ein normaler Zustand ist, dass der größte Teil der Mittel, die wir von der Gemeinschaftsaufgabe bekommen, über Wege verteilt wird, an denen kein parlamentarisches Gremium und kein Abgeordneter beteiligt ist. Alles Geld, das an die privaten Unternehmen fließt, fließt vorbei am Hauptausschuss, vorbei an allen Ausschüssen, die wir haben, und es ist doch der größere Teil, den wir von außen bekommen. Das sind Mittel, die zur Verfügung stehen könnten, wenn wir sie innovativ einsetzen wollten. Dafür hätte sich bei den bezirklichen Beschäftigungsbündnissen zum Beispiel eine Möglichkeit geboten. Die ist nicht genutzt worden.

Dass Sie jetzt beim Bezirk Marzahn-Hellersdorf mehrfach hervorheben, dass er schon ganz schön weit ist, das nützt diesem Bezirk überhaupt nichts. Die haben sich einfach an die Termine gehalten. Da haben die Leute zusammengesessen und haben es als Erste geschafft, einen vernünftigen Aktionsplan vorzulegen.

[Frau Sen Schöttler: Leider nicht!]

Wenn man ihnen jetzt sagt: Na ja, möglicherweise im Oktober könnte da Geld eingeplant werden, aber im Übrigen könnt ihr euch ja bis dahin für die Sachen bewerben, für die ihr euch ohnehin bewerben könnt. –, dann, finde ich, ist das eine Demotivation der Leute vor Ort, und man muss sich nicht wundern, wenn bei den nächsten Initiativen, die von der Senatsverwaltung gestartet werden, die Begeisterung dafür sich sehr in Grenzen halten wird.

Liebich

(A) Das bezirkliche Beschäftigungsbündnis hat zum Beispiel die Anfrage gestellt, wie es mit dem Zugriff auf EFRE-Gelder sei, weil das ja auch explizit benannt wird. Frau Freundl hatte darauf hingewiesen, dass es mit der Kooperation zwischen Ihren beiden Verwaltungen hinsichtlich ESF und EFRE nicht zum Besten steht. Herr Branoner, ist den Bezirken von Ihrer Verwaltung gesagt worden, es gebe keine EFRE-Mittel mehr, sie seien alle verplant?

[Sen Branoner: Quatsch!]

– Dann müssen Sie das den Leuten vor Ort anders sagen. Wenn sie auf Anfrage diese Information bekommen, dann ist es doch klar, dass sie sich nicht mehr darum bewerben. Ich glaube, das ist ein Sachverhalt, der nicht ganz vorsichtig als kritikwürdig und möglicherweise nicht ganz richtig bezeichnet werden darf, sondern das war ein klassischer Fehlschlag.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Sie haben bis heute diesen Fehlschlag nicht ausräumen können und haben sich in wolkigen Bemerkungen über die europäische Politik im Allgemeinen verloren. Ich glaube, dass das kein richtiger Schritt ist.

Deshalb möchte ich noch ein Wort an die SPD richten. Die SPD hat gerade in der Debatte vorhin relativ deutlich – und das auch zu Recht – gefordert, dass die CDU beweisen muss, dass sie mit neuen Kräften in der Lage ist, sich vom alten Westberlin zu verabschieden. Das ist richtig. Das gilt aber auch für die SPD.

[Beifall bei der PDS]

Sie stellen mit Frau Schöttler eine Senatorin in einem Ressort mit ausgesprochen hoher Verantwortung. Ich finde, das Beispiel "bezirkliche Beschäftigungsbündnisse" beweist, dass Sie selbst noch nicht in der Lage sind, im Rahmen der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten – von mehr rede ich gar nicht – neue Wege zu gehen und auch die neuen Netzwerke zu fördern und nicht die alten Seilschaften, die es auch im Bereich Arbeitsmarktpolitik gibt. Deshalb kann ich Sie nur auffordern, nicht die Ressortegoismen, sondern die gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in der Region zu fördern. Daran werden wir Sie messen – nicht an Ihren starken Worten.

[Beifall bei der PDS]

Präsident Führer: Für die Fraktion der CDU hat nun Frau Mommert das Wort. – Bitte sehr!

Frau Mommert (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Berlin – Hauptstadt und internationale Drehscheibe der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik – hat nicht nur für die Bundesrepublik und die Region Berlin-Brandenburg eine große Bedeutung, sondern auch für das zusammenwachsende Europa. Beide Bundesländer – Berlin und Brandenburg – liegen an der Grenze zu Osteuropa; beide weisen besondere Bedingungen auf, die die Senatorin gerade erläutert hat. Das ist eine gute Voraussetzung, um modellhaft neue Möglichkeiten der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu erproben.

Wir begrüßen es deshalb, dass das Land Berlin in Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg programmatische Ziele der Europäischen Union mit arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen der Region in der Initiative "Berlin-Brandenburg – Modellregion der europäischen Beschäftigungspolitik" vernetzen will. Die Vorbereitungen für die Modellregion sollen abgeschlossen sein. Absprachen wurden getroffen, Absichten bekräftigt und eine gemeinsame Steuerungsgruppe inthronisiert. Besonders wichtig ist, dass die Initiative bereits in die Programmdokumente des europäischen Sozialfonds für den Förderzeitraum 2000 bis 2006 aufgenommen wurde.

Nun wollen wir aber mehr und Konkretes über die Modellregion Berlin-Brandenburg erfahren. Gibt es eine Potentialanalyse? Welche Ressourcen schlummern in der Modellregion? Fanden und finden Abstimmungsgespräche auf Landesebene über die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik statt? Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Bezirken und Kommunen und anderen Bereichen der anderen Länder?

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Fragen über Fragen!]

Viele Fragen, auf deren Beantwortung wir warten. Aber leider, Frau Schöttler, haben wir heute von Ihnen dazu nichts Konkretes gehört.

Das europäische Denken scheint leichter zu sein als das lokale Handeln. Wir müssen uns als Abgeordnete aber auch an die eigene Nase fassen. Wir haben zwar ein eigenes Landesarbeitsamt und Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände auf Berlin-Brandenburger Ebene, aber die Arbeitsmarktpolitiker der zwei Länder haben wenig Kontakt miteinander. In den letzten Jahren kam nicht einmal eine gemeinsame Ausschusssitzung zu Stande. Wir sind zwar nach Dänemark gefahren, um aus den dortigen Erfahrungen zu lernen, aber der Weg nach Potsdam oder nach Berlin ist von beiden Seiten noch nicht gefunden worden. Hier besteht absoluter Handlungsbedarf, wenn die gute Idee der Modellregion Berlin-Brandenburg mit Leben erfüllt werden soll.

Bei den bezirklichen Beschäftigungsbündnissen liegen wesentlich konkretere Ergebnisse vor. Der Ansatz ist aus unserer Sicht richtig: Bezirkliche Akteure aus allen Bereichen werden an der Konzipierung und Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik vor Ort beteiligt, um zusätzliche Ressourcen zu erschließen sowie auf die örtlichen Möglichkeiten und Bedürfnisse abzustimmen. Die Schwerpunktsetzung der Arbeitsmarktpolitik muss aber nach unserer Ansicht weiterhin auf Landesebene geschehen, denn nur eine gesamtstädtisch angelegte Strategie kann die zur Verfügung stehenden Förderinstrumente und finanziellen Mittel richtig einsetzen, tragfähige Konzepte entwickeln und Nachhaltigkeit in der Arbeitsmarktpolitik erreichen.

Die CDU-Fraktion hat sich seit Beginn der Arbeit aktiv in die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse eingebracht. So haben wir mit Bezirksstadträten und -rätinnen und den Arbeitsämtern über die Verfahren und Ergebnisse gesprochen, und einige Abgeordnete von uns arbeiten auch aktiv an den Bündnissen mit. Für uns sind solche Projekte am sinnvollsten, in denen auf der Basis der wirtschaftlichen, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Analyse zusammen mit der regionalen Wirtschaft und dem Arbeitsamt Anstöße gegeben werden, um die Bestandspflege und Neuansiedlung von Betrieben zu fördern, den Qualifizierungsbedarf auf die regionale Wirtschaft abzustimmen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen, die keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, zu schaffen.

Stellvertretend möchte ich ein Beispiel aus meinem Heimatbezirk Spandau anführen,

[Beifall des Abg. Trapp (CDU)]

das die genannten Schwerpunkte berücksichtigt: Spandau hat eine schöne Altstadt, die kulturhistorisch wertvolle Zitadelle, viel Grün und viel Wasser. Um diese Perle des Havellands besser zu einem touristischen Anziehungspunkt zu machen, der zusätzliche Arbeitsplätze schafft, ist ein Konzept des bezirklichen Beschäftigungsbündnisses Spandau entwickelt worden, bei dem Standortmarketing, Bestandspflege und Ansiedlung von Firmen und damit die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen zusammentreffen. Das geht in die richtige Richtung. – Vielleicht interessiert das auch diejenigen, die sich gerade so angeregt unterhalten. Ich bitte Sie um etwas Ruhe!

Wir wissen, dass es in vielen Bezirken Aktionspläne und gute Projekte gibt. Wir wissen aber auch, dass es Träger gibt, die wegen der schwierigen Finanzsituation ihre Überlebenschance jetzt in den bezirklichen Beschäftigungsbündnissen sehen und ihre bisher durchgeführten Projekte nun dort anbieten. Wir appellieren an die Akteure, sich ihrer Verantwortung für die Weiterentwicklung ihres Bezirks bewusst zu sein und nicht als Versorgungsinstitution für notleidende Träger aufzutreten. Es muss in erster Linie darum gehen, die örtliche Wirtschaft stärker einzubinden, lokale Ressourcen abzudecken und gemeinsam neue Potentiale zu entwickeln. Ansonsten sind die Maßnahmen auf Dauer gesehen volkswirtschaftlich ineffektiv.

Frau Mommert

Zum Problem der Finanzierung: Des Öfteren haben wir dazu im Arbeitsausschuss klare Aussagen eingefordert, denn wir sind der Meinung, dass die Beschäftigungsbündnisse mit ihren Aktivitäten klare Antworten der Senatsverwaltung erwarten dürfen. In der Antwort auf die Kleine Anfrage Nummer 14/1297 vom 16. Dezember 2000 wurde gesagt:

Zur Finanzierung der Aktionen der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse sollen Mittel des Landes, des Bundes und der EU sowie private Mittel genutzt werden. Mittel der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen stehen im Rahmen der Förderinstrumente des ARP – einschließlich ESF – auf der Grundlage von indikativen Zielgrößen zur Umsetzung der Aktionspläne zur Verfügung. Das Finanzvolumen wird nach Beschluss des Senats über die Fortschreibung des ARP konkret benannt werden. In dieser Größe können die Bezirke Projekte definieren und auf der Grundlage der förderrechtlichen Voraussetzungen finanzieren.

Wir hatten bei unseren letzten Diskussionen im Arbeitsausschuss den Eindruck, dass von dieser bereits wenig konkreten Aussage abgewichen werden soll. Was sind denn die indikativen Zielgrößen? Wie werden sie berechnet? Im Entwurf des ARP vom Mai 2001 findet sich nach dem Lob des Konzepts nur der lapidare Satz: Die Einzelheiten des Verfahrens werden gesondert geregelt. – Nun haben die heutigen Ausführungen der Senatorin leider auch keine Klarheit gebracht. Das finde ich sehr bedauerlich, denn so kann man mit den vielen engagierten Akteuren in den Bezirken nicht umgehen.

[Beifall bei der CDU]

Ich fasse zusammen: 1. Es ist höchste Zeit, die Initiative Modellregion Berlin-Brandenburg durch konkrete Projekte mit Leben zu erfüllen, um unserer Region einen innovativen Schub zu geben. 2. Die vorliegenden Ergebnisse der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse müssen ausgewertet und dabei auch die Beratung durch die Servicegesellschaften einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. 3. Die Beschäftigungsbündnisse brauchen Planungssicherheit, wozu es klarer Aussagen und Festlegungen zur Finanzierung und Umsetzung der Projekte bedarf. – Diese Arbeit muss jetzt gemacht werden, um auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik einen Sprung nach vorne zu tun. Das Land Berlin und die Region Berlin-Brandenburg haben es bitter nötig.

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Frau Mommert!
– Für die Fraktion der Grünen hat Frau Dr. Klotz das Wort!

Frau Dr. Klotz (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Schöttler, nach dem, was Sie hier erzählt haben, kann ich uns einen Blick in die Geschichte doch nicht ersparen.

Wir erinnern uns: Im Jahr 1998 haben u. a. wir beide im Wissenschaftszentrum Berlin auf einem Podium gesessen, und auf dem Podium saß auch der Generaldirektor der Europäischen Kommission Larsson. Dieser Generaldirektor machte ein unglaubliches Angebot, nämlich das Angebot, Berlin-Brandenburg zu einer Modellregion der europäischen Beschäftigungspolitik zu machen.

Wie reagierten Sie darauf, Frau Schöttler? – Sie sagten: Da warten wir erst einmal ab, dass die Fusion zwischen Berlin und Brandenburg passiert, was bei allen, die da im Raum saßen, ein großes Stirnrunzeln hervorgerufen hat. Das hat niemand verstanden, weil völlig klar ist, dass in dieser europäischen Modellregion eine Chance steckt, nicht unbedingt die zusätzlichen Geldes, aber der Möglichkeit, verschiedene Fördertöpfe, Gemeinschaftsinitiativen etc. miteinander zu verkoppeln, Rahmenbedingungen zu bekommen, die andere Länder so nicht haben. Wir haben das da nicht verstanden, der Kollege von der IG Metall nicht, ich nicht und auch Herr Larsson nicht. Mit dem habe ich damals noch gesprochen. Sie waren von Anfang an nicht für die Modellregion, Frau Schöttler. Das muss aus Gründen der Wahrhaftigkeit hier einmal gesagt werden.

Wie ging es weiter? Es ging so weiter, dass dann das Land Berlin – da hatten Sie dann offensichtlich noch mit anderen geredet – ja sagte, wir wollen Modellregion werden, und es muss ein Antrag gestellt werden. Dieser Antrag wurde dann gemeinsam mit Brandenburg verfasst, was lange genug dauerte. Die Wahlen kamen, der Antrag war fertig, ist aber leider vorher nicht mehr verschickt worden. Danach war Regine Hildebrandt nicht mehr Arbeitsministerin in Brandenburg, und die Angelegenheit blieb liegen.

Ich habe immer wieder in Brüssel nachgefragt, ob der Antrag aus Berlin da sei. Über Jahre und Jahre ging das so, und ich kann mich gut erinnern, dass mir von den Kollegen dort gesagt wurde: Ja, Berlin habe jetzt auch nachgefragt, und überall würde man nach dem Antrag suchen, aber ein solcher sei überhaupt nicht bekannt. Insofern es jetzt hier als einen Erfolg zu verkaufen, dass drei Jahre später eine Steuerungsgruppe existiert und der Antrag jetzt in Brüssel angekommen ist, finde ich schon ein starkes Stück, Frau Schöttler.

[Beifall bei den Grünen – Wieland (Grüne): Ganz starker Auftritt!]

Der zweite Punkt: Im Jahr 1999 wurde dann die Strategie der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse betrieben, die von uns von Anfang an unterstützt wurde, weil wir es sinnvoll finden und denken, dass die Leute vor Ort in den Bezirken und Quartieren am allerbesten wissen, wo ihre Bedarfe liegen. Als im selben Jahr der Rat der Bürgermeister sich zusammensetzte und auch diese bezirklichen Beschäftigungsbündnisse präferierte und sagte, dass sie da mitmachten, da man ja auch auf sehr gute Erfahrungen aus Neukölln zurückgreifen konnte, dachten wir, dass es nun losginge.

Wenn man sich das jetzt anguckt, muss man feststellen, dass die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse die in sie gesetzten Erwartungen bisher nicht erfüllt haben, dass dies aber wirklich nicht an den bezirklichen Akteuren vor Ort liegt, von denen wurden die Hausaufgaben gemacht, sondern dies liegt ganz klar an der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, die von Anfang an Schwierigkeiten hatte, diesen Prozess der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse zu koordinieren bzw. sich dieser Aufgabe von Anfang an gar nicht richtig gestellt hat.

Wie ist das gelaufen? – Sie haben, anstatt sich mit den Akteuren zusammenzusetzen, diese Idee von oben verkündet und haben gesagt, wir machen das jetzt. Dann haben die Bezirke die Aktionspläne entwickelt, haben die Koordinierungsrunden eingerichtet, und jetzt ist eine Situation da, wo ganz viele loslegen könnten, Sie aber von dieser Idee nichts mehr wissen wollen.

Da will ich noch einmal einen Satz zum Geld sagen: Es ist einfach nicht wahr, dass Sie von Anfang an gesagt haben, dass dafür keine Mittel zur Verfügung stehen. Wir haben immer gesagt, bezirkliche Beschäftigungsbündnisse dienen nicht in allererster Linie dazu, zusätzliches Geld hereinzuholen - das ist richtia -, sondern es ist ein neues Instrument, eine neue Form. wo die, die sonst nicht an einem Tisch sitzen, die Unternehmer, die freien Träger und Projekte, der zweite Arbeitsmarkt, der Wirtschaftsstadtrat, das Arbeitsamt, sich zusammensetzen und sagen, was sie für den Bezirk wollen. Aber uns war auch immer klar, dass ganz ohne Geld gar nichts läuft. Deswegen sollte es für bezirkliche Projekte Anschubfinanzierungen geben. Es war in Papieren der Senatsverwaltung die Rede von einer Größenordnung bis zu 60 Millionen DM. Das kann ich Ihnen zeigen, das habe ich mir nicht ausgedacht, sondern das ist so geplant gewesen. Wenn man heute sagt, es sollte nie auch nur eine Mark zusätzlich geben, seht doch zu, wie ihr euch vom Arbeitsamt, von der Wirtschaftsverwaltung oder sonstwoher das Geld zusammenstoppelt, ist das einfach Flucht aus der Verantwortung für einen Prozess, den Sie losgetreten haben, und das ist eindeutig an dieser Stelle zu kritisieren.

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen und der PDS]

Stattdessen passiert folgendes: Es gibt ein unendliches Hinundher. Die Bezirke, die wirklich gut waren und die sich Aktionspläne gegeben haben, warten seit Monaten darauf, dass die :)

D)

(A) versprochene Anschubfinanzierung kommt. Die Leute, die sich engagiert haben – und Sie wissen ja, wir haben hier auch welche im Haus, die in einigen bezirklichen Beschäftigungsbündnissen sitzen –, sind mittlerweile absolut demotiviert. Ich gebe Frau Freundl Recht: Die werden das nicht noch einmal machen. Die werden einfach bei der nächsten Idee, die aus Ihrer Verwaltung kommt, aus den Erfahrungen lernen und sagen: An einer Idee, die Frau Schöttler hier produziert, beteiligen wir uns diesmal nicht. So wird es kommen. Das kann ich Ihnen schon jetzt prognostizieren.

Ich finde es ein bisschen unangenehm, wie Sie die Kritik allein auf die Servicegesellschaften abschieben. Da hat es sicherlich den einen oder anderen Fall gegeben, wo Servicegesellschaften das, was sie als Beratungsleistungen hätten erbringen sollen, nicht erbracht haben und wo Kritik berechtigt ist. Aber wenn Sie bis heute nicht einmal in der Lage sind, die Verträge der Menschen, die in den Servicegesellschaften für die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse zuständig sind, zu verlängern, und diese Leute denken und es ihnen auch gesagt wird, dass ihre Verträge bis zum Jahresende auslaufen, welches Engagement, welche Motivation erwarten Sie dann eigentlich. Für jemanden, der für eine Senatsverwaltung zuständig ist, zu moderieren, zu lenken, zu steuern, und genau diese Funktionen nicht wahrgenommen hat, finde ich es wirklich verantwortungslos zu sagen, es sind jene, mit den zeitlichen Verträgen in den Servicegesellschaften, die schuld sind.

Deswegen, Frau Schöttler, ganz klar: Wir brauchen zum ersten die Zusicherung von Ihnen, dass Sie Bezirke mit ihren Aktionsplänen nicht allein lassen und dass der Prozess, den Sie eingefordert haben, den Sie wollten, dass Sie den jetzt auch begleiten und dass Sie ihn zum Teil auch finanzieren, so wie Sie das versprochen haben.

[Beifall bei den Grünen]

Stellen Sie die zugesagte Finanzierung zur Verfügung.

Zweitens: Sichern Sie für die Menschen, die in den Servicegesellschaften für die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse zuständig sind, die Verträge ab, verlängern Sie die Verträge, damit sie endlich wissen, woran sie mit Ihnen sind. Ich zitiere aus der Senatsverwaltung eine aktuelle Auskunft zu diesem Thema:

Nach Auslaufen der Verträge zur Unterstützung der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse können die Servicegesellschaften eingereichte Einzelprojekte hinsichtlich eines begrenzten Spektrums von Förderinstrumenten beraten.

Das weist darauf hin, dass Sie nicht beabsichtigen, ihre Verträge zu verlängern. Wir sagen: Tun Sie das! Beschäftigungsbündnisse sind nicht etwas, das man von heute auf morgen realisieren kann. Es ist ein langfristiges Förderinstrumentarium, Frau Schöttler.

Nächster Punkt: Binden Sie Herrn Branoner mit ein, der ist ja jetzt auch wach geworden, was diese Beschäftigungsbündisse betrifft. Am Anfang hat die Wirtschaftsverwaltung diese Idee stets geblockt. Wir hören von den Servicegesellschaften, dass sich das jetzt ändert. Das finden wir positiv. Wir hören das auch von der IBB. Wenn der Bereich der Wirtschaft in diese Idee nicht eingebunden wird und wir ausschließlich bei Projekten des zweiten Arbeitsmarktes bleiben, hat das nichts mehr mit der ursprünglichen Idee der bezirklichen Beschäftigungsbündnisse zu tun. Deswegen ist es richtig, dass die Wirtschaftsverwaltung an dieser Stelle mit in das Boot genommen wird.

Und der letzte Punkt: Frau Schöttler, moderieren Sie und lenken Sie, nehmen Sie Ihre Verantwortung als Senatorin für die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse wahr.

[Beifall bei den Grünen – Beifall der Frau Abg. Freundl (PDS)]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Frau Dr. Klotz! Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort Frau Thieme-Duske für ebenfalls maximal zehn Minuten.

Frau Thieme-Duske (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute um europäisches Denken und lokales Handeln. Das bedeutet für die sozialdemokratische Fraktion, die Menschen in Europa und Berlin und nicht Institutionen oder komplizierte Richtlinien in den Mittelpunkt zu rücken. Was heißt es für die Menschen, die arbeitslos sind, europäisch zu denken und lokal zu handeln? - Es geht um diese Menschen, die nicht nach der Verwirklichung ihres Rechts auf Faulheit streben, sondern teilweise lange und vergeblich nach Arbeit suchen. Man kann es in der Charta der Grundrechte der europäischen Union nachlesen. Dort heißt es in Artikel 15 unter der Überschrift Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten: "Jede Person hat das Recht zu arbeiten und einen frei gewählten oder angenommenen Beruf auszuüben." Im Verein mit den Leitlinien europäischer Beschäftigungspolitik ist das eine solide Grundlage für die Verpflichtung des Staates, Arbeit und damit die materielle Voraussetzung für ein menschenwürdiges Dasein für alle zu sichern. Wir in Berlin mit 270 000 Arbeitslosen wissen, dass den Arbeitslosen, Arbeitsuchenden nur geholfen ist, wenn das Recht auf Arbeit geschützt, gefördert und alles getan wird, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Dies steht übrigens so auch in der Berliner Verfassung. Dazu stehen wir Sozialdemokraten!

[Beifall bei der SPD]

Im Denken sind wir in Berlin also auf europäischer Höhe. Ich füge hier aber und gerade auch an die Kolleginnen der Opposition hinzu, dass die für Arbeit und Ausbildung im Berliner Senat seit 1991 zuständigen Senatorinnen Bergmann und Schöttler nach Kräften mit arbeitsmarktpolitischer Phantasie und politischer Gestaltungskraft das Ihre getan haben, um für möglichst viele Menschen das Recht auf Arbeit auch umzusetzen. Das ist ohne Zweifel ein Erfolg europäischen Denkens und Berliner Handelns für die Menschen in Berlin. Politik für Arbeitslose heißt für meine Fraktion auch, weiteren Kürzungen im Arbeitshaushalt mit Konsequenz von höherer Arbeitslosigkeit in Berlin nicht zuzustimmen.

[Liebich (PDS): Das hilft jetzt nicht!]

Viele Wege führen nach Rom. Auch in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik muss es viele Wege geben, die letztlich alle das eine Ziel haben, Menschen in Arbeit zu bringen. Ein Weg sind die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse. Seit Jahren wird schon im Bezirk Neukölln beispielhaft praktiziert, wie Bezirke aktiv werden können, um erfolgreich die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Hier ziehen alle an einem Strang. Mit gemeinsamer Finanzierung aus Brüssel unter Nutzung von Mitteln des Landesarbeitsamtes, Sozialhilfemitteln und Mitteln der Arbeitsverwaltung, aber auch – das ist besonders wichtig – privater Beteiligung, haben sich die Neuköllner Bezirkspolitiker partei-übergreifend auf den Weg gemacht, gerade in einem sozial schwierigen Quartier eine Strategie zur Stabilisierung der Region und gegen die hohe Arbeitslosigkeit zu entwickeln.

Es ist hier gelungen, viele Akteure zu versammeln. Nicht nur das Bezirksamt Neukölln, die Senatsarbeitsverwaltung, das Arbeitsamt Berlin Süd, die Servicegesellschaft GSUB, auch Wohnungsbaugesellschaften, die Volkshochschule Neukölln, die Investitionsbank Berlin, Berufsschulen und nicht zuletzt mehr als 30 Unternehmen aus Neukölln haben sich zusammengetan. Es ist gut, dieses hier einmal darzustellen, damit sich Außenstehende vorstellen können, was es eigentlich bedeutet, ein solches Beschäftigungsbündnis zu realisieren.

Vizepräsident Dr. Luther: Frau Thieme-Duske, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Klotz?

Frau Thieme-Duske (SPD): Aber ja! Mal hören, was Sie zu fragen hat.

Frau Dr. Klotz (Grüne): Damit Sie merken, dass ich zuhöre, stelle ich folgende Frage an Sie. Ich teile Ihre Einschätzung des erfolgreichen Beschäftigungspaktes Neukölln. Teilen Sie dann

(D)

1554

(B)

Frau Dr. Klotz

(A) auch meine Einschätzung, dass der Erfolg nur deshalb in dieser Form eingetreten ist, weil es nicht unwesentliche zusätzliche Mittel für dieses Modellprojekt aus Brüssel gegeben hat? Teilen Sie weiter meine Einschätzung, dass man doch die eine oder andere Mark investieren muss, wenn die anderen Beschäftigungsbündnisse auch so erfolgreich wie das Neuköllner werden sollen?

Frau Thieme-Duske (SPD): Aber Frau Dr. Klotz, Sie nehmen das vorweg, was ich ohnehin im weiteren Verlauf meiner Rede noch sagen wollte. Haben Sie also bitte Verständnis dafür, dass ich darauf in einer weiteren Passage automatisch eingehe!

Sozialhilfeempfänger, Jugendliche deutscher und ausländischer Herkunft, Langzeitarbeitslose, junge Existenzgründer, kleine Betriebe, die sich modernisieren wollen, profitieren von den Aktionen des Neuköllner territorialen Beschäftigungspaktes. Mit einem ganzen Netz von Aktivitäten wird Beschäftigung, Erstausbildung und Qualifizierung vermittelt, werden vor Ort kiezbezogene Dienste angeboten, wie beispielsweise eine Wäscherei für das Quartier oder das Frühstücksangebot für Neuköllner Grundschulen, wird Existenzgründung unterstützt, erfahren kleine und mittlere Unternehmen Beratung und tätige Hilfe. Neukölln ist mit dieser Initiative, darauf wurde schon hingewiesen, ein beschäftigungspolitischer Leuchtturm. Dafür gebührt den Neuköllner Akteuren Dank! Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich die beiden Protagonisten erwähnen und den Dank stellvertretend für sie aussprechen. Es handelt sich zum einen um unseren ehemaligen Köllegen Hermann Borghorst und zum anderen um den Bezirksbürgermeister von Neukölln, Bodo Manegold!

> [Beifall bei der SPD -Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das Konzept einer solchen gemeinsamen bezirklichen Initiative von unten ist geadelt worden. Auf Vorschlag aus der Senatsarbeitsverwaltung wurde das Modell der Bündelung bezirklicher beschäftigungspolitischer Aktivitäten zur Grundlage einer mit dem Land Brandenburg vereinbarten Beschäftigungsstrategie. Berlin-Brandenburg hat damit die Chance erhalten, sich zu einer Modellregion der europäischen Beschäftigungspolitik zu entwickeln. Das war sicher eine hohe Auszeichnung für ein Projekt, das zu Recht als – Herr Dr. Werthebach hört gerade nicht zu! Entschuldigung, auch wenn er nicht zuhört! – Bottom-up-Modell, als Modell von unten nach oben bezeichnet wird. Regionale Akteure und regionale Kenntnisse für Menschen in der Region in Beschäftigung und bessere Umfeldbedingungen umzusetzen, ist das Ziel des europäischen Modellkonzepts.

Weitere Bezirke - darauf wurde hier eingegangen - haben sich auf den Weg gemacht. Der Entwicklungsstand der Bündnisse ist unterschiedlich. Wenn ich hier Hellersdorf und Marzahn beispielhaft nenne, dann deshalb, weil in diesen Bezirken bereits ein konkreter Aktionsplan mit konkreten Vorhaben vorliegt. Beratung und Unterstützung für das Zustandekommen weiterer Bündnisse ist gefragt. Die Servicegesellschaften gleichsam als ausgelagerter Teil der Verwaltung sollen dies übernehmen. Das ist eine nicht ganz leichte Aufgabe angesichts des Problems, verschiedene Akteure mit teilweise unterschiedlichen Interessen zusammenzuführen. Es ist eben - Frau Dr. Klotz hat dies zu Recht gesagt - leichter, irgendein Projekt konkret vor Ort durchzuführen, als unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Akteure zuzusammenzubringen. Ein weiteres Problem, darauf wurde hingewiesen - Frau Dr. Klotz, jetzt komme ich konkret zu Ihnen - besteht darin, dass im Unterschied zur besonderen finanziellen Ausstattung von Neukölln für die anderen Bezirke keine zusätzlichen Mittel für die Bezirksaktivitäten zur Verfügung stehen, was von Anfang an gesagt wurde. Bestehende Förderprogramme müssen daher richtig eingesetzt werden.

Dies erfordert allerdings genaue Kenntnisse im Weg durch den Förderdschungel. Wenn die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse erfolgreich sein sollen, hängt dies auch von Unterstützung und von der Qualität der Beratung besonders über die Nutzung der finanziellen Ressourcen ab. Neukölln steht unter dem guten Stern der besonderen europäischen finanziellen Förderung. Damit ist eine ganz wesentliche Bedingung für den Erfolg

eines solchen Projekts gegeben. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, nicht – wie andere – zu fordern, dafür andere Landesmittel einzusetzen. Das würde die Streichung anderer Maßnahmen bedeuten. Sie kennen die Haushaltssituation im Land Berlin. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und einen Wunsch äußern, einen Wunsch, den Sie vielleicht an Frau Dr. Schreyer weitergeben können. Es ist ein Wunsch an Brüssel. Es wäre eine wichtige Unterstützung für die bezirklichen Beschäftigungsbündnisse, wenn die Modellregion der europäischen Beschäftigungspolitik nicht nur den abstrakten, sondern auch den finanziellen Segen aus Brüssel erhielte.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): 3 Jahre sind verstrichen!]

Dies würde sicherlich die Entwicklung weiterer Bündnisse beflügeln. – Danke schön!

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Frau Thieme-Duske. Damit ist die Große Anfrage besprochen. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Uns liegt ein Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen federführend sowie an den Wirtschaftsausschuss und an den Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten und Berlin-Brandenburg vor. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Beides sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur

Ifd. Nr. 6, Drucksache 14/1153:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU über Berlin und die Einführung des Euro-Bargeldes

Diese Große Anfrage ist auf Wunsch der Fraktionen vertagt. Sie wissen das inzwischen sicherlich.

Die lfd. Nrn. 8 bis 13 sind durch die Konsensliste erledigt. Ich rufe auf

Ifd. Nr. 13 A, Drucksachen 14/1242 bis 14/1247:

Beschlussempfehlungen des Hauptausschusses vom 30. Mai 2001 zu Vorlagen – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (Nrn. 8 bis 10 und 13 bis 15/2001 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Ein Besprechungswunsch wurde uns nicht gemeldet.

Alle sechs Vermögensgeschäfte werden vom Hauptausschuss einstimmig zur Annahme empfohlen. Dennoch lasse ich über die Vermögensgeschäfte wegen einiger Stimmenthaltungen zu diesen Vermögensgeschäften abstimmen, und zwar über jeden Vorgang einzeln. Ich bitte Sie um etwas Konzentration.

Zum Vermögensgeschäft Nr. 8/2001 – Drucksache 14/1242 – hatte sich die PDS im Hauptausschuss enthalten. Wer diesem Vermögensgeschäft zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltung? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS und einigen Stimmenthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist das so angenommen.

Wer dem Vermögensgeschäft Nr. 9/2001 – Drucksache 14/1243 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltung? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und einer der Fraktion der PDS angenommen.

Wer dem Vermögensgeschäft Nr. 10/2001 – Drucksache 14/1244 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltung? – Einstimmig angenommen.

:)

Vizepräsident Dr. Luther

Ich rufe auf Vermögensgeschäft Nr. 13/2001 - Drucksache 14/1245. Wer ist dafür? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltung? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist das ebenfalls so beschlossen.

Zum Vermögensgeschäft Nr. 14/2001 - Drucksache 14/1246 - hatte sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss enthalten. Wer dem Vermögensgeschäft zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? -Stimmenthaltung? - Bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und zwei Enthaltungen der Fraktion der PDS so beschlossen.

Wer dem Vermögensgeschäft Nr. 15/2001 - Drucksache 14/1247 - zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? - Stimmenthaltung? - Bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist das so beschlossen.

Ich rufe nun auf

Ifd. Nr. 13 B, Drucksache 14/1248:

Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 23. Mai 2001 und des Hauptausschusses vom 30. Mai 2001 zum Antrag der Fraktion der PDS über Verlagerung der Zuständigkeit für die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Drucksache 14/196

Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall.

Die Ausschüsse empfehlen einstimmig die Annahme des Antrags in neuer Fassung, worüber ich ohne Aussprache jetzt noch einmal abstimmen lasse. Wer der Neufassung des Antrages im Wortlaut der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1248 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Sehe ich Gegenstimmen? - Stimmenthaltung? Beides sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf

(B)

Ifd. Nr. 13 C, Drucksache 14/1249:

Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Verwaltungsreform vom 11. Mai 2001 und des Hauptausschusses vom 30. Mai 2001 zum Antrag der Fraktion der PDS über Was hat die Gebietsreform den Berlinerinnen und Berlinern wirklich gebracht?, Drucksache 14/924

Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall.

Auch hierzu empfehlen die Ausschüsse die Annahme des Antrages, wobei der Berichterstattungstermin auf den 13. März 2002 geändert werden soll. Wer diesem geänderten Antrag Drucksache 14/924 mit dieser Änderung seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltung? - Letzteres, und zwar beides, sehe ich nicht. Dann ist das so einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 13 D, Drucksache 14/1250:

Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 23. Mai 2001 und des Hauptausschusses vom 30. Mai 2001 zum Antrag der Fraktion der Grünen über Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an den Hochschulen (II), Drucksache 14/823

Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Ich höre keinen Wider-

Die Ausschüsse empfehlen einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Annahme des Antrags in neuer Fassung. Hierüber lasse ich jetzt ebenfalls abstimmen. Wer der Neufassung des Antrags im Wortlaut der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung und der beigefügten Änderung des Hauptausschusses gemäß (C) Drucksache 14/1250 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltung? - Bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 14, Drucksache 14/1221:

Vorlagen - zur Kenntnisnahme - gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB

Überweisungsanträge liegen mir nicht vor. Ich stelle dann also fest, dass das Haus von dieser Verordnung Kenntnis genommen

Die lfd. Nrn. 15 bis 17 sind bereits durch die Konsensliste erlediat.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 18, Drucksache 14/1225:

Antrag der Fraktion der PDS über keine Tiefgarage auf dem Bebelplatz

Eine Beratung ist vorgesehen - wenn ich keinen Widerspruch höre -, und zwar nach unserer Geschäftsordnung mit einer Redezeit von 5 Minuten pro Fraktion. Es beginnt die Fraktion der PDS. - Herr Brauer, Sie haben das Wort und die Zeit - bitte

Brauer (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen äußerte "Die Welt" die stille Hoffnung, dass der Berliner Kultursenator bitte nie nach Detroit fahren möge, weil er dort ein in ein Parkhaus umgewandeltes Theater sehen und bei drei Berliner Opernhäusern dann auf komische Ideen kommen könnte. Die Sorge der "Welt" ist überholt. Senator Stölzl hat bereits komische Ideen.

> [Frau Ströver (Grüne): Der ist gar nicht da! Und Senator Strieder ist auch nicht da!]

- Frau Ströver, ich habe das registriert. Die beiden zuständigen Senatoren sind nicht im Hause. Aber die hören eh nicht zu, also können wir uns doch verständigen.

[Sen Strieder: Natürlich bin ich da!]

- Pardon, Herr Senator! - Ich zitiere Herrn Senator Stölzl nach einer dpa-Meldung vom 15. Mai: "Die Einbindung von Kunstwerken in den lärmenden Großstadtbetrieb sei etwas Normales und oftmals sogar Gewolltes". - Nun gut, so viel stadtplanerisches Fingerspitzengefühl spricht für sich.

Dass der Bausenator einer anderen Philosophie, einer mehr auf Menschen- denn auf Automaß zugeschnittenen Innenstadt nachträumt, ist eine andere Sache. Mit genau dieser Vision wurde seinerzeit von Senator Strieder und Herrn Stimmann das Planwerk Innenstadt mit seinen beträchtlichen Eingriffen in die DDR-verursachten autobahnähnlichen Schneisen der City-Ost in die Öffentlichkeit gewuchtet. Aber heute muss man den Eindruck haben, es gilt: "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern!" – Dieselbe Bauverwaltung hat nun nichts anderes im Sinn als einen der wenigen noch ein gewisses historisches Flair ausstrahlenden Plätze der Innenstadt mit einer Tiefgarage zu unterkellern.

[Molter (CDU): Der Platz bleibt doch leer!]

- Gehen Sie hin, dann sehen Sie es!

Man will den Autoverkehr im Umfeld des Forum Friedericianum reduzieren und baut deshalb eine Tiefgarage. Dass auch die Behrenstraße angefahren werden muss, um die dann verkehrsberuhigte Kellerzone zu erreichen, wird tunlichst unterschlagen. Man will 96 Parkplätze vor der Staatsoper entfernen, und baut deshalb 480 Parkplätze unmittelbar neben diese. Das Forum Friedericianum soll möglichst original - was auch immer das ist - wiederhergestellt werden. Deshalb weg mit dem alten

1556

Brauer

ruhenden Verkehr unter dem Pferdeschwanz des Alten Fritz dagegen ist nichts einzuwenden - und neuen unter das Pflaster des Bebelplatzes, verschönert noch durch diverse technisch nicht zu vermeidende Lüftungsanlagen und Zugangsschächte! Das Ganze nennt sich dann Wiederherstellung des Forums.

Der Senat ist offensichtlich immer noch der Meinung, dass die Berliner Öffentlichkeit ihm jede auch noch so blödsinnige Argumentation abnimmt. Das Ganze könnte man tatsächlich ein berlinübliches Stück aus dem Tollhaus nennen.

[Zuruf des Abg. Dr. Lehmann-Brauns (CDU)]

- Das ist auch keine Höflichkeit, was Sie da vor haben auf diesem Platz. - Das Ganze könnte man als einen Beleg dafür sehen, dass unsere Landesregierung mental immer noch in den 60er Jahren steckt - seinerzeit galten Großgaragen und Kaufhauswürfel als das Symbol für die Modernisierung alter Stadtkerne -.

[Schlede (CDU): Das sagt einer aus dem Osten! -Weitere Zurufe von der CDU]

wenn der Vorgang nicht eines erheblichen Symbolwertes hinsichtlich des Umganges der Stadt Berlin mit der eigenen Geschichte genießen würde. - Ich komme gleich auf Ihre Einwände, Herr Schlede! - An diesen banausenhaften Umgang mit historischen Bauensembles ist man als Bewohner dieser Stadt tatsächlich inzwischen gewöhnt. Hier besteht eine Schnittmenge zwischen allen Stadtherren Berlins - egal, ob Reichshauptstadt, "Schaufenster der freien Welt" oder "realsozialistische Kapitale". Die Ignoranz zieht sich durch die letzten 100 Jahre - quasi als Conditio sine qua non in den Hirnen der in dieser Stadt Regierenden.

Nun ist der Bebelplatz aber zugleich die Stelle, an der sich eben dieses Banausentum zu einer der ersten Gewaltorgien des nationalsozialistischen Terrorregimes steigerte. Genau auf diesem Platz wurden am 10. Mai 1933 im Vorgriff auf die kommenden Massenverbrennungen von Menschen die Bücher jener Autoren verbrannt, deren humanistischen Geist man ein für alle Mal ausrotten wollte. Spät, sehr spät entschloss sich die Stadt, diesen Platz entsprechend der Dimension des historischen Ortes mit einem Denkmal an die nationalsozialistische Bücherverbrennung zu versehen.

[Zuruf des Abg. Molter (CDU)]

- Ich habe mich vorhin zur DDR geäußert, Herr Molter, wenn Sie zugehört haben. Ich sprach von "der Stadt". - Entstanden ist Mitte der 90er Jahre ein Ort der Ruhe und Besinnung, ein Ort des Nachdenkens und der aktiven geistigen Auseinandersetzung mit dem Geschehenen. Eben dieses Denkmal wird durch die geplante Tiefgarage entwertet und banalisiert. Da spielt es überhaupt keine Rolle, dass in seinen unmittelbaren Bestand nicht eingegriffen wird, der Beton sozusagen um es herumgegossen werden soll. Wesentlicher Bestandteil des Wirkungskonzeptes dieses Denkmals ist die einzigartige Ruhe und Leere des Platzes - die wäre ruiniert. Berlin hätte wieder einmal der Weltöffentlichkeit gezeigt, wie ernst ihm die Auseinandersetzung mit der schwärzesten Phase seiner Vergangenheit wirklich ist, und vor allem auch, welchen Stellenwert Kunst im Bewusstsein seiner Regierenden besitzt.

Meine Damen und Herren! Ich fordere Sie inständig auf: Stoppen wir gemeinsam jetzt und sofort diesen Akt bürökratischen Barbarentums. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass weder an Leib noch Seele des sensiblen Organismus dieser Stadt, die sich so gern weltoffene Metropole nennt, weiterer irreparabler Schaden angerichtet wird.

Vizepräsident Dr. Luther: Denken Sie an Ihre Zeit, Herr Abgeordneter!

Brauer (PDS): Es ist der letzte Satz. - Ich bitte Sie, unserem Antrag heute zuzustimmen, eine weitere Verschiebung auf diverse Ausschussberatungen macht wenig Sinn. Noch im Frühsommer sollen die Tiefbaukolonnen anrücken, dann wäre es zu (C) spät. - Ich danke Ihnen.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Vizepräsident Dr. Luther: Schönen Dank Herr Brauer! Für die CDU-Fraktion hat das Wort Herr Abgeordneter Uwe Goetze!

Goetze (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wortwahl meines Vorredners war geprägt von einem völligen Fehl- und Missgriff dessen, was er zu beschreiben und zu begründen versucht hat. Das kennzeichnet leider auch die gesamte Diskussion, die hier geführt wird.

[Beifall des Abg. Apelt (CDU)]

Ich darf einige Zitate anfügen, die dies vielleicht etwas deutlicher machen. Die dort geplante Tiefgarage ist schon seit Jahren im Gespräch.

[Berger (Grüne): Das macht sie nicht besser!]

Der Architekt des Mahnmals, Ullmann, hat am 11. Mai formuliert: "Die Garage war lange geplant, aber nun wird es ernst." Ein wesentliches Argument wurde dann vorgetragen vom Berliner Architekten Andreas Zerr: "Doch wie sieht es aus, wenn dort jahrelang gebaut wird?" - Ich stelle die Frage: Wie sieht es aus beim Mahnmal für die ermordeten Juden Europas, ist das tatsächlich ein zugkräftiges Argument?

[Frau Ströver (Grüne): Das ist doch noch gar nicht da, während dort schon ein Mahnmal ist!]

Der Vizepräsident der Akademie Pflügge hat festgestellt: "Der Sinn des Mahnmals wird zerstört." Und Pflügge sagt weiter, dass nach seinem Verständnis die unterirdische Bibliothek des Akademiemitglieds Ullmann wichtiger ist als das geplante Holocaust-Denkmal an der Ebertstraße.

Diese drei Zitate zeigen sehr deutlich, hier ist eine Verlotterung (D) in der Argumentation eingetreten, die dem Anlass, dem Denkmal, den anderen Denkmälern in der Stadt und den authentischen Orten in der Stadt in keiner Weise gerecht wird.

[Beifall bei der CDU]

Die unterirdische Bibliothek ist 1995 fertiggestellt worden, seit 1994 ist selbst der Kontaktarchitekt von Herrn Ullmann, Herr Zerr, in eine Tiefgaragenplanung mit eingebunden gewesen. 1996 gab es die Ausschreibung für eine Tiefgarage, 1997 eine weitere Ausschreibung, bis 1999 die Auswahl des Anbieters. All das vor den Augen der Öffentlichkeit, für jeden wahrnehmbar, für jeden nachlesbar, und nun diese Diskussion. Der langjährige Planungsvorlauf zeigt insbesondere den hohen Gestaltungsanspruch an dieses Umfeld. Man hat sich sehr viel Zeit dafür genommen, das im Ergebnis herbeizuführen, was jetzt realisiert werden soll. Die üblichen Erscheinungsbilder von einer Tiefgarage, wie Entlüftungsschornsteine, überdachte Zugänge und Aufzüge, wird es an diesem Ort nicht geben.

Vizepräsident Dr. Luther: Gestatten Sie eine Zwischen-

Goetze (CDU): Nein, ich gestatte bei fünf Minuten Redezeit keine. - Die Zufahrten werden in die Behrenstraße verlegt, es gibt die Entlüftungsschächte oberirdisch in die Fahrbahn eingelassen. All das macht deutlich, dass man hier mit hohem Aufwand – gedanklich, finanziell –, mit einer ausgereiften Konzeption hier zur Realisierung kommt. Dazu gehört natürlich auch, dass das Pflaster unter konservatorischen Gesichtspunkten aufgenommen, nicht einfach abgeräumt, sondern entsprechend fachmännisch abgeräumt wird.

Die besondere Qualität des Denkmals, um die die Diskussion sich rankt, liegt darin, dass es eine große Überzeugungskraft ohne jeden Pathos entwickelt. Von Anfang an war die Idee des Künstlers - auch das ist dokumentiert - der unterirdisch hermetisch abgeschlossene Raum, das Fenster auf Platzniveau und

1557

Goetze

der ruhige, oberirdische historische Platz. Die zusätzlich in die Diskussion eingeführte Symbolik - Stichworte dafür: Grabkammer. Arche Noah und andere - haben eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Problem beinahe unmöglich gemacht und es sind meiner Ansicht nach auch Argumente, die man nicht gelten lassen kann. Der Platz ist auch in den letzten Jahren, seit Fertigstellung des Mahnmals, anders genutzt worden. Es gab zum Beispiel große Kunstaktionen, bei denen über einhundert Verkehrsschilder mit Rasen aufgestellt wurden, um für die Erhaltung städtischen Grüns zu protestieren. Man hat dort eine Freilichtbuchhandlung initiiert, es gab eine große Informationsschau der Humboldt-Universität, bei der Roboterhunde Fußball spielten und moderne Materialien zur Nutzung der Solarenergie präsentiert wurden. Das alles macht deutlich, dass diese Diskussion fast nicht führbar ist, zumindest nicht in der Weise, dass jemand behaupten kann, der eine habe Recht und der andere nicht.

Damit komme ich zum Abschluss. Diese kaum führbare Debatte führt zu der Schlussfolgerung, dass man die Planung dort ohne Weiteres realisieren kann, weil es tatsächlich keine Auswirkungen auf das Mahnmal, den Grundgedanken und das Gedenken an diesem Ort gibt. Zum Abschluss sei an dieser Stelle ein Beitrag aus dem Feuilleton der "Berliner Zeitung"

Deutet der Plan, dort eine Tiefgarage zu errichten wieder auf eine barbarische Gesinnung hin, für die man sich, wie in der Akademie der Künste gesagt wurde, unbeschreiblich schämen müsse? Die ob des Berliner Stumpfsinns zutiefst Erschütterten heben hervor, dass es sich beim Bebelplatz um einen authentischen Ort des Verbrechens handelt. Ganz Berlin ist aber ein Ort des Verbrechens. In den meisten Straßen der Stadt geschah rasch nach der Machtergreifung Schlimmeres als das Versengen von Buchseiten. Menschen wurden gedemütigt, geschlagen, ihrer Geschäfte beraubt. Juden wurde das Benutzen von Büchereien verboten. Jede ältere Bibliothek Berlins ist ein Ort der Barbarei.

(B) Deshalb, meine Damen und Herren, lassen Sie diese unsägliche Diskussion. Wir werden in ein bis zwei Jahren, wenn dort alles realisiert ist, feststellen, dass es sich hier um einen Sturm im Wasserglas handelt. So sollten wir das auch behandeln. Wir sollten nicht die guten Planungen für diese Stelle zerreden und kaputt machen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Goetze! – Ehe ich Frau Ströver das Wort gebe, hat das Wort Frau Matuschek zu einer Kurzintervention für die Fraktion der PDS.

Frau Matuschek (PDS): Herr Goetze! Sie haben offenbar dieses Verfahren aufmerksam beobachtet, ich habe das auch getan, und mir tun sich jetzt einige Fragen auf: Am Anfang des Verfahrens stand von vornherein der Wunsch nach Parkplätzen. Man wollte Parkplätze in unmittelbarer Nähe der Staatsoper haben, und zwar möglichst viele. Das war die Grundlage für ein Investorenverfahren. Das zum Ersten.

[Schlede (CDU): Was ist eine Kurzintervention?]

Zum Zweiten: Die lange Planungsphase war nach meinem Kenntnisstand hauptsächlich dem geschuldet, dass man sich über die Art des Parkhauses lange nicht einigen konnte. Man wollte dort zunächst ein Stapelsystem, was sich dort aber technisch nicht realisieren lässt, einrichten, weiterhin hat man lange über die Zufahrten verhandelt - eine oder zwei -, und man hat eben nicht - weder am Anfang noch während des Verfahrens die notwendige Sensibilität gegenüber diesem Platz und dem Denkmal aufgebracht. Das ist der Vorwurf, der jetzt hier zu diskutieren ist. Darum geht es. Von vornherein war die angebliche verkehrspolitische Notwendigkeit, statt 95 Parkplätzen 450 zu schaffen, das übergeordnete Interesse und nicht der historische Rahmen dieses Platzes. Dann findet man irgendwelche technischen Lösungen, um dieses Denkmal dort unten einzubringen, dass man darum herumfahren oder es mit Betonmauern absichern kann. Das ist genau der Punkt, wo wir sagen, das ist technokratisches Herangehen, ohne Sensibilität gegenüber dem historischen Platz, gegenüber dem Denkmal, gegenüber dem Künstler. Darum muss dieses Verfahren beendet werden. Die Tiefgarage darf genau an diesem Platz nicht entstehen.

[Beifall bei der PDS]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank! – Folgerichtig Herr Goetze mit einer Kurzintervention dagegen, bitte schön!

Goetze (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eben genau, weil ich mich mit diesem Verfahren sehr intensiv beschäftigt habe, steht fest, dass es an der Oberfläche des Bebelplatzes im Bereich der historischen Pflasterung und innerhalb der gesamten Platzstruktur keine Elemente gibt, die typisch sind für eine Tiefgarage. Es gibt sie nicht.

[Frau Matuschek (PDS): Und die Zufahrt und die Abfahrt, das Hin und Her?]

Das können Sie auf allen Planzeichnungen auf den planfestgestellten Unterlagen nachvollziehen. Tun Sie es einfach, dann hätten wir diese ganze Debatte hier nicht.

Ich möchte noch einmal zu dem Problem Stellung nehmen, das in der Vergangenheit eingefügt worden ist, was Sie am Schluss Ihrer Kurzintervention versucht haben herauszuarbeiten, die Frage, ob eine Tiefgarage, eine heutige städtische Nutzung, diesen Platz in irgendeiner Form negativ tangiert. Ich meine nicht. Und ich zitiere noch einmal aus dem schon eben erwähnten Artikel vom 16. Mai aus der "Berliner Zeitung":

Man kann manches sachlich gegen die Tiefgarage einwenden

[Cramer (Grüne): Allerdings! Nicht nur manches, sondern eine ganze Menge!]

und Rücksicht bei der Planung auf das wirklich überzeugende Denkmal fordern. Aber man hüte sich davor, dass die hohle Monstrosität der Nazigedanken auf das Gedenken abfärbt. Es ist angesichts der vielen lauten Schreie, die niemand hören wollte, unangebracht, den Bebelplatz als "stillen Schrei" zu poetifizieren und den Boden unter seinem Pflaster zu mystifizieren, als könnten die dort geparkten Autos den Geist noch einmal schänden.

Es ist doch eine Scheindebatte, die wir hier führen. Deswegen bitte ich, das einfach einmal abzuschließen, weil es der Stadt und unserem Anliegen schadet.

[Beifall bei der CDU - Cramer (Grüne): Der Stadt schadet ganz anderes!]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Goetze! – Damit haben wir das Ritual der Kurzinterventionen erschöpft. – Es hat nun Frau Ströver von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für ihren Redebeitrag von 5 Minuten das Wort – bitte schön!

Frau Ströver (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist tatsächlich so: Seit 1992 wird darüber debattiert, ob unter den Bebelplatz eine Tiefgarage gelegt werden soll. Jetzt ist diese Planung so weit fortgeschritten, dass diese Baumaßnahme realisiert werden soll. Man hat nach langem Hin und Her einen Investor gefunden und das Ganze so konstruiert, dass es sich lohnt, obwohl wir alle wissen, dass sich Tiefgaragen in Stadtkernen überhaupt nicht lohnen – und in Berlin schon gar

[Beifall bei den Grünen]

Der Konflikt mit dem Kunstwerk zur Bücherverbrennung war absehbar, nun ist er da. Es ist eine extrem missliche Situation, wie leider oft in solchen Fällen, dass wir sehr spät uns dieses Konfliktes bewusst werden, der hier angelegt ist: ein existierendes Kunstwerk – Herr Goetze, nicht eines, das entsteht, sondern schon da ist – steht gegen eine Bauplanung, die dort am Ort vorgesehen ist. Wir haben hier ein typisches Beispiel für mangelnde Sensibilität – übrigens auch des Bezirksamt, hier steht leider,

Frau Ströver

(B)

(A) Herr Brauer, die PDS, das Bezirksamt Mitte, in keiner Weise besser da in der Verantwortung als die Senatsverwaltung. Hier k\u00f6nnen sich alle an die Nase fassen, dass es ihnen in der Vergangenheit nicht gelungen ist, die Sensibilit\u00e4t dieses Themas verstanden zu haben, es insofern verabs\u00e4umt haben, all diese Fragen des Umgangs mit dem Kunstwerk an diesem Ort ad\u00e4quat zu beraten. Jetzt dr\u00e4ngt die Zeit. Ich kann nur sagen, wir h\u00e4tten den ganzen Konflikt nicht, wenn wir dort darauf verzichten w\u00fcrden, eine Tiefgarage zu bauen.

[Beifall bei den Grünen – Beifall der Frau Abg. Seelig (PDS) – Zuruf von der PDS: Darum geht es doch!]

Weder städtebaulich noch verkehrspolitisch ist diese Tiefgarage an diesem Ort notwendig.

[Doering (PDS): Richtig!]

Das weiß jeder, und mein Kollege Cramer sagt es mir natürlich immer wieder. Aber ich sage es Ihnen aus meiner ganz subjektiven Sicht. Diejenigen die mich kennen, wissen, dass ich eine Autofahrerin bin, und sie wissen alle, dass ich auch sehr häufig die Staatsoper besuche. Ich kann Ihnen sagen, es ist nicht nötig, zur Staatsoper mit dem Auto zu fahren.

[Beifall bei den Grünen]

Und wenn Sie fahren, meine Damen und Herren, sind wirklich in der Umgebung genügend Parkhäuser,

[Wieland (Grüne): Oder der Mittelstreifen!]

von denen Sie innerhalb von 10 Minuten die Staatsoper erreichen. Sie werden keinen Opernbesuch verpassen, weil Sie etwa keinen Parkplatz finden, wenn Sie schon mit dem Auto fahren wollen. Es fördert schließlich auch unser lokales Taxigewerbe. Es ist überhaupt kein Problem, die Staatsoper lebt seit anno dunnemal damit, dass es dort keine große Zahl von Parkorten gibt, ich finde, damit können wir wunderbar weiterleben.

[Beifall bei den Grünen – Beifall der Frau Abg. Seelig (PDS)]

Dann hätten wir diesen Konflikt nicht, dann könnten wir darauf verzichten, uns in womöglich sogar internationale Konflikte um die Arbeit eines israelischen Künstlers zu begeben. Wir müssen hier auf die besondere geschichtliche Verantwortung für den gesamten Platz hinweisen, das gilt nicht nur für das Denkmal von Micha Ullman; der ganze Platz war der Ort der Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933. Es ist kein gutes Symbol, wenn wir diesen Platz umwandeln zur Abdeckplatte für eine Tiefgarage.

[Beifall bei den Grünen und bei der PDS]

Ich glaube schon, Herr Goetze, und da habe ich eine ganz andere Wahrnehmung als Sie, dass, wenn wir dort eine Tiefgarage haben, die Ein- und Ausfahrten braucht, die Ablüftungsschächte hat etc. auch wenn Rücksicht genommen wird auf das vorhandene Kunstwerk, es nicht gut ist, wenn wir die Gesamtsymbolik dieses Kunstwerkes, das sich einbezieht in den Ort, zerstören. Ich könnte gut auf die geplante Entwicklung verzichten, denn man muss sagen, Herr Goetze, – er hört mir sowieso nicht zu, aber vielleicht die anderen Kollegen – –

[Cramer (Grüne): Das ist die demokratische Kultur der CDU! Herr Goetze, man spricht mit Ihnen!]

– Ja! – hier ist ein authentischer Ort, weil es eben nicht an jedem Ort in dieser Stadt Bücherverbrennungen gegeben hat. Mit dieser Bücherverbrennung verbindet sich eine besondere martialische, bestialische Art der Ignoranz der Nazis, mit dem geistigen Eigentum anderer umzugehen. Deswegen finde ich, kann man hier besondere Sensibilität von den Stadtplanern und Bauplanern in Berlin erwarten. Ich hätte mir gewünscht, dass das schon viel früher geschehen wäre, und kann nur hoffen, dass es uns jetzt noch gelingt, hier alle Beteiligten zur Einsicht zu bringen und Abstand zu nehmen von den bisherigen Planungen.

Vizepräsident Dr. Luther: Sie müssen jetzt zum Schluss kommen!

Frau Ströver (Grüne): Ja, das ist mein letzter Satz, Herr Präsident! – Ich glaube, dass es uns gelingen sollte, auf die Tiefgarage zu verzichten. Wenn das nicht der Fall ist, weil ja davon die Rede ist, dass schon solche Verträge geschlossen worden sind, dass womöglich Regressansprüche der Investoren vorhanden sind, ehe man die ganzen sensiblen Fragen geklärt hat, dann ist es allerdings höchste Zeit, jeden Schritt, der jetzt getan wird, abzustimmen mit dem Künstler und entsprechende Beratungen vorzunehmen. Denn wir können nicht hinterher einen protestierenden Künstler haben in Berlin, der sich nicht mehr mit seinem eigenen Kunstwerk und dem Denkmal am Ort der Bücherverbrennung identifizieren kann.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Frau Ströver! – Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Frau Dr. Neef zum gleichen Thema – bitte schön!

Frau Dr. Neef (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Abermals haben wir Nachhilfeunterricht von der PDS im Umgang mit der Vergangenheit erhalten.

[Beifall des Abg. Schöneberg (CDU)]

Diese Vorbemerkung sei mir gestattet. Es erinnert mich in Diktion und Inhalt an ein verflossenes Zeitalter. Ich möchte gerne, dass wir auf eine sachliche Ebene zurückkehren.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Es ist schwer, zum Schluss zu diesem im Grunde klarliegenden Punkt zu reden, weil alles, was an Emotionen und an Fakten existiert, hier bereits gesagt worden ist. Die Entscheidung über die Baugenehmigung liegt beim Bezirk. Der Bezirk wird diese erteilen, wenn sich die Anliegerin des Platzes, die Humboldt-Universität, und die Baufirma über den Konflikt eventueller Bauschäden geeinigt haben. Die Abstimmung mit dem Künstler ist übrigens längst erfolgt, hat bereits stattgefunden. Sein Berliner Mittelsmann hat entsprechende Unterlagen. Das Kunstwerk selbst gehört der Stadt bzw. dem Tiefbauamt des Bezirks. Hinsichtlich der Erhaltung der Aura des Bebelplatzes gibt es vertragliche Sicherungen bis hin zu den historischen Pflastersteinen. Das ist auch wichtig. Die öffentliche Wahrnehmung des Kunstwerkes, das Gedenken an die Bücherverbrennung, soll nicht beeinträchtigt werden, ebensowenig der besondere Charakter des Platzes, der gerade nach der Wende einen bestimmten Stellenwert bekommen hat. Ich kann mich erinnern, dass früher dort massenhaft Autos parkten und dass die Universität durch Baulärm etwa bei der Errichtung des Palastes der Republik über Jahre beeinträchtigt war. Das sind Randerscheinungen, die in einer wachsenden Stadt immer wieder auftreten werden. Aber der Charakter dieses Platzes wird oder soll erhalten werden, muss erhalten werden. Er ist nicht nur der Ort dieses wertvollen Denkmals, er ist auch in der letzten Zeit Ort gewesen von Protesten, von Veranstaltungen ähnlich historisch bedeutender Art. Die Gefahr der Entwertung eines lebendigen Andenkens in dem so eindrucksvollen Kunstwerk inmitten städtischen Lebens kann ich nicht nachvollziehen, denn das ist es ja gerade, dass es in den städtischen Alltag eingebaut, integriert ist. Kunst findet doch nicht im alltagsleeren Raum statt. Wenn die Umgebung dieses Ortes, das Straßenbild von parkenden Autos freigemacht wird, entspricht das genau diesem historischen Flair des Raumes, des Platzes und des Umfeldes, was mit dem Forum Fridericianum gegeben ist. Insgesamt sind Tiefgaragen die eleganteste Art, die Innenstadt zu höherem Schauwert zu bringen. Wir sehen jedenfalls keinen Anlass, dass der Senat im Sinne des Antrags auf das Bezirksamt einwirkt. - Danke!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Frau Dr. Neef! – Wir kommen nun zur Abstimmung, denn die Fraktion der PDS hat sofortige Abstimmung beantragt. Wer also diesem Antrag der PDS-Fraktion seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um

(D)

Vizepräsident Dr. Luther

das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine Enthaltungen! Die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 19, Drucksache 14/1226:

Antrag der Fraktion der PDS über Unterstützung der Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen zum Erlass eines Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen

Im Ältestenrat wurde mitgeteilt, dass sich der Senat am Dienstag darauf verständigt hat, der Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen beizutreten. Damit - und dies wurde im Ältestenrat in Aussicht genommen - kann heute eine Beratung entfallen. Wir können sofort über den Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 14/ 1226 - seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? -Bei einer Enthaltung ist das dann mit großer Mehrheit so beschlossen.

Die Ifd. Nr. 20 ist bereits durch die Konsensliste erledigt. Ich rufe auf

Ifd. Nr. 20 A, Drucksache 14/1238:

Antrag der Fraktion der PDS über Sicherung des Schienenpersonenfernverkehrs

Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das höre ich nicht. Beratung ist nicht vorgesehen, dafür aber die Überweisung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr. Wer das so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

(B)

Ifd. Nr. 20 B, Drucksache 14/1241:

Antrag der Fraktion der Grünen über Aktionsprogramm "Let's clean the air in Berlin!" - Nichtraucherschutz als Aufgabe der Drogenbeauftragten

Warum diese Kampagne in Englisch ist, weiß ich nicht. - Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Beratung ist vorgesehen. Es beginnt Frau Dr. Klotz für die Fraktion Bündnis 90/Grüne. Ich gehe aber davon aus, dass die Redebeiträge in Deutsch gehalten werden.

[Zurufe von den Grünen und der CDU]

- Herr Dr. Köppl, formaljuristisch dürfte ich Sie gar nicht reden lassen. Sie wissen das. Sie sind uns als Redner nicht gemeldet. Aber Sie sind jetzt dran. Wenn Sie versprechen, es kurz zu machen und in Deutsch zu sprechen, dann sind wir einverstanden.

Dr. Köppl (Grüne): Schönen Dank! - Meine Damen und Herren! Ich bin etwas außer Atem.

[Schlede (CDU): Vom Rauchen!]

Ich habe nicht damit gerechnet, dass es hier so schnell geht.

Meine Fraktion legt Ihnen heute einen Antrag zur Verbesserung der Situation des Nichtraucherschutzes in Berlin vor. Überschrift - Neudeutsch: Let's clean the air in Berlin! - Für unseren Innensenator kann das natürlich übersetzt werden: Lasst uns endlich die Luft für Nichtraucherinnen und Nichtraucher in Berlin verbessern, lasst sie uns säubern!

> [Beifall von allen Seiten des Hauses -Cramer (Grüne): Bravo!]

Dieser Antrag folgt einer einfachen Grundregel: Immer dann, wenn Nichtraucherinnen und Nichtraucher auf Raucherinnen und Raucher treffen, wenn sie sich gemeinsam in Räumen aufhalten oder wenn Raucherinnen und Raucher Kinder betreuen, dann soll und darf nicht geraucht werden.

> [Beifall bei den Grünen -Vereinzelter Beifall bei der CDU und der SPD]

Das baut auf einem Programm auf, das schon seit längerer Zeit propagiert wird. Es gibt dazu WHO-Vorschläge, die weltweit versuchen, dieses Prinzip durchzusetzen.

In Berlin kann man nicht sagen, dass wir in der letzten Zeit nicht vorwärts gekommen sind. Gerade hier im Parlament hat es eine wesentliche Verbesserung in den letzten Jahren gegeben, indem wir in einem rauchfreien Kasino sitzen und Gespräche führen können, ohne dass wir durch Zigarettenrauch belästigt werden. Es gibt rauchfreie Schulen. Es gibt rauchfreie Rathäuser. Es gibt eine rauchfreie BVG. Aber wir müssen kontinuierlich daran arbeiten, dass sich dieses Prinzip als neue kulturelle Verhaltensweise durchsetzt. Diese Durchsetzung bedarf einer politischen Unterstützung. Dieses Parlament ist der Ort, an dem politische Initiativen diskutiert und vorbereitet werden. Wir legen Ihnen mit dieser Grundphilosophie ein Programm vor, wo letztendlich dieses selbstverständliche neue Verhältnis von rauchenden und nichtrauchenden Bevölkerungsteilen niedergelegt wird. Dies soll als Anstoß gesehen werden. Wir haben dazu eine Reihe von Beispielen beschrieben, wo man das umsetzen kann. Im Prinzip geht es immer sehr einfach: Die öffentlichen Gebäude oder die Einrichtungen, wo sich Raucher und Nichtraucher begegnen, erklären sich zu rauchfreien Zonen. Die Kollegen, die nikotinabhängig sind oder weiter rauchen wollen, bekommen spezielle Flächen oder Räume, wo sie dann rauchen können und die anderen nicht stören. Der übrige Teil wird rauchfrei sein.

> [Beifall bei den Grünen -Beifall des Abg. Dr. Rogall (SPD) -Zuruf des Abg. Borgis (CDU)]

Wenn wir diese Grundphilosophie akzeptieren, kommen wir auch aus diesem Gegensatz heraus. Das ist kein Programm zur Unterdrückung der Raucher. Es soll kein Massenentwöhnungsprogramm sein. Es soll die Raucher auch nicht öffentlich diskriminieren, sondern es soll einfach einen neuen Umgang kreieren. Vor allen Dingen soll es die Nichtraucher in den Stand versetzen, dass sie gleichberechtigt sind.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD]

Bisher sind sie in der Situation eines elenden Bittstellers. Überall, wo sie hinkommen, ob sie ins Kino oder ins Theater gehen, ob sie sich in politischen Parteien treffen oder wenn sie das Pech haben, im Gefängnis zu sitzen, überall dort werden sie zugequalmt, weil es offenbar das selbstverständliche Recht der anderen, die rauchen, gibt. Diese Kultur ist dominant, das setzt sich durch, und die anderen sind in der Haltung des Bittstellers. Der Antrag ist also ein Programm zur Emanzipationsbewegung und Gleichberechtigung der Nichtraucher. Diese neue Kultur sollte sich auch in Berlin durchsetzen. Wir sollten hier als Hauptstadt beispielgebend sein.

Ich möchte Ihnen eine Mitteilung machen; deswegen bin ich eben zu spät gekommen: Eine Sekunde, bevor dieser Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde, hat der Bundestag heute mit großer Mehrheit beschlossen, dass dieses Prinzip, das ich Ihnen gerade vorgetragen habe, als verbindende Richtlinie bei den Arbeitsstätten durchgesetzt wird.

> [Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD -Dr. Rogall (SPD): Bravo!]

Im dritten Anlauf ist es jetzt gelungen. Es hat zweieinhalb Legislaturperioden gedauert, bevor dieses selbstverständliche Grundprinzip jetzt durchgesetzt wurde. Das oberste politische Gremium dieser Republik hat, wie gesagt, vor fünf Minuten beschlossen, dass das Prinzip des rauchfreien Arbeitsplatzes in die Arbeitsstättenverordnung eingeführt wird. Damit bekommen die Nichtraucher einen Rechtsanspruch und werden aus der Bitthaltung herausgenommen. Dies möchte ich mit diesem schönen Antrag, den meine Fraktion beschlossen hat

[Heiterkeit bei den Grünen]

(C)

Dr. Köppl

A) – übrigens ohne Gegenstimmen, nach anfangs etwas komplizierter Debatte –, als politisches Programm für Berlin zur Grundlage machen. Dafür bitte ich nach der Diskussion im Gesundheitsausschuss um Ihre Zustimmung. – Ich danke Ihnen.

[Allgemeiner Beifall]

Vizepräsident Dr. Luther: Schönen Dank, Herr Dr. Köppl! Beifall bei allen Fraktionen – das haben Sie auch nicht alle Tage. Das ist schon etwas Besonderes. Für die Fraktion der CDU hat jetzt Mario Czaja das Wort – gegen die Raucher.

Czaja (CDU): Der Kollege Köppl war vorhin noch eine rauchen, wie ich gesehen habe. – Dr. Köppl, die Mitglieder meiner Fraktion sagten mir, dass es üblicherweise zu einem dauerhaften Ritual von Ihnen gehört, diesen Antrag hier einzubringen.

[Frau Ströver (Grüne): Nein, der ist neu!]

Deswegen kann ich Ihnen gratulieren zu der Entscheidung der Bundesregierung, denn es war einer der Punkte, auf die ich hinarbeiten wollte, dass es jetzt Ihre Aufgabe wäre, in der Bundesregierung darauf hinzuwirken.

[Beifall bei den Grünen]

Aber manchmal überholen Sie uns eben doch, ohne einzuholen.

Ich mache es deswegen kurz. Es hat eine bestimmte Erotik, zum letzten Tagesordnungspunkt zu reden. Dass dieses Parlament mit dem jetzigen Vizepräsidenten und ehemaligen Gesundheitssenator Herrn Luther 1992 erstmalig das Verbot des Rauchens in öffentlichen Verwaltungen eingeführt hat, dass wir das hier draußen merken, Eingezwängtheit im Rauchercasino und viel Platz im Nichtraucherbereich, alles das sind sicherlich Intentionen, die schon in diesem Parlament verwirklicht wurden.

Einige Punkte, die Sie angesprochen haben, finden auch unsere Unterstützung. Ob wir das nun mit einem Verstärken des Beauftragtenwesens, das Sie fordern – die Verbindung mit dem Drogenbeauftragten – angehen müssen, wollen wir im Ausschuss diskutieren. Ich denke, wir können das – konstruktiv wie immer in gesundheitspolitischen Fragen – in aller Freundlichkeit in den Gesundheitsausschuss überweisen und uns dann genüsslich damit beschäftigen.

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Czaja! - Für die Fraktion der PDS hat Frau Dr. Lötzsch das Wort.

Frau Dr. Lötzsch (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Vorredner Herr Czaja! Genauso wie es augenscheinlich von Dr. Köppl gemeinsam mit anderen ein Ritual ist, unter der Überschrift "steter Tropfen höhlt den Stein" Nichtraucherinitiativen einzubringen, ist es auch ein Ritual in allen Fraktionen, dass sich plötzlich flügelübergreifend ganz neue Koalitionen in den Fraktionen bilden.

[Heiterkeit und allgemeiner Beifall]

Der eine Flügel verbündet sich völlig unerwartet mit einem anderen; auch gewisse niedere Instinkte kommen heraus. Die Jüngeren, vielleicht noch etwas der Pubertät verhaftet, holen demonstrativ ihre Zigarettenschachteln heraus, gehen hinaus und sagen: "Jetzt gehe ich erst mal eine rauchen".

[Zuruf]

- Ja, die Vernünftigen wie Herr Schlede bleiben hier, das haben wir wohl gehört. – Ich denke, dass wir heute in der Debatte schon etwas weiter sind. Wenn wir die Debatte in den letzten Jahren ansehen, hat insbesondere ein heute fraktionsloser Abgeordneter immer sehr prinzipielle Reden gehalten und alle, die sich für den Nichtraucherschutz eingesetzt haben, in eine nicht akzeptable Ecke gestellt.

[Wieland (Grüne): Er hat im Rechtsausschuss geraucht, der Dr. Wruck!]

- Ja, Dr. Wruck hat im Rechtsausschuss geraucht,

[Zuruf: Unerhört!]

– unerhört, ist richtig! –, um seinen Widerstandsgeist zum Vortrag zu bringen. Es hat ihm nicht viel genutzt, jetzt ist er hier allein und fraktionslos. Das ist vielleicht auch eine Warnung an bestimmte Raucherinnen und Raucher, dass dies das Schicksal sein kann.

Ich finde den Antrag von Herrn Dr. Köppl sehr diskussionswürdig und möchte die Durchsetzbarkeit kurz ansprechen. Es ist sehr schön, dass überall in den öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Bahnsteigen nicht geraucht werden darf. Aber wenn man auf dem U-Bahnsteig steht, Personen dort rauchen und dort eine wunderbare Durchsage kommt – "Bitte beachten Sie das Rauchverbot, vielen Dank für Ihr Verständnis" –, wird dort ungerührt weiter geraucht. Es wäre ein Vorschlag, dort eine kleine Übung in Zivilcourage zu machen und andere Leute anzusprechen mit dem Hinweis: "Haben Sie es nicht gesehen, haben Sie es nicht gehört? Versuchen Sie es doch wenigstens mit meiner freundlichen Ansprache!"

Letzter Satz dazu: Es wird häufig gesagt: Wir lieben Amerika, aber was dort mit den Rauchern gemacht wird, ist einfach gemein, denn sie werden dort unterdrückt. – Aber ich denke, es gibt einen Politiker in der Bundesrepublik, den man sicherlich stark kritisieren kann, den aber alle Umfragen mindestens auf Platz 2 setzen: den Bundesaußenminister. Dieser hat den historischen Satz geprägt: Wir haben die Amerikaner nicht zu kritisieren. – Schönen Dank!

[Beifall bei der PDS]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Frau Dr. Lötzsch! Ich freue mich in der Tat über die große Übereinstimmung quer durch alle Fraktionen. Insbesondere als ehemaligen Gesundheitssenator freut mich das natürlich.

Last but not least hat Frau Helbig für die SPD-Fraktion das **(D)** Wort. – Ich hoffe, Sie stimmen mit ein!

Frau Helbig (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: In der Tendenz stimmt natürlich auch die SPD-Fraktion hier zu.

[Beifall bei der SPD und den Grünen]

Herr Czaja, ich vermag noch nicht so richtig die Erotik der letzten Rederunde zu erkennen – aber nun gut.

[Zurufe]

Fest steht, dass Rauchen gesundheitsschädlich ist, und zwar für Raucher und Nichtraucher. Deshalb sind wir es insbesondere Kindern und Jugendlichen schuldig, die Voraussetzungen zu schaffen, dass ihre Gesundheit nicht geschädigt wird. Das kann man mit Sicherheit mit Schritten, wie sie in diesem Antrag skizziert sind, in die richtige Richtung bringen.

Wir müssen aber auch beachten: Rauchen ist eine Sucht. Nehmen Sie mir als überzeugter Nichtraucherin ab: Wir müssen dabei auch die persönliche Freiheit eines jeden Rauchers beachten, dass er irgendwo seiner Sucht frönen kann.

[Vereinzelter Beifall - Zuruf]

Ja, sicher, die SPD-Fraktion hat beispielsweise mit der Einführung von Druckräumen für Drogenabhängige auch kein Problem, aber das ist immer eine Frage der Mehrheiten.

Der Antrag ist von der Tendenz her positiv zu beurteilen. Er hat allerdings in der Systematik ein Problem, Herr Kollege Köppl. Sie haben nämlich die eigentlichen Forderungen in die Begründung geschrieben, wahrscheinlich, um die Akzeptanz des Antragstextes zu erhöhen. Deshalb schlage ich vor, wir sollten im Gesundheits- und Sozialausschuss noch einmal über die Details sprechen und uns ansehen, welcher Auftrag an den Senat hier gehen sollte. In diesem Sinne signalisieren wir durchaus Zustimmung. – Danke schön!

[Beifall bei der SPD und den Grünen]

(A) Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Frau Helbig!

(C)

Die antragstellende Fraktion der Grünen bittet um Überweisung an den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Migration. Wer so beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Bei einer Stimmenthaltung ist die Überweisung mit großer Mehrheit des Parlaments so beschlossen.

Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung und zu einem fröhlichen und gemeinsamen Abschluss gekommen, nachdem der Tag mit sehr ernsthafter Debatte begonnen hatte. Unsere nächste Sitzung findet am Donnerstag, dem 14. Juni 2001, um 13.00 Uhr an dieser Stelle statt. – Die Sitzung ist geschlossen.

[Schluss der Sitzung: 18.20 Uhr]

(B) (D)

(A) Anlage 1 (C) Konsensliste

	Der Ältest	enrat empfiehlt,	nachstehende Tagesordnungspunkte ohne Aussprache wie folgt zu beh	nandeln:	
	TOP 3	14/1190	Gesetz zur Änderung des Berliner Datenschutzgesetzes und anderer datenschutzrechtlicher Regelungen	an InnSichO (f) u. Recht	
	TOP 4	14/1201	Gesetz zur Änderung des Rechnungshofgesetzes und des Berliner Datenschutzgesetzes	bereits vorab an Recht	
	TOP 5	14/1215	Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Führung der Berufsbezeichnung Medizinphysiker	an GesSozMi (f) u. WissForsch	
	TOP 8	14/1227	Große Anfrage über Kein Recht auf Faulheit im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit	vertagt	
	TOP 9	14/1207	Behindertengerechte Verlängerung des Rad- und Wanderweges vom Schlosspark Charlottenburg zum Bahnhof Jungfernheide	abgelehnt	
	TOP 10	14/1208	Wege aus der BSE-Krise	abgelehnt	
	TOP 11	a) 14/1209	Kinder brauchen Kinder - I: Kitabesuch fördern - offensiv werben	angenommen	
		b) 14/1210	Kinder brauchen Kinder – III: Sozial benachteiligte Kinder besonders fördern	abgelehnt	
	TOP 12	14/1211	Abschaffung des Hotel-Privilegs	abgelehnt	
	TOP 13	a) 14/1212	Zukunft der Großsiedlungen: Wirtschaftliche Stabilisierung der Wohnungsbaugesellschaft Marzahn	abgelehnt	
		b) 14/1219	Zukunft der Großsiedlungen: Vermeidungen von Abrissen in Plattenbaugebieten	angenommen	
	TOP 15	14/1222	Wiederinbetriebnahme der Stammbahn	an BauWohnV	
	TOP 16	14/1223	Verschuldung von Kindern und Jugendlichen entgegen wirken	an JugFamSchulSport	
·	TOP 17	14/1224	Erlass einer Rechtsverordnung gem. § 172 Abs. 1 Satz 4 BauGB	an BauWohnV	
(B)	TOP 20	14/1228	2. Zweckentfremdungsverbotsverordnung	an BauWohnV	(D)

(A) Anlage 2 (C)

Liste der Dringlichkeiten

_		nach Anerkennung der Dringlichkeit zu behandeln	_
1.	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten und Berlin- Brandenburg vom 30. Mai 2001 zur Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz zu dem Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks		
	- Drs 14/1239 -	als TOP 2 A	
2.	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen vom 30. Mai 2001 zum Antrag der Fraktion der PDS über Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes		
	- Drs 14/1240 -	als TOP 2 B	
3.	Antrag der Fraktion der PDS über Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10) (AG G 10)		
	- Drs 14/1237 -	als TOP 5 A	
4.	Beschlussempfehlungen des Hauptausschusses vom 30. Mai 2001 zu Vorlagen – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (Nrn. 8 bis 10 und 13 bis 15/2001 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)		
	- Drsn 14/1242 bis 14/1247 -	als TOP 13 A	
5.	Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 23. Mai 2001 und des Hauptausschusses vom 30. Mai 2001 zum Antrag der Fraktion der PDS über Verlagerung der Zuständigkeit für die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege		
	- Drs 14/1248 -	als TOP 13 B	
6.	Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Verwaltungsreform vom 11. Mai 2001 und des Hauptausschusses vom 30. Mai 2001 zum Antrag der Fraktion der PDS über Was hat die Gebietsreform den Berlinerinnen und Berlinern wirklich gebracht?		(D)
	- Drs 14/1249 -	als TOP 13 C	
7.	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 23. Mai 2001 und des Hauptausschusses vom 30. Mai 2001 zum Antrag der Fraktion der Grünen über Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an den Hochschulen (II)		
	– Drs 14/1250 –	als TOP 13 D	
8.	Antrag der Fraktion der PDS über Sicherung des Schienenpersonenfernverkehrs		
	- Drs 14/1238 -	als TOP 20 A	
9.	Antrag der Fraktion der Grünen über Aktionsprogramm: "Let's clean the air in Berlin" – Nichtraucherschutz als Aufgabe der Drogenbeauftragten		
	- Drs 14/1241 -	als TOP 20 B	

(B)

(A) Anlage 3 (C)

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Kinder brauchen Kinder – I: Kitabesuch fördern – offensiv werben

Der Senat wird aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken die Information der Eltern und die Werbung für den Besuch einer Tageseinrichtung für Kinder durch folgende Maßnahmen zu verbessern:

- 1. Es werden regelmäßig vor Beginn der Anmelde- bzw. Antragsfristen Werbekampagnen zum frühzeitigen Besuch einer Kindertagesstätte, insbesondere für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache und mit Sprachschwierigkeiten sowie für Kinder aus wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen und Wohngebieten mit sozial benachteiligenden Bedingungen, durchgeführt. Hierzu wird ein Faltblatt mit den wesentlichen Informationen über die verschiedenen Angebote der Tageseinrichtungen erstellt und auch in den Sprachen der größeren in Berlin lebenden Migranten/-innengruppen veröffentlicht.
- 2. Die vergriffene Broschüre "Information für Eltern über die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege in Berlin" der Senatsjugendverwaltung wird nutzerfreundlich überarbeitet und auch in den Sprachen der größeren in Berlin lebenden Migranten/-innengruppen veröffentlicht. In dieser Informationssschrift soll auf Gründe, die einen ganztägigen Besuch der Kita rechtfertigen oder gar nahelegen, und die Möglichkeit der Härtefallregelung bei der Kitakostenbeteiligung hingewiesen werden.
- 3. Die Informationen über die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege werden in allen Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, den Bürgerämtern und den Sozialämtern gut sichtbar ausgelegt.
 - Den Eltern wird von den Bezirken eine Liste der im Bezirk bestehenden Angebote aller Träger zur Verfügung gestellt. Das im Internet bereitstehende Kindertagesstättenverzeichnis ist nutzerfreundlicher zu gestalten.

Zukunft der Großsiedlungen: Vermeidungen von Abrissen in Plattenbaugebieten

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus bis zum 30. September 2001 einen Bericht zu erstatten, aus dem

- Art und Umfang der Sanierungsanstrengungen der letzten zehn Jahre zugunsten der Plattenbauten einschließlich Aussagen zur Energiesanierung und Wohnumfeldgestaltung,
- die Planungen bis 2004 für die Fortsetzung der Sanierungsund Modernisierungsanstrengungen und die Konzeptionen der Wohnungsunternehmen dazu,
- die Bewertung der städtebaulichen Situation in den übermäßig stark verdichteten Bereichen der Plattenbausiedlungen und Vorschläge für deren verträgliche Verbesserung,
- angesichts der aktuellen Ausgewogenheit der Zu- und Fortzüge von und nach Berlin eine Nachfrageprognose für Wohnraum in Berlin unter besonderer Berücksichtigung der Plattenbausiedlungen und
- Aussagen über den aktuellen Leerstand in Plattenbausiedlungen

hervorgehen.

Vermögensgeschäft (Nr. 8/2001 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Der Veräußerung der Hellmuth-Ulrici-Klinik, Sommerfeld zu den Bedingungen des am 21. Dezember 2000 beurkundeten, unter Vorbehalt geschlossenen Vertrages (UR Nr. 80/2000 des Notars Rainer Voss) wird zugestimmt.

Vermögensgeschäft (Nr. 9/2001 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Das Abgeordnetenhaus von Berlin stimmt der Einbringung von weiteren, in Listen zusammengefassten Grundstücken – Nachbestückungsvorschläge der Senatsverwaltung für Finanzen und des Liegenschaftsfonds und Nachbestückungsvorschläge der Bezirke – in die Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG im Wege der Nachbestückung zu und nimmt die besonderen Verfahren bei der Vergabe von Grundstücken nach dem Investitionsvorranggesetz (InVorG) sowie von Sportgrundstücken zur Kenntnis.

Grundstücksgeschäft (Nr. 10/2001 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Dem Verkauf von insgesamt ca. 41 850 m² großen Teilflächen aus den in der Gemarkung Deutsch Wusterhausen, Flur 1 belegenen Flurstücken 107/2 und 141/2 und aus den in der Gemarkung Ragow, Flur 1 belegenen Flurstücken 58, 67 und 70 wird zugestimmt.

Vermögensgeschäft (Nr. 13/2001 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Der Veräußerung des Geschäftsanteils des Landes Berlin an der BC Berlin-Consult GmbH in Höhe von nominal 1 442 790 DM – entsprechend 39,1 % des Stammkapitals – an die Berliner Stadtreinigungsbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, wird nach Maßgabe des den Mitgliedern des Unterausschusses "Vermögensverwaltung und Beteiligungen" des Hauptausschusses mit Vorlage – zur Beschlussfassung – vorgelegten Vertrags zugestimmt.

Vermögensgeschäft (Nr. 14/2001 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Dem Vertrag vom 26. Februar 2001 über den Verkauf des Grundstückes Mollstraße 31/Otto-Braun-Straße in Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg mit insgesamt 6 437 m² Grundstücksgröße wird zugestimmt.

(D)

(A) Vermögensgeschäft (Nr. 15/2001 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Dem Vertrag über den Wechsel der Trägerschaft an dem Klinikum Buch, der Robert-Rössle-Klinik und der Franz-Volhard-Klinik zwischen

1. dem Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen und die Senatsverwaltung für Finanzen sowie das Klinikum Buch - Krankenhausbetrieb von Berlin-Pankow -

2. der Humboldt-Universität zu Berlin, Körperschaft des öffentlichen Rechts, vertreten durch die medizinische Fakultät Universitätsklinikum Charité

und

3. HELIOS Kliniken GmbH mit Sitz 36037 Fulda zu den Bedingungen des Vertrags wird zugestimmt.

Verlagerung der Zuständigkeit für die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

Der Senat wird aufgefordert, das Modell der integrierten Hochschulausbildung für die öffentliche Verwaltung und verwandte Dienstleistungsbereiche beizubehalten und weiterzuentwickeln. Dabei müssen die Planungen für eine Fusion der Länder Berlin und Brandenburg berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang soll die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) als Ganzes erhalten bleiben, die Zuständigkeit für die FHVR ist zu der für Wissenschaft und Forschung zuständigen Senatsverwaltung zu verlagern. Die Fachaufsicht der für Inneres, Justiz und Finanzen für die ihre Bereiche betreffenden Spezialausbildungen ist zu gewährleisten.

Die Studiengänge der Fachhochschule sind so zu öffnen, dass die Berufschancen der Absolventinnen und Absolventen auch außerhalb der öffentlichen Verwaltung verbessert werden. Bei der Neukonzeption ist die Ausbildungsreform an der Fachhochschule als ein Teil der Verwaltungsreform des Landes zu beschleunigen.

Für die Ausbildung zum Polizeidienst dürfen auch an der geöffneten FHVR nur Anwärterinnen und Anwärter zum Studium zugelassen werden. Gleiches gilt bis zur Änderung entsprechender bundesgesetzlicher Vorschriften auch für Teile der Ausbildungen für den Finanz- und Rechtspflegedienst.

Dem Abgeordnetenhaus sind die notwendigen gesetzlichen Regelungen bis zum 15. November 2001 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Was hat die Gebietsreform den Berlinerinnen (C) und Berlinern wirklich gebracht?

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. März 2002 über die Umsetzung der mit der Gebietsreform angestrebten Ziele per Stand 31. Dezember 2001 zu berichten. Dabei sind insbesondere Aussagen zu treffen:

- zur Schaffung bürgernaher Verwaltungsstrukturen bzw. eines bürgernahen Verwaltungshandelns,
- zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung,
- zur Kostenentwicklung, insbesondere zur Einsparung von personellen und sächlichen Mitteln sowie
- zu Fusionskosten.

Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an den Hochschulen (II)

- 1. Der Senat wird aufgefordert, die Anpassung der Stundensätze an die allgemeine Entwicklung der Vergütung im öffentlichen Dienst dadurch nachzuholen, dass die "Richtlinie über die Höhe der Lehrauftragsentgelte" unverzüglich an den Beschluss von Kultusministerkonferenz (KMK) und Finanzministerkonferenz (FMK) angepasst wird. Die Anpassung ist nicht durch eine Erhöhung der Zuweisungen an die Hochschulen, sondern aus den in den Hochschulverträgen ausgehandelten und festgelegten Budgets zu finanzieren.
- 2. Der Senat wird ferner aufgefordert, ergebnisoffen zu prüfen, ob für Lehrbeauftragte, die sozial schutzbedürftig und wirtschaftlich von einer oder mehreren Hochschulen abhängig sind, ein Zuschuss zu den Kosten der Kranken- und Rentenversicherung gewährt werden kann und ob diesbezüglich eine Differenzierung innerhalb der Gruppe der Lehrbeauftragten (D) möglich ist.
- 3. Eine Auszahlung monatlicher Teilbeträge hat auf Antrag stets zu erfolgen, nicht nur in Ausnahmefällen.
- 4. Dem Abgeordnetenhaus ist über die Umsetzung des Beschlusses und die Prüfung zu Nr. 2 bis zum 31. Dezember 2001 zu berichten.

Unterstützung der Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen zum Erlass eines Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen

Der Senat wird aufgefordert, die Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen zu einem Gesetz zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen bei den anstehenden Beratungen im Bundesrat zu unterstützen.